Geschäftsbedingungen der Ascory Bank AG

im standardisierten Geschäftskundengeschäft

ENGLISH VERSION BELOW

Inhalt

Allgemeine Informationen zur Bank 3
Allgemeine Geschäftsbedingungen 4
Bedingungen für das Online Banking 18
Bedingungen für den Überweisungsverkehr 25
Bedingungen für die Kommunikation zwischen Kunde und Bank 40
Informationsbogen für den Einleger 42
Datenschutzhinweise 44
Hinweise zum internationalen automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen 53
Bedingungen für Zahlungen mittels Lastschrift im SEPA-Basislastschriftverfahren 55
Allgemeines Preis-/Leistungsverzeichnis im standardisierten Geschäftskundengeschäft und für allgemeine Leistungen 62

Allgemeine Informationen zur Bank

I. Firma und Anschrift der Bank

Ascory Bank AG
Große Elbstraße 39
22767 Hamburg

– Im weiteren Text auch als „**Ascory**“ oder „**Bank**“ bezeichnet –

II. Kommunikation mit der Bank

Die für die Geschäftsbeziehung maßgebliche Anschrift oder sonstige Kommunikationsadressen der Bank teilt sie gesondert mit.

III. Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn
BaFin-Registernummer 109 520/ 100

IV. Eintragung ins Handelsregister

Amtsgericht Hamburg HRB 73684

V. Geschäftstage der Bank für Zahlungsverkehr

Geschäftstag ist jeder Bankarbeitstag. Die Bank unterhält an Bankarbeitstagen den erforderlichen Geschäftsbetrieb.

Ausnahmen sind:

- Samstag / Sonntag,
- 24. und 31. Dezember,
- Regionale Feiertage in Hamburg

Die Ausführung von Zahlungsaufträgen erfolgt grundsätzlich mit Valuta des gewählten Target-Tages.

Allgemeine Geschäftsbedingungen

Grundregeln für die Beziehung zwischen Kunde und Bank

1. Geltungsbereich und Änderungen dieser Geschäftsbedingungen und der Sonderbedingungen für einzelne Geschäftsbeziehungen

(1) Geltungsbereich

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und den inländischen Geschäftsstellen der Bank (im Folgenden Bank genannt). Daneben gelten für einzelne Geschäftsbeziehungen (zum Beispiel für das Wertpapiergeschäft, den Zahlungsverkehr und für den Sparverkehr) Sonderbedingungen, die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten; sie werden bei der Kontoeröffnung oder bei Erteilung eines Auftrages mit dem Kunden vereinbart. Unterhält der Kunde auch Geschäftsverbindungen zu ausländischen Geschäftsstellen, sichert das Pfandrecht der Bank (Nummer 14 dieser Geschäftsbedingungen) auch die Ansprüche dieser ausländischen Geschäftsstellen.

(2) Änderungen

a) Änderungsangebot

Änderungen dieser Geschäftsbedingungen und der Sonderbedingungen werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (zum Beispiel das Online-Banking), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden.

b) Annahme durch den Kunden

Die von der Bank angebotenen Änderungen werden nur wirksam, wenn der Kunde diese annimmt, gegebenenfalls im Wege der nachfolgend geregelten Zustimmungsfiktion.

c) Annahme durch den Kunden im Wege der Zustimmungsfiktion

Das Schweigen des Kunden gilt nur dann als Annahme des Änderungsangebots (Zustimmungsfiktion), wenn

(aa) das Änderungsangebot der Bank erfolgt, um die Übereinstimmung der vertraglichen Bestimmungen mit einer veränderten Rechtslage wiederherzustellen, weil eine Bestimmung dieser Geschäftsbedingungen oder der Sonderbedingungen

- aufgrund einer Änderung von Gesetzen, einschließlich unmittelbar geltender Rechtsvorschriften der Europäischen Union, nicht mehr der Rechtslage entspricht oder
- durch eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung, auch durch ein Gericht erster Instanz, unwirksam wird oder nicht mehr verwendet werden darf oder
- aufgrund einer verbindlichen Verfügung einer für die Bank zuständigen nationalen oder internationalen Behörde (z. B. der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht oder der Europäischen Zentralbank) nicht mehr mit den aufsichtsrechtlichen Verpflichtungen der Bank in Einklang zu bringen ist

und

(bb) der Kunde das Änderungsangebot der Bank nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen abgelehnt hat.

Die Bank wird den Kunden im Änderungsangebot auf die Folgen seines Schweigens hinweisen.

d) Ausschluss der Zustimmungsfiktion

Die Zustimmungsfiktion findet keine Anwendung

- bei Änderungen der Nummern 1 Absatz 2 und 12 Absatz 5 der Geschäftsbedingungen und der entsprechenden Regelungen in den Sonderbedingungen oder
- bei Änderungen, die die Hauptleistungspflichten des Vertrages und die Entgelte für Hauptleistungen betreffen, oder
- bei Änderungen von Entgelten, die auf eine über das vereinbarte Entgelt für die Hauptleistung hinausgehende Zahlung des Verbrauchers gerichtet sind, oder
- bei Änderungen, die dem Abschluss eines neuen Vertrages gleichkommen, oder
- bei Änderungen, die das bisher vereinbarte Verhältnis von Leistung und Gegenleistung erheblich zugunsten der Bank verschieben würden.

In diesen Fällen wird die Bank die Zustimmung des Kunden zu den Änderungen auf andere Weise einholen.

e) Kündigungsrecht des Kunden bei der Zustimmungsfiktion

Macht die Bank von der Zustimmungsfiktion Gebrauch, kann der Kunde den von der Änderung betroffenen Vertrag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird die Bank den Kunden in ihrem Änderungsangebot besonders hinweisen.

2. Bankgeheimnis und Bankauskunft

(1) Bankgeheimnis

Die Bank ist zur Verschwiegenheit über alle kundenbezogenen Tatsachen und Wertungen verpflichtet, von denen sie Kenntnis erlangt (Bankgeheimnis). Informationen über den Kunden darf die Bank nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten oder der Kunde eingewilligt hat oder die Bank zur Erteilung einer Bankauskunft befugt ist.

(2) Bankauskunft

Eine Bankauskunft enthält allgemein gehaltene Feststellungen und Bemerkungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, seine Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit; betragsmäßige Angaben über Kontostände, Sparguthaben, Depot- oder sonstige der Bank anvertraute Vermögenswerte sowie Angaben über die Höhe von Kreditinanspruchnahmen werden nicht gemacht.

(3) Voraussetzungen für die Erteilung einer Bankauskunft

Die Bank ist befugt, über juristische Personen und im Handelsregister eingetragene Kaufleute Bankauskünfte zu erteilen, sofern sich die Anfrage auf ihre geschäftliche Tätigkeit bezieht. Die Bank erteilt jedoch keine Auskünfte, wenn ihr eine anders lautende Weisung des Kunden vorliegt. Bankauskünfte über andere Personen, insbesondere über Privatkunden und Vereinigungen, erteilt die Bank nur dann, wenn diese generell oder im Einzelfall ausdrücklich zugestimmt haben. Eine Bankauskunft wird nur erteilt, wenn der Anfragende ein

berechtigtes Interesse an der gewünschten Auskunft glaubhaft dargelegt hat und kein Grund zu der Annahme besteht, dass schutzwürdige Belange des Kunden der Auskunftserteilung entgegenstehen.

(4) Empfänger von Bankauskünften

Bankauskünfte erteilt die Bank nur eigenen Kunden sowie anderen Kreditinstituten für deren Zwecke oder die ihrer Kunden.

3. Haftung der Bank; Mitverschulden des Kunden

(1) Haftungsgrundsätze

Die Bank haftet bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen für jedes Verschulden ihrer Mitarbeiter und der Personen, die sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinzuzieht. Soweit die Sonderbedingungen für einzelne Geschäftsbeziehungen oder sonstige Vereinbarungen etwas Abweichendes regeln, gehen diese Regelungen vor. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten (zum Beispiel durch Verletzung der in Nr.11 dieser Geschäftsbedingungen aufgeführten Mitwirkungspflichten) zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.

(2) Weitergeleitete Aufträge

Wenn ein Auftrag seinem Inhalt nach typischerweise in der Form ausgeführt wird, dass die Bank einen Dritten mit der weiteren Erledigung betraut, erfüllt die Bank den Auftrag dadurch, dass sie ihn im eigenen Namen an den Dritten weiterleitet (weitergeleiteter Auftrag). Dies betrifft zum Beispiel die Einholung von Bankauskünften bei anderen Kreditinstituten oder die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren im Ausland. In diesen Fällen beschränkt sich die Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung des Dritten.

(3) Störung des Betriebs

Die Bank haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt, Aufruhr, Kriegs- und Naturereignisse oder durch sonstige von ihr nicht zu vertretende Vorkommnisse (zum Beispiel Streik, Aussperrung, Verkehrsstörung, Verfügungen von hoher Hand im In- oder Ausland) eintreten.

4. Grenzen der Aufrechnungsbefugnis des Kunden, der kein Verbraucher ist

Ein Kunde, der kein Verbraucher ist, kann gegen Forderungen der Bank nur aufrechnen, wenn seine Forderungen unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind. Diese Aufrechnungsbeschränkung gilt nicht für eine vom Kunden zur Aufrechnung gestellte Forderung, die ihren Rechtsgrund in einem Darlehen oder einer Finanzierungshilfe gemäß §§ 513, 491 bis 512 BGB hat.

5. Verfügungsberechtigung nach dem Tod des Kunden

Nach dem Tod des Kunden hat derjenige, der sich gegenüber der Bank auf die Rechtsnachfolge des Kunden beruft, der Bank seine erbrechtliche Berechtigung in geeigneter Weise nachzuweisen. Wird der Bank eine Ausfertigung oder eine beglaubigte Abschrift der letztwilligen Verfügung (Testament, Erbvertrag) nebst zugehöriger Eröffnungsniederschrift vorgelegt, darf die Bank denjenigen, der darin als Erbe oder Testamentsvollstrecker bezeichnet ist, als Berechtigten ansehen, ihn verfügen lassen und insbesondere mit befreiender Wirkung an ihn leisten. Dies gilt nicht, wenn der Bank bekannt ist, dass der dort Genannte (zum Beispiel nach Anfechtung oder wegen Nichtigkeit des Testaments) nicht verfügungsberechtigt ist oder wenn ihr dies infolge Fahrlässigkeit nicht bekannt geworden ist.

6. Maßgebliches Recht und Gerichtsstand bei kaufmännischen und öffentlich-rechtlichen Kunden

(1) Geltung deutschen Rechts

Für die Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank gilt deutsches Recht.

(2) Gerichtsstand für Inlandskunden

Ist der Kunde ein Kaufmann und ist die streitige Geschäftsbeziehung dem Betriebe seines Handelsgewerbes zuzurechnen, so kann die Bank diesen Kunden an dem für die kontoführende Stelle zuständigen Gericht oder bei einem anderen zuständigen Gericht verklagen; dasselbe gilt für eine juristische Person des öffentlichen Rechts und für öffentlich-rechtliche Sondervermögen. Die Bank selbst kann von diesen Kunden nur an dem für die kontoführende Stelle zuständigen Gericht verklagt werden.

(3) Gerichtsstand für Auslandskunden

Die Gerichtsstandsvereinbarung gilt auch für Kunden, die im Ausland eine vergleichbare gewerbliche Tätigkeit ausüben, sowie für ausländische Institutionen, die mit inländischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder mit einem inländischen öffentlich-rechtlichen Sondervermögen vergleichbar sind.

Kontoführung

7. Rechnungsabschlüsse bei Kontokorrentkonten (Konten in laufender Rechnung)

(1) Erteilung der Rechnungsabschlüsse

Die Bank erteilt bei einem Kontokorrentkonto, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist, jeweils zum Ende eines Kalenderquartals einen Rechnungsabschluss; dabei werden die in diesem Zeitraum entstandenen beiderseitigen Ansprüche (einschließlich der Zinsen und Entgelte der Bank) verrechnet. Die Bank kann auf den Saldo, der sich aus der Verrechnung ergibt, nach Nummer 12 dieser Geschäftsbedingungen oder nach der mit dem Kunden anderweitig getroffenen Vereinbarung Zinsen berechnen.

(2) Frist für Einwendungen; Genehmigung durch Schweigen

Einwendungen wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit eines Rechnungsabschlusses hat der Kunde spätestens vor Ablauf von sechs Wochen nach dessen Zugang zu erheben; macht er seine Einwendungen in Textform geltend, genügt die Absendung innerhalb der Sechs-Wochen-Frist. Das Unterlassen rechtzeitiger Einwendungen gilt als Genehmigung. Auf diese Folge wird die Bank bei Erteilung des Rechnungsabschlusses besonders hinweisen. Der Kunde kann auch nach Fristablauf eine Berichtigung des Rechnungsabschlusses verlangen, muss dann aber beweisen, dass zu Unrecht sein Konto belastet oder eine ihm zustehende Gutschrift nicht erteilt wurde.

8. Storno- und Berichtigungsbuchungen der Bank

(1) Vor Rechnungsabschluss

Fehlerhafte Gutschriften auf Kontokorrentkonten (zum Beispiel wegen einer falschen Kontonummer) darf die Bank bis zum nächsten Rechnungsabschluss durch eine Belastungsbuchung rückgängig machen, soweit ihr ein Rückzahlungsanspruch gegen den Kunden zusteht (Stornobuchung); der Kunde kann in diesem Fall gegen die Belastungsbuchung nicht einwenden, dass er in Höhe der Gutschrift bereits verfügt hat.

(2) Nach Rechnungsabschluss

Stellt die Bank eine fehlerhafte Gutschrift erst nach einem Rechnungsabschluss fest und steht ihr ein Rückzahlungsanspruch gegen den Kunden zu, so wird sie in Höhe ihres Anspruchs sein Konto belasten (Berichtigungsbuchung). Erhebt der Kunde gegen die Berichtigungsbuchung Einwendungen, so wird die Bank den Betrag dem Konto wieder gutschreiben und ihren Rückzahlungsanspruch gesondert geltend machen. (3) Information des Kunden; Zinsberechnung Über Storno- und Berichtigungsbuchungen wird die Bank den Kunden unverzüglich unterrichten. Die Buchungen nimmt die Bank hinsichtlich der Zinsberechnung rückwirkend zu dem Tag vor, an dem die fehlerhafte Buchung durchgeführt wurde.

9. Einzugsaufträge

(1) Erteilung von Vorbehaltsgutschriften bei der Einreichung

Schreibt die Bank den Gegenwert von Schecks und Lastschriften schon vor ihrer Einlösung gut, geschieht dies unter dem Vorbehalt ihrer Einlösung, und zwar auch dann, wenn diese bei der Bank selbst zahlbar sind. Reicht der Kunde andere Papiere mit dem Auftrag ein, von einem Zahlungspflichtigen einen Forderungsbetrag zu beschaffen (zum Beispiel Zinsscheine), und erteilt die Bank über den Betrag eine Gutschrift, so steht diese unter dem Vorbehalt, dass die Bank den Betrag erhält. Der Vorbehalt gilt auch dann, wenn die Schecks, Lastschriften und anderen Papiere bei der Bank selbst zahlbar sind. Werden Schecks oder Lastschriften nicht eingelöst oder erhält die Bank den Betrag aus dem Einzugsauftrag nicht, macht die Bank die Vorbehaltsgutschrift rückgängig. Dies geschieht unabhängig davon, ob in der Zwischenzeit ein Rechnungsabschluss erteilt wurde.

(2) Einlösung von Lastschriften und vom Kunden ausgestellter Schecks

Lastschriften sowie Schecks sind eingelöst, wenn die Belastungsbuchung nicht spätestens am zweiten Bankarbeitstag[1] – bei SEPA-Firmenlastschriften nicht spätestens am dritten Bankarbeitstag – nach ihrer Vornahme rückgängig gemacht wird. Barschecks sind bereits mit Zahlung an den Scheckvorleger eingelöst. Schecks sind auch schon dann eingelöst, wenn die Bank im Einzelfall eine Bezahltmeldung absendet. Schecks, die über die Abrechnungsstelle der Bundesbank vorgelegt werden, sind eingelöst, wenn sie nicht bis zu dem von der Bundesbank festgesetzten Zeitpunkt zurückgegeben werden.

10. Fremdwährungsgeschäfte und Risiken bei Fremdwährungskonten

(1) Auftragsausführung bei Fremdwährungskonten

Fremdwährungskonten des Kunden dienen dazu, Zahlungen an den Kunden und Verfügungen des Kunden in fremder Währung bargeldlos abzuwickeln. Verfügungen über Guthaben auf Fremdwährungskonten (zum Beispiel durch Überweisungen zu Lasten des Fremdwährungsguthabens) werden unter Einschaltung von Banken im Heimatland der Währung abgewickelt, wenn sie die Bank nicht vollständig innerhalb des eigenen Hauses ausführt.

(2) Gutschriften bei Fremdwährungsgeschäften mit dem Kunden

Schließt die Bank mit dem Kunden ein Geschäft (zum Beispiel ein Devisentermingeschäft) ab, aus dem sie die Verschaffung eines Betrages in fremder Währung schuldet, wird sie ihre Fremdwährungsverbindlichkeit durch Gutschrift auf dem Konto des Kunden in dieser Währung erfüllen, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist.

[1] Bankarbeitstage sind alle Werktage außer: Sonnabende, 24. und 31. Dezember.

(3) Vorübergehende Beschränkung der Leistung durch die Bank

Die Verpflichtung der Bank zur Ausführung einer Verfügung zu Lasten eines Fremdwährungsguthabens (Absatz 1) oder zur Erfüllung einer Fremdwährungsverbindlichkeit (Absatz 2) ist in dem Umfang und solange ausgesetzt, wie die Bank in der Währung, auf die das Fremdwährungsguthaben oder die Verbindlichkeit lautet, wegen politisch bedingter Maßnahmen oder Ereignisse im Lande dieser Währung nicht oder nur eingeschränkt verfügen kann. In dem Umfang und solange diese Maßnahmen oder Ereignisse andauern, ist die Bank auch nicht zu einer Erfüllung an einem anderen Ort außerhalb des Landes der Währung, in einer anderen Währung (auch nicht in Euro) oder durch Anschaffung von Bargeld verpflichtet. Die Verpflichtung der Bank zur Ausführung einer Verfügung zu Lasten eines Fremdwährungsguthabens ist dagegen nicht ausgesetzt, wenn sie die Bank vollständig im eigenen Haus ausführen kann. Das Recht des Kunden und der Bank, fällige gegenseitige Forderungen in derselben Währung miteinander zu verrechnen, bleibt von den vorstehenden Regelungen unberührt.

(4) Wechselkurs

Die Bestimmung des Wechselkurses bei Fremdwährungsgeschäften ergibt sich aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis“. Bei Zahlungsdiensten gilt ergänzend der Zahlungsdiensterahmenvertrag.

Mitwirkungspflichten des Kunden

11. Mitwirkungspflichten des Kunden

(1) Mitteilung von Änderungen

Zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Geschäftsverkehrs ist es erforderlich, dass der Kunde der Bank Änderungen seines Namens und Kontaktdaten, wie seiner Anschrift und insbesondere seiner E-Mailadresse und Telefonnummer, sowie das Erlöschen oder die Änderung einer gegenüber der Bank erteilten Vertretungsmacht (insbesondere einer Vollmacht) unverzüglich mitteilt. Diese Mitteilungspflicht besteht auch dann, wenn die Vertretungsmacht in ein öffentliches Register (zum Beispiel in das Handelsregister) eingetragen ist und ihr Erlöschen oder ihre Änderung in dieses Register eingetragen wird. Darüber hinaus können sich weitergehende gesetzliche Mitteilungspflichten, insbesondere aus dem Geldwäschegesetz, ergeben.

(2) Klarheit von Aufträgen

Aufträge müssen ihren Inhalt zweifelsfrei erkennen lassen. Nicht eindeutig formulierte Aufträge können Rückfragen zur Folge haben, die zu Verzögerungen führen können. Vor allem hat der Kunde bei Aufträgen auf die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Angaben, insbesondere der Kontonummer und Bankleitzahl oder IBAN[2] und BIC[3] sowie der Währung zu achten. Änderungen, Bestätigungen oder Wiederholungen von Aufträgen müssen als solche gekennzeichnet sein.

(3) Besonderer Hinweis bei Eilbedürftigkeit der Ausführung eines Auftrags

Hält der Kunde bei der Ausführung eines Auftrags besondere Eile für nötig, hat er dies der Bank gesondert mitzuteilen. Bei formularmäßig erteilten Aufträgen muss dies außerhalb des Formulars erfolgen.

---

[2] International Bank Account Number (Internationale Bankkontonummer)

[3] Bank Identifier Code (Bank-Identifizierungs-Code)

(4) Prüfung und Einwendungen bei Mitteilungen der Bank

Der Kunde hat Kontoauszüge, Wertpapierabrechnungen, Depot- und Erträgnisaufstellungen, sonstige Abrechnungen, Anzeigen über die Ausführung von Aufträgen sowie Informationen über erwartete Zahlungen und Sendungen (Avise) auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit unverzüglich zu überprüfen und etwaige Einwendungen unverzüglich zu erheben.

(5) Benachrichtigung der Bank bei Ausbleiben von Mitteilungen

Falls Rechnungsabschlüsse und Depotaufstellungen dem Kunden nicht zugehen, muss er die Bank unverzüglich benachrichtigen. Die Benachrichtigungspflicht besteht auch beim Ausbleiben anderer Mitteilungen, deren Eingang der Kunde erwartet (Wertpapierabrechnungen, Kontoauszüge nach der Ausführung von Aufträgen des Kunden oder über Zahlungen, die der Kunde erwartet).

Kosten der Bankdienstleistungen

12. Zinsen, Entgelte und Aufwendungen

(1) Zinsen und Entgelte im Geschäft mit Verbrauchern

Die Höhe der Zinsen und Entgelte für die üblichen Bankleistungen, die die Bank gegenüber Verbrauchern erbringt, einschließlich der Höhe von Zahlungen, die über die für die Hauptleistung vereinbarten Entgelte hinausgehen, ergeben sich aus dem „Preisaushang – Regelsätze im standardisierten Privatkundengeschäft“ und aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis“. Wenn ein Verbraucher eine dort aufgeführte Hauptleistung in Anspruch nimmt und dabei keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde, gelten die zu diesem Zeitpunkt im „Preisaushang“ oder „Preis- und Leistungsverzeichnis“ angegebenen Zinsen und Entgelte. Eine Vereinbarung, die auf eine über das vereinbarte Entgelt für die Hauptleistung hinausgehende Zahlung des Verbrauchers gerichtet ist, kann die Bank mit dem Verbraucher nur ausdrücklich treffen, auch wenn sie im „Preisaushang“ oder im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesen ist. Für die Vergütung der nicht im „Preisaushang“ oder im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ aufgeführten Leistungen, die im Auftrag des Verbrauchers erbracht werden und die, nach den Umständen zu urteilen, nur gegen eine Vergütung zu erwarten sind, gelten, soweit keine andere Vereinbarung getroffen wurde, die gesetzlichen Vorschriften.

(2) Zinsen und Entgelte im Geschäft mit Kunden, die keine Verbraucher sind

Die Höhe der Zinsen und Entgelte für die üblichen Bankleistungen, die die Bank gegenüber Kunden, die keine Verbraucher sind, erbringt, ergeben sich aus dem „Preisaushang – Regelsätze im standardisierten Privatkundengeschäft“ und aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis“, soweit der „Preisaushang“ und das „Preis- und Leistungsverzeichnis“ übliche Bankleistungen gegenüber Kunden, die keine Verbraucher sind (zum Beispiel Geschäftskunden), ausweisen. Wenn ein Kunde, der kein Verbraucher ist, eine dort aufgeführte Bankleistung in Anspruch nimmt und dabei keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde, gelten die zu diesem Zeitpunkt im „Preisaushang“ oder „Preis- und Leistungsverzeichnis“ angegebenen Zinsen und Entgelte. Im Übrigen bestimmt die Bank, sofern keine andere Vereinbarung getroffen wurde und gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen, die Höhe von Zinsen und Entgelten nach billigem Ermessen (§ 315 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

(3) Nicht entgeltfähige Leistungen

Für eine Leistung, zu deren Erbringung die Bank kraft Gesetzes oder aufgrund einer vertraglichen Nebenpflicht verpflichtet ist oder die sie im eigenen Interesse wahrnimmt, wird die Bank kein Entgelt berechnen, es sei denn, es ist gesetzlich zulässig und wird nach Maßgabe der gesetzlichen Regelung erhoben.

(4) Änderung von Zinsen; Kündigungsrecht des Kunden bei Erhöhung

Die Änderung der Zinsen bei Krediten mit einem veränderlichen Zinssatz erfolgt aufgrund der jeweiligen Kreditvereinbarung mit dem Kunden. Die Bank wird dem Kunden Änderungen von Zinsen mitteilen. Bei einer Erhöhung kann der Kunde, sofern nichts anderes vereinbart ist, die davon betroffene Kreditvereinbarung innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntgabe der Änderung mit sofortiger Wirkung kündigen. Kündigt der Kunde, so werden die erhöhten Zinsen für die gekündigte Kreditvereinbarung nicht zugrunde gelegt. Die Bank wird zur Abwicklung eine angemessene Frist einräumen.

(5) Änderungen von Entgelten bei typischerweise dauerhaft in Anspruch genommenen Leistungen

Änderungen von Entgelten für Bankleistungen, die von Kunden im Rahmen der Geschäftsverbindung typischerweise dauerhaft in Anspruch genommen werden (zum Beispiel Konto- und Depotführung), werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (zum Beispiel das Online-Banking), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Die von der Bank angebotenen Änderungen werden nur wirksam, wenn der Kunde diese annimmt. Eine Vereinbarung über die Änderung eines Entgelts, das auf eine über die Hauptleistung hinausgehende Zahlung eines Verbrauchers gerichtet ist, kann die Bank mit dem Verbraucher nur ausdrücklich treffen.

(6) Ersatz von Aufwendungen

Ein möglicher Anspruch der Bank auf Ersatz von Aufwendungen richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

(7) Besonderheiten bei Verbraucherdarlehensverträgen und Zahlungsdiensteverträgen mit Verbrauchern für Zahlungen

Bei Verbraucherdarlehensverträgen und Zahlungsdiensteverträgen mit Verbrauchern für Zahlungen richten sich die Zinsen und die Kosten (Entgelte und Auslagen) nach den jeweiligen vertraglichen Vereinbarungen und Sonderbedingungen sowie ergänzend nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Änderung von Entgelten von Zahlungsdiensterahmenverträgen (z. B. Girovertrag) richtet sich nach Absatz 5.

Sicherheiten für die Ansprüche der Bank gegen den Kunden

13. Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten

(1) Anspruch der Bank auf Bestellung von Sicherheiten

Die Bank kann für alle Ansprüche aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung die Bestellung bankmäßiger Sicherheiten verlangen, und zwar auch dann, wenn die Ansprüche bedingt sind (zum Beispiel Aufwendungsersatzanspruch wegen der Inanspruchnahme aus einer für den Kunden übernommenen Bürgschaft). Hat der Kunde gegenüber der Bank eine Haftung für Verbindlichkeiten eines anderen Kunden der Bank übernommen (zum Beispiel als Bürge), so besteht für die Bank ein Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten im Hinblick auf die aus der Haftungsübernahme folgende Schuld jedoch erst ab ihrer Fälligkeit.

(2) Veränderung des Risikos

Hat die Bank bei der Entstehung von Ansprüchen gegen den Kunden zunächst ganz oder teilweise davon abgesehen, die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten zu verlangen, kann sie auch später noch eine

Besicherung fordern. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass Umstände eintreten oder bekannt werden, die eine erhöhte Risikobewertung der Ansprüche gegen den Kunden rechtfertigen. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn

- sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden nachteilig verändert haben oder sich zu verändern drohen oder
- sich die vorhandenen Sicherheiten wertmäßig verschlechtert haben oder zu verschlechtern drohen.
- Der Besicherungsanspruch der Bank besteht nicht, wenn ausdrücklich vereinbart ist, dass der Kunde keine oder ausschließlich im Einzelnen benannte Sicherheiten zu bestellen hat. Bei Verbraucherdarlehensverträgen besteht der Anspruch auf die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nur, soweit die Sicherheiten im Kreditvertrag angegeben sind. Übersteigt der Nettodarlehensbetrag 75.000 Euro, besteht der Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung auch dann, wenn in einem vor dem 21. März 2016 abgeschlossenen Verbraucherdarlehensvertrag oder in einem ab dem 21. März 2016 abgeschlossenen Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag im Sinne von § 491 Abs. 2 BGB keine oder keine abschließenden Angaben über Sicherheiten enthalten sind.

(3) Fristsetzung für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten

Für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten wird die Bank eine angemessene Frist einräumen. Beabsichtigt die Bank, von ihrem Recht zur fristlosen Kündigung nach Nr. 19 Absatz 3 dieser Geschäftsbedingungen Gebrauch zu machen, falls der Kunde seiner Verpflichtung zur Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nicht fristgerecht nachkommt, wird sie ihn zuvor hierauf hinweisen.

14. Vereinbarung eines Pfandrechts zugunsten der Bank

(1) Einigung über das Pfandrecht

Der Kunde und die Bank sind sich darüber einig, dass die Bank ein Pfandrecht an den Wertpapieren und Sachen erwirbt, an denen eine inländische Geschäftsstelle im bankmäßigen Geschäftsverkehr Besitz erlangt hat oder noch erlangen wird. Die Bank erwirbt ein Pfandrecht auch an den Ansprüchen, die dem Kunden gegen die Bank aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung zustehen oder künftig zustehen werden (zum Beispiel Kontoguthaben).

(2) Gesicherte Ansprüche

Das Pfandrecht dient der Sicherung aller bestehenden, künftigen und bedingten Ansprüche, die der Bank mit ihren sämtlichen in- und ausländischen Geschäftsstellen aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung gegen den Kunden zustehen. Hat der Kunde gegenüber der Bank eine Haftung für Verbindlichkeiten eines anderen Kunden der Bank übernommen (zum Beispiel als Bürge), so sichert das Pfandrecht die aus der Haftungsübernahme folgende Schuld jedoch erst ab ihrer Fälligkeit.

(3) Ausnahmen vom Pfandrecht

Gelangen Gelder oder andere Werte mit der Maßgabe in die Verfügungsgewalt der Bank, dass sie nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden dürfen (zum Beispiel Bareinzahlung zur Einlösung eines Wechsels), erstreckt sich das Pfandrecht der Bank nicht auf diese Werte. Dasselbe gilt für die von der Bank selbst ausgegebenen Aktien (eigene Aktien) und für die Wertpapiere, die die Bank im Ausland für den Kunden verwahrt. Außerdem erstreckt sich das Pfandrecht nicht auf die von der Bank selbst ausgegebenen eigenen Genussrechte/Genussscheine und nicht auf die verbrieften und nicht verbrieften nachrangigen Verbindlichkeiten der Bank.

(4) Zins- und Gewinnanteilscheine

Unterliegen dem Pfandrecht der Bank Wertpapiere, ist der Kunde nicht berechtigt, die Herausgabe der zu diesen Papieren gehörenden Zins- und Gewinnanteilscheine zu verlangen.

15. Sicherungsrechte bei Einzugspapieren und diskontierten Wechseln

(1) Sicherungsübereignung

Die Bank erwirbt an den ihr zum Einzug eingereichten Schecks und Wechseln im Zeitpunkt der Einreichung Sicherungseigentum. An diskontierten Wechseln erwirbt die Bank im Zeitpunkt des Wechselankaufs uneingeschränktes Eigentum; belastet sie diskontierte Wechsel dem Konto zurück, so verbleibt ihr das Sicherungseigentum an diesen Wechseln.

(2) Sicherungsabtretung

Mit dem Erwerb des Eigentums an Schecks und Wechseln gehen auch die zugrunde liegenden Forderungen auf die Bank über; ein Forderungsübergang findet ferner statt, wenn andere Papiere zum Einzug eingereicht werden (zum Beispiel Lastschriften, kaufmännische Handelspapiere).

(3) Zweckgebundene Einzugspapiere

Werden der Bank Einzugspapiere mit der Maßgabe eingereicht, dass ihr Gegenwert nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden darf, erstrecken sich die Sicherungsübereignung und die Sicherungsabtretung nicht auf diese Papiere.

(4) Gesicherte Ansprüche der Bank

Das Sicherungseigentum und die Sicherungsabtretung dienen der Sicherung aller Ansprüche, die der Bank gegen den Kunden bei Einreichung von Einzugspapieren aus seinen Kontokorrentkonten zustehen oder die infolge der Rückbelastung nicht eingelöster Einzugspapiere oder diskontierter Wechsel entstehen. Auf Anforderung des Kunden nimmt die Bank eine Rückübertragung des Sicherungseigentums an den Papieren und der auf sie übergegangenen Forderungen an den Kunden vor, falls ihr im Zeitpunkt der Anforderung keine zu sichernden Ansprüche gegen den Kunden zustehen oder sie ihn über den Gegenwert der Papiere vor deren endgültiger Bezahlung nicht verfügen lässt.

16. Begrenzung des Besicherungsanspruchs- und Freigabeverpflichtung

(1) Deckungsgrenze

Die Bank kann ihren Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten so lange geltend machen, bis der realisierbare Wert aller Sicherheiten dem Gesamtbetrag aller Ansprüche aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung (Deckungsgrenze) entspricht.

(2) Freigabe

Falls der realisierbare Wert aller Sicherheiten die Deckungsgrenze nicht nur vorübergehend übersteigt, hat die Bank auf Verlangen des Kunden Sicherheiten nach ihrer Wahl freizugeben, und zwar in Höhe des die Deckungsgrenze übersteigenden Betrages; sie wird bei der Auswahl der freizugebenden Sicherheiten auf die berechtigten Belange des Kunden und eines dritten Sicherungsgebers, der für die Verbindlichkeiten des Kunden Sicherheiten bestellt hat, Rücksicht nehmen. In diesem Rahmen ist die Bank auch verpflichtet, Aufträge des

Kunden über die dem Pfandrecht unterliegenden Werte auszuführen (zum Beispiel Verkauf von Wertpapieren, Auszahlung von Sparguthaben).

(3) Sondervereinbarungen

Ist für eine bestimmte Sicherheit ein anderer Bewertungsmaßstab als der realisierbare Wert oder ist eine andere Deckungsgrenze oder ist eine andere Grenze für die Freigabe von Sicherheiten vereinbart, so sind diese maßgeblich.

17. Verwertung von Sicherheiten

(1) Wahlrecht der Bank

Wenn die Bank verwertet, hat die Bank unter mehreren Sicherheiten die Wahl. Sie wird bei der Verwertung und bei der Auswahl der zu verwertenden Sicherheiten auf die berechtigten Belange des Kunden und eines dritten Sicherungsgebers, der für die Verbindlichkeiten des Kunden Sicherheiten bestellt hat, Rücksicht nehmen.

(2) Erlösgutschrift nach dem Umsatzsteuerrecht

Wenn der Verwertungsvorgang der Umsatzsteuer unterliegt, wird die Bank dem Kunden über den Erlös eine Gutschrift erteilen, die als Rechnung für die Lieferung der als Sicherheit dienenden Sache gilt und den Voraussetzungen des Umsatzsteuerrechts entspricht.

Kündigung

18. Kündigungsrechte des Kunden

(1) Jederzeitiges Kündigungsrecht

Der Kunde kann die gesamte Geschäftsverbindung oder einzelne Geschäftsbeziehungen (zum Beispiel den Scheckvertrag), für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen.

(2) Kündigung aus wichtigem Grund

Ist für eine Geschäftsbeziehung eine Laufzeit oder eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart, kann eine fristlose Kündigung nur dann ausgesprochen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt, der es dem Kunden, auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange der Bank, unzumutbar werden lässt, die Geschäftsbeziehung fortzusetzen.

(3) Gesetzliche Kündigungsrechte

Gesetzliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.

19. Kündigungsrechte der Bank

(1) Kündigung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist

Die Bank kann die gesamte Geschäftsverbindung oder einzelne Geschäftsbeziehungen, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, jederzeit unter Einhaltung einer angemessenen Kündigungsfrist kündigen (zum Beispiel den Scheckvertrag, der zur Nutzung von Scheckvordrucken berechtigt). Bei der Bemessung der Kündigungsfrist wird die Bank auf die berechtigten

Belange des Kunden Rücksicht nehmen. Für die Kündigung eines Zahlungsdiensterahmenvertrages (zum Beispiel laufendes Konto oder Kartenvertrag) und eines Depots beträgt die Kündigungsfrist mindestens zwei Monate.

(2) Kündigung unbefristeter Kredite

Kredite und Kreditzusagen, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, kann die Bank jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Die Bank wird bei der Ausübung dieses Kündigungsrechts auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen. Soweit das Bürgerliche Gesetzbuch Sonderregelungen für die Kündigung eines Verbraucherdarlehensvertrages vorsieht, kann die Bank nur nach Maßgabe dieser Regelungen kündigen.

(3) Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist

Eine fristlose Kündigung der gesamten Geschäftsverbindung oder einzelner Geschäftsbeziehungen ist zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der der Bank deren Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Kunden unzumutbar werden lässt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor,

- wenn der Kunde unrichtige Angaben über seine Vermögensverhältnisse gemacht hat, die für die Entscheidung der Bank über eine Kreditgewährung oder über andere mit Risiken für die Bank verbundene Geschäfte (zum Beispiel Aushändigung einer Zahlungskarte) von erheblicher Bedeutung waren; bei Verbraucherdarlehen gilt dies nur, wenn der Kunde für die Kreditwürdigkeitsprüfung relevante Informationen wissentlich vorenthalten oder diese gefälscht hat und dies zu einem Mangel der Kreditwürdigkeitsprüfung geführt hat oder
- wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder der Werthaltigkeit einer Sicherheit eintritt oder einzutreten droht und dadurch die Rückzahlung des Darlehens oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber der Bank – auch unter Verwertung einer hierfür bestehenden Sicherheit – gefährdet ist oder
- wenn der Kunde seiner Verpflichtung zur Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nach Nummer 13 Absatz 2 dieser Geschäftsbedingungen oder aufgrund einer sonstigen Vereinbarung nicht innerhalb der von der Bank gesetzten angemessenen Frist nachkommt. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten angemessenen Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, es sei denn, dies ist wegen der Besonderheiten des Einzelfalles (§ 323 Absätze 2 und 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches) entbehrlich.

(4) Kündigung von Verbraucherdarlehensverträgen bei Verzug

Soweit das Bürgerliche Gesetzbuch Sonderregelungen für die Kündigung wegen Verzuges mit der Rückzahlung eines Verbraucherdarlehensvertrages vorsieht, kann die Bank nur nach Maßgabe dieser Regelungen kündigen.

(5) Kündigung eines Basiskontovertrages

Einen Basiskontovertrag kann die Bank nur nach den zwischen der Bank und dem Kunden auf Grundlage des Zahlungskontengesetzes getroffenen Vereinbarungen und den Bestimmungen des Zahlungskontengesetzes kündigen.

(6) Abwicklung nach einer Kündigung

Im Falle einer Kündigung ohne Kündigungsfrist wird die Bank dem Kunden für die Abwicklung (insbesondere für die Rückzahlung eines Kredits) eine angemessene Frist einräumen, soweit nicht eine sofortige Erledigung erforderlich ist (zum Beispiel bei der Kündigung des Scheckvertrages die Rückgabe der Scheckvordrucke).

Einlagenschutz

20. Entschädigungseinrichtung deutscher Banken

(1) Einlagen

Einlagen sind Guthaben, die sich im Rahmen von Bankgeschäften aus Beträgen, die auf einem Konto verblieben sind oder aus Zwischenpositionen ergeben und die nach den geltenden gesetzlichen und vertraglichen Bedingungen von der Bank zurückzuzahlen sind, wie zum Beispiel Guthaben auf Girokonten, Festgelder, Spareinlagen, Sparbriefe und Namensschuldverschreibungen. Maßgeblich sind die Definitionen in § 2 Absatz 3 des Einlagensicherungsgesetzes (EinSiG).

(2) Schutzumfang

Die Bank ist der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH als Träger der gesetzlichen Einlagensicherung der privaten Banken zugeordnet. Die gesetzliche Einlagensicherung schützt nach Maßgabe des EinSiG und vorbehaltlich der darin vorgesehenen Ausnahmen Einlagen bis zu einem Gegenwert von 100.000 Euro pro Einleger. In den in § 8 Absatz 2 EinSiG genannten Fällen erhöht sich dieser Betrag auf 500.000 Euro. Dazu gehören insbesondere Beträge, die aus Immobilientransaktionen im Zusammenhang mit privat genutzten Wohnimmobilien resultieren. Nicht geschützt werden insbesondere Einlagen von finanziellen Unternehmen, staatlichen Stellen einschließlich kommunaler Gebietskörperschaften, Einlagen, die im Zusammenhangmit Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung entstanden sind und Inhaberschuldverschreibungen. Einzelheiten sind im EinSiG, insbesondere dessen § 8, geregelt.

Weitere Informationen zum Einlagenschutz sind abrufbar über die Webseite der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH unter http://www.edb-banken.de.

(3) Informationsbefugnis

Die Bank ist befugt, der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH oder einem von ihr Beauftragten alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

(4) Forderungsübergang

Mit der Erfüllung des Entschädigungsanspruches gehen die Ansprüche des Einlegers gegen die Bank auf die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH über.

(5) Ergänzender Hinweis

Die Bank wird dem Kunden die gesetzlichen Pflichtinformationen zum Einlagensicherungssystem vor Aufnahme der Geschäftsbeziehung und danach jährlich mitteilen.

Streitschlichtung

21. Außergerichtliche Streitschlichtung

(1) Für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Bank in Zusammenhang mit Zahlungsdiensten, Verbraucherdarlehen, Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen und E-Geld, besteht für Verbraucher die

Möglichkeit, die Schlichtungsstelle bei der Deutschen Bundesbank anzurufen. Betrifft der Beschwerdegegenstand eine Streitigkeit aus dem Anwendungsbereich des Zahlungsdiensterechts (§§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuches) oder E-Geld (§ 23b und § 2 Abs. 1a Satz 3 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes), können auch Kunden, die keine Verbraucher sind, die Schlichtungsstelle bei der Deutschen Bundesbank anrufen. Näheres regelt das Merkblatt „Die Schlichtungsstelle bei der Deutschen Bundesbank", welches auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird oder im Internet unter http://www.bundesbank.de abrufbar ist. Die Beschwerde ist in Textform (z.B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) an die Schlichtungsstelle bei der Deutschen Bundesbank, Postfach 11 12 32, 60047 Frankfurt am Main, Fax: +49 69 2388-1919, E-Mail: schlichtung@bundesbank.de zu richten.

(2) Soweit Sie einen aufsichtsrechtlichen Verstoß der Bank monieren möchten, haben Sie die Möglichkeit Beschwerde in Textform (z.B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zu erheben. Nähere Informationen zum Verfahrensablauf erhalten Sie unter http://www. bafin.de. Die Adresse lautet: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, Fax: +49 228 41 08 15 50, E-Mail: poststelle@bafin.de.

(3) Ferner besteht für den Kunden die Möglichkeit, sich jederzeit schriftlich oder zur dortigen Niederschrift bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, über Verstöße der Bank gegen das Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG), die §§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) oder gegen Artikel 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche (EGBGB) zu beschweren.

Bedingungen für das Online Banking

1. Leistungsangebot
(1) Der Kunde und dessen Bevollmächtigte können Bankgeschäfte mittels Online Banking in dem von der Bank angebotenen Umfang abwickeln. Zudem können sie Informationen der Bank mittels Online Banking abrufen. Des Weiteren sind sie gemäß § 675f Absatz 3 BGB berechtigt, Zahlungsauslösedienste und Kontoinformationsdienste gemäß § 1 Absätze 33 und 34 Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG) zu nutzen. Darüber hinaus können sie von ihnen ausgewählte sonstige Drittdienste nutzen.
(2) Kunde und Bevollmächtigte werden einheitlich als „Teilnehmer", Konto und Depot einheitlich als „Konto" bezeichnet, es sei denn, dies ist ausdrücklich anders bestimmt.
(3) Zur Nutzung des Online Banking gelten die mit der Bank gesondert vereinbarten Verfügungslimite.

2. Voraussetzungen zur Nutzung des Online Banking
(1) Der Teilnehmer kann das Online Banking nutzen, wenn die Bank ihn authentifiziert hat.
(2) Authentifizierung ist das mit der Bank gesondert vereinbarte Verfahren, mit dessen Hilfe die Bank die Identität des Teilnehmers oder die berechtigte Verwendung eines vereinbarten Zahlungsinstruments, einschließlich der Verwendung des personalisierten Sicherheitsmerkmals des Teilnehmers überprüfen kann. Mit den hierfür vereinbarten Authentifizierungselementen kann der Teilnehmer sich gegenüber der Bank als berechtigter Teilnehmer ausweisen, auf Informationen zugreifen (siehe Nummer 3 dieser Bedingungen) sowie Aufträge erteilen (siehe Nummer 4 dieser Bedingungen).
(3) Authentifizierungselemente sind

- Wissenselemente, also etwas, das nur der Teilnehmer weiß (z.B. persönliche Identifikationsnummer (PIN)),
- Besitzelemente, also etwas, das nur der Teilnehmer besitzt (z.B. Gerät zur Erzeugung oder zum Empfang von einmal verwendbaren Transaktionsnummern (TAN), die den Besitz des Teilnehmers nachweisen, wie die girocard mit TAN-Generator oder das mobile Endgerät), oder
- Seinselemente, also etwas, das der Teilnehmer ist (Inhärenz, z.B. Fingerabdruck als biometrisches Merkmal des Teilnehmers).

(4) Die Authentifizierung des Teilnehmers erfolgt, indem der Teilnehmer gemäß der Anforderung der Bank das Wissenselement, den Nachweis des Besitzelements und/oder den Nachweis des Seinselements an die Bank übermittelt.

3. Zugang zum Online Banking
(1) Der Teilnehmer erhält Zugang zum Online Banking der Bank, wenn

- er seine individuelle Teilnehmerkennung (z.B. Kontonummer, Anmeldename) angibt und
- er sich unter Verwendung des oder der von der Bank angeforderten Authentifizierungselemente(s) ausweist und
- keine Sperre des Zugangs (siehe Nummern 8.1 und 9 dieser Bedingungen) vorliegt.

Nach Gewährung des Zugangs zum Online Banking kann auf Informationen zugegriffen oder können nach Nummer 4 dieser Bedingungen Aufträge erteilt werden.
(2) Für den Zugriff auf sensible Zahlungsdaten im Sinne des § 1 Absatz 26 Satz 1 ZAG (z.B. zum Zweck der Änderung der Anschrift des Kunden) fordert die Bank den Teilnehmer auf, sich unter Verwendung eines weiteren Authentifizierungselements auszuweisen, wenn beim Zugang zum Online Banking nur ein Authentifizierungselement angefordert wurde. Der Name des Kontoinhabers und die Kontonummer sind für den

vom Teilnehmer genutzten Zahlungsauslösedienst und Kontoinformationsdienst keine sensiblen Zahlungsdaten (§ 1 Absatz 26 Satz 2 ZAG).

4. Aufträge

4.1 Auftragserteilung

Der Teilnehmer muss einem Auftrag (zum Beispiel Überweisung) zu dessen Wirksamkeit zustimmen (Autorisierung). Auf Anforderung hat er hierzu Authentifizierungselemente (zum Beispiel Eingabe einer TAN als Nachweis des Besitzelements) zu verwenden. Die Bank bestätigt mittels Online Banking den Eingang des Auftrags.

4.2. Widerruf von Aufträgen

Die Widerrufbarkeit eines Auftrags richtet sich nach den für die jeweilige Auftragsart geltenden Sonderbedingungen (zum Beispiel Bedingungen für den Überweisungsverkehr). Der Widerruf von Aufträgen kann nur außerhalb des Online Banking erfolgen, es sei denn, die Bank sieht eine Widerrufsmöglichkeit im Online Banking ausdrücklich vor.

5. Bearbeitung von Aufträgen durch die Bank

(1) Die Bearbeitung der Aufträge erfolgt an den für die Abwicklung der jeweiligen Auftragsart (zum Beispiel Überweisung) auf der Online-Banking- Seite der Bank oder im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ bekannt gegebenen Geschäftstagen im Rahmen des ordnungsgemäßen Arbeitsablaufes. Geht der Auftrag nach dem auf der Online-Banking-Seite der Bank oder im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ angegebenen Zeitpunkt (Annahmefrist) ein oder fällt der Zeitpunkt des Eingangs nicht auf einen Geschäftstag gemäß Online-Banking-Seite der Bank oder „Preis- und Leistungsverzeichnis“ der Bank, so gilt der Auftrag als am darauffolgenden Geschäftstag zugegangen. Die Bearbeitung beginnt erst an diesem Geschäftstag.
(2) Die Bank wird den Auftrag ausführen, wenn folgende Ausführungsbedingungen vorliegen:

- Der Teilnehmer hat den Auftrag autorisiert (vgl. Nummer 4.1 dieser Bedingungen).
- Die Berechtigung des Teilnehmers für die jeweilige Auftragsart (zum Beispiel Wertpapierorder) liegt vor.
- Das Online-Banking-Datenformat ist eingehalten.
- Das gesondert vereinbarte Online-Banking-Verfügungslimit ist nicht überschritten (vgl. Nummer 1 Absatz 3 dieser Bedingungen).
- Die weiteren Ausführungsbedingungen nach den für die jeweilige Auftragsart maßgeblichen Sonderbedingungen (zum Beispiel ausreichende Kontodeckung gemäß den Bedingungen für den Überweisungsverkehr) liegen vor.

Liegen die Ausführungsbedingungen nach Satz 1 vor, führt die Bank die Aufträge nach Maßgabe der Bestimmungen der für die jeweilige Auftragsart geltenden Sonderbedingungen (zum Beispiel Bedingungen für den Überweisungsverkehr, Bedingungen für das Wertpapiergeschäft) aus.
(3) Liegen die Ausführungsbedingungen nach Absatz 2 Satz 1 nicht vor, wird die Bank den Auftrag nicht ausführen. Sie wird den Teilnehmer hierüber mittels Online Banking eine Information zur Verfügung stellen und soweit möglich dabei die Gründe und die Möglichkeiten nennen, mit denen Fehler, die zur Ablehnung geführt haben, berichtigt werden können.

6. Information des Kunden über Online-Banking- Verfügungen

Die Bank unterrichtet den Kunden mindestens einmal monatlich über die mittels Online Banking getätigten Verfügungen auf dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg.

7. Sorgfaltspflichten des Teilnehmers

7.1 Schutz der Authentifizierungselemente

(1) Der Teilnehmer hat alle zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, um seine Authentifizierungselemente (siehe Nummer 2 dieser Bedingungen) vor unbefugtem Zugriff zu schützen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass das Online Banking missbräuchlich verwendet oder in sonstiger Weise nicht autorisiert genutzt wird (vergleiche Nummer 3 und 4 dieser Bedingungen).

(2) Zum Schutz der einzelnen Authentifizierungselemente hat der Teilnehmer vor allem Folgendes zu beachten:

(a) Wissenselemente, wie z.B. die PIN, sind geheim zu halten; sie dürfen insbesondere

- nicht mündlich (z.B. telefonisch oder persönlich) mitgeteilt werden,
- nicht außerhalb des Online Banking in Textform (z.B. per E-Mail, Messenger-Dienst) weiter gegeben werden,
- nicht ungesichert elektronisch gespeichert (z.B. Speicherung der PIN im Klartext im Computer oder im mobilen Endgerät) werden und
- nicht auf einem Gerät notiert oder als Abschrift zusammen mit einem Gerät aufbewahrt werden, das als Besitzelement (z.B. girocard mit TAN-Generator, mobiles Endgerät, Signaturkarte) oder zur Prüfung des Seinselements (z.B. mobiles Endgerät mit Anwendung für das Online Banking und Fingerabdrucksensor) dient.

(b) Besitzelemente, wie z.B. die girocard mit TAN-Generator oder ein mobiles Endgerät, sind vor Missbrauch zu schützen, insbesondere

- sind die girocard mit TAN-Generator oder die Signaturkarte vor dem unbefugten Zugriff anderer Personen sicher zu verwahren,
- ist sicherzustellen, dass unberechtigte Personen auf das mobile Endgerät des Teilnehmers (z.B. Mobiltelefon) nicht zugreifen können,
- ist dafür Sorge zu tragen, dass andere Personen die auf dem mobilen Endgerät (z.B. Mobiltelefon) befindliche Anwendung für das Online Banking (z.B. Online-Banking-App, Authentifizierungs- App) nicht nutzen können,
- ist die Anwendung für das Online Banking (z.B. Online-Banking- App, Authentifizierungs-App) auf dem mobilen Endgerät des Teilnehmers zu deaktivieren, bevor der Teilnehmer den Besitz an diesem mobilen Endgerät aufgibt (z.B. durch Verkauf oder Entsorgung des Mobiltelefons),
- dürfen die Nachweise des Besitzelements (z.B. TAN) nicht außerhalb des Online Banking mündlich (z.B. per Telefon) oder in Textform (z.B. per E-Mail, Messenger-Dienst) weiter gegeben werden und
- muss der Teilnehmer, der von der Bank einen Code zur Aktivierung des Besitzelements (z.B. Mobiltelefon mit Anwendung für das Online Banking) erhalten hat, diesen vor dem unbefugten Zugriff anderer Personen sicher verwahren; ansonsten besteht die Gefahr, dass andere Personen ihr Gerät als Besitzelement für das Online Banking des Teilnehmers aktivieren.

(c) Seinselemente, wie z.B. Fingerabdruck des Teilnehmers, dürfen auf einem mobilen Endgerät des Teilnehmers für das Online Banking nur dann als Authentifizierungselement verwendet werden, wenn auf dem mobilen Endgerät keine Seinselemente anderer Personen gespeichert sind. Sind auf dem mobilen Endgerät, das für das Online Banking genutzt wird, Seinselemente anderer Personen gespeichert, ist für das Online Banking das von der Bank ausgegebene Wissenselement (z.B. PIN) zu nutzen und nicht das auf dem mobilen Endgerät gespeicherte Seinselement.

(3) Beim mobileTAN-Verfahren darf das mobile Endgerät, mit dem die TAN empfangen wird (zum Beispiel Mobiltelefon), nicht gleichzeitig für das Online Banking genutzt werden.

(4) Die für das mobile-TAN-Verfahren hinterlegte Telefonnummer ist zu löschen oder zu ändern, wenn der Teilnehmer diese Telefonnummer für das Online Banking nicht mehr nutzt.

(5) Ungeachtet der Schutzpflichten nach den Absätzen 1 bis 4 darf der Teilnehmer seine Authentifizierungselemente gegenüber einem von ihm ausgewählten Zahlungsauslösedienst und

Kontoinformationsdienst sowie einem sonstigen Drittdienst verwenden (siehe Nummer 1 Absatz 1 Sätze 3 und 4 dieser Bedingungen). Sonstige Drittdienste hat der Teilnehmer mit der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt auszuwählen.

7.2. Sicherheitshinweise der Bank
Der Teilnehmer muss die Sicherheitshinweise auf der Online-Banking-Seite der Bank, insbesondere die Maßnahmen zum Schutz der eingesetzten Hard- und Software (Kundensystem), beachten.

7.3 Prüfung der Auftragsdaten mit von der Bank angezeigten Daten
Die Bank zeigt dem Teilnehmer die von ihr empfangenen Auftragsdaten (zum Beispiel Betrag, Kontonummer des Zahlungsempfängers, Wertpapierkennnummer) über das gesondert vereinbarte Gerät des Teilnehmers an (zum Beispiel mittels mobilem Endgerät, Chipkartenlesegerät mit Display). Der Teilnehmer ist verpflichtet, vor der Bestätigung die Übereinstimmung der angezeigten Daten mit den für den Auftrag vorgesehenen Daten zu prüfen.

8. Anzeige- und Unterrichtungspflichten
8.1 Sperranzeige
(1) Stellt der Teilnehmer

- den Verlust oder den Diebstahl eines Besitzelements zur Authentifizierung (z.B. girocard mit TAN-Generator, mobiles Endgerät, Signaturkarte) oder
- die missbräuchliche Verwendung oder die sonstige nicht autorisierte Nutzung eines Authentifizierungselements

fest, muss der Teilnehmer die Bank hierüber unverzüglich unterrichten (Sperranzeige). Der Teilnehmer kann eine solche Sperranzeige jederzeit auch über die gesondert mitgeteilten Kommunikationskanäle abgeben.
(2) Der Teilnehmer hat jeden Diebstahl oder Missbrauch eines Authentifizierungselements unverzüglich bei der Polizei zur Anzeige zu bringen.
(3) Hat der Teilnehmer den Verdacht einer nicht autorisierten oder betrügerischen Verwendung eines seiner Authentifizierungselemente, muss er ebenfalls eine Sperranzeige abgeben.

8.2 Unterrichtung über nicht autorisierte oder fehlerhaft ausgeführte Aufträge
Der Kunde hat die Bank unverzüglich nach Feststellung eines nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Auftrags hierüber zu unterrichten.

9. Nutzungssperre
9.1. Sperre auf Veranlassung des Teilnehmers
Die Bank sperrt auf Veranlassung des Teilnehmers, insbesondere im Fall der Sperranzeige nach Nummer 8.1 dieser Bedingungen,

- den Online-Banking-Zugang für ihn oder alle Teilnehmer oder
- seine Authentifizierungselemente zur Nutzung des Online-Banking.

9.2. Sperre auf Veranlassung der Bank
(1) Die Bank darf den Online-Banking-Zugang für einen Teilnehmer sperren, wenn

- sie berechtigt ist, den Online-Banking-Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen,
- sachliche Gründe im Zusammenhang mit der Sicherheit der Authentifizierungselemente des Teilnehmers dies rechtfertigen oder
- der Verdacht einer nicht autorisierten oder einer betrügerischen Verwendung eines Authentifizierungselements besteht.

(2) Die Bank wird den Kunden unter Angabe der hierfür maßgeblichen Gründe möglichst vor, spätestens jedoch unverzüglich nach der Sperre auf dem vereinbarten Weg unterrichten. Die Angabe von Gründen darf unterbleiben, soweit die Bank hierdurch gegen gesetzliche Verpflichtungen verstoßen würde.

9.3 Aufhebung der Sperre
Die Bank wird eine Sperre aufheben oder die betroffenen Authentifizierungselemente austauschen, wenn die Gründe für die Sperre nicht mehr gegeben sind. Hierüber unterrichtet sie den Kunden unverzüglich.

9.4 Automatische Sperre eines chip-basierten Besitzelements
(1) Eine Chipkarte mit Signaturfunktion sperrt sich selbst, wenn dreimal in Folge der Nutzungscode für die elektronische Signatur falsch eingegeben wird.
(2) Ein TAN-Generator als Bestandteil einer Chipkarte, der die Eingabe eines eigenen Nutzungscodes erfordert, sperrt sich selbst, wenn dieser dreimal in Folge falsch eingegeben wird.
(3) Die in Absätzen 1 und 2 genannten Besitzelemente können dann nicht mehr für das Online Banking genutzt werden. Der Teilnehmer kann sich mit der Bank in Verbindung setzen, um die Nutzungsmöglichkeiten des Online Banking wiederherzustellen.

9.5 Zugangssperre für Zahlungsauslösedienst und Kontoinformationsdienst
Die Bank kann Kontoinformationsdienstleistern oder Zahlungsauslösedienstleistern den Zugang zu einem Zahlungskonto des Kunden verweigern, wenn objektive und gebührend nachgewiesene Gründe im Zusammenhang mit einem nicht autorisierten oder betrügerischen Zugang des Kontoinformationsdienstleisters oder des Zahlungsauslösedienstleisters zum Zahlungskonto, einschließlich der nicht autorisierten oder betrügerischen Auslösung eines Zahlungsvorgangs, es rechtfertigen. Die Bank wird den Kunden über eine solche Zugangsverweigerung auf dem vereinbarten Weg unterrichten. Die Unterrichtung erfolgt möglichst vor, spätestens jedoch unverzüglich nach der Verweigerung des Zugangs. Die Angabe von Gründen darf unterbleiben, soweit die Bank hierdurch gegen gesetzliche Verpflichtungen verstoßen würde. Sobald die Gründe für die Verweigerung des Zugangs nicht mehr bestehen, hebt die Bank die Zugangssperre auf. Hierüber unterrichtet sie den Kunden unverzüglich.

10 Haftung
10.1 Haftung der Bank bei Ausführung eines nicht autorisierten Auftrags und eines nicht, fehlerhaft oder verspätet ausgeführten Auftrags
Die Haftung der Bank bei einem nicht autorisierten Auftrag und einem nicht, fehlerhaft oder verspätet ausgeführten Auftrag richtet sich nach den für die jeweilige Auftragsart vereinbarten Sonderbedingungen (zum Beispiel Bedingungen für den Überweisungsverkehr, Bedingungen für das Wertpapiergeschäft.)

10.2 Haftung des Kunden bei missbräuchlicher Nutzung seiner Authentifizierungselemente
10.2.1 Haftung des Kunden für nicht autorisierte Zahlungsvorgänge vor der Sperranzeige
(1) Beruhen nicht autorisierte Zahlungsvorgänge vor der Sperranzeige auf der Nutzung eines verlorengegangenen, gestohlenen oder sonst abhanden gekommenen Authentifizierungselements oder auf der sonstigen missbräuchlichen Verwendung eines Authentifizierungselements, haftet der Kunde für den der Bank hierdurch entstehenden Schaden bis zu einem Betrag von 50 Euro, ohne dass es darauf ankommt, ob den Teilnehmer ein Verschulden trifft.
(2) Der Kunde ist nicht zum Ersatz des Schadens nach Absatz 1 verpflichtet, wenn

- es ihm nicht möglich gewesen ist, den Verlust, den Diebstahl, das Abhandenkommen oder eine sonstige missbräuchliche Verwendung des Authentifizierungselements vor dem nicht autorisierten Zahlungsvorgang zu bemerken, oder

- der Verlust des Authentifizierungselements durch einen Angestellten, einen Agenten, eine Zweigniederlassung eines Zahlungsdienstleisters oder eine sonstige Stelle, an die Tätigkeiten des Zahlungsdienstleisters ausgelagert wurden, verursacht worden ist.

(3) Kommt es vor der Sperranzeige zu nicht autorisierten Zahlungsvorgängen und hat der Teilnehmer in betrügerischer Absicht gehandelt oder seine Sorgfalts- und Anzeigepflichten nach diesen Bedingungen vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt, trägt der Kunde abweichend von den Absätzen 1 und 2 den hierdurch entstandenen Schaden in vollem Umfang. Grobe Fahrlässigkeit des Teilnehmers kann insbesondere vorliegen, wenn er eine seiner Sorgfaltspflichten nach

- Nummer 7.1 Absatz 2,
- Nummer 7.1 Absatz 4,
- Nummer 7.3 oder
- Nummer 8.1 Absatz 1 dieser Bedingungen verletzt hat.

(4) Abweichend von den Absätzen 1 und 3 ist der Kunde nicht zum Schadensersatz verpflichtet, wenn die Bank vom Teilnehmer eine starke Kundenauthentifizierung im Sinne des § 1 Absatz 24 ZAG nicht verlangt hat. Eine starke Kundenauthentifizierung erfordert insbesondere die Verwendung von zwei voneinander unabhängigen Authentifizierungselementen aus den Kategorien Wissen, Besitz oder Sein (siehe Nummer 2 Absatz 3 dieser Bedingungen).
(5) Die Haftung für Schäden, die innerhalb des Zeitraums, für den das Verfügungslimit gilt, verursacht werden, beschränkt sich jeweils auf das vereinbarte Verfügungslimit
(6) Der Kunde ist nicht zum Ersatz des Schadens nach Absatz 1 und 3 verpflichtet, wenn der Teilnehmer die Sperranzeige nach Nummer 8.1 3 dieser Bedingungen nicht abgeben konnte, weil die Bank nicht die Möglichkeit zur Entgegennahme der Sperranzeige sichergestellt hatte.
(7) Die Absätze 2 und 4 bis 6 finden keine Anwendung, wenn der Teilnehmer in betrügerischer Absicht gehandelt hat.
(8) Ist der Kunde kein Verbraucher, gilt ergänzend Folgendes:

- Der Kunde haftet für Schäden aufgrund von nicht autorisierten Zahlungsvorgängen über die Haftungsgrenze von 50 Euro nach Absatz 1 und 3 hinaus, wenn der Teilnehmer fahrlässig oder vorsätzlich gegen seine Anzeige- und Sorgfaltspflichten nach diesen Bedingungen verstoßen hat.
- Die Haftungsbeschränkung in Absatz 2 erster Spiegelstrich findet keine Anwendung.

10.2.2 Haftung des Kunden bei nicht autorisierten Verfügungen außerhalb von Zahlungsdiensten (z.B. Wertpapiertransaktionen) vor der Sperranzeige
Beruhen nicht autorisierte Verfügungen außerhalb von Zahlungsdiensten (z.B. Wertpapiertransaktionen) vor der Sperranzeige auf der Nutzung eines verlorengegangenen oder gestohlenen Authentifizierungselements oder auf der sonstigen missbräuchlichen Nutzung des Authentifizierungselements und ist der Bank hierdurch ein Schaden entstanden, haften der Kunde und die Bank nach den gesetzlichen Grundsätzen des Mitverschuldens.

10.2.3 Haftung ab der Sperranzeige
Sobald die Bank eine Sperranzeige eines Teilnehmers erhalten hat, übernimmt sie alle danach durch nicht autorisierte Online-Banking-Verfügungen entstehenden Schäden. Dies gilt nicht, wenn der Teilnehmer in betrügerischer Absicht gehandelt hat.

10.2.4 Haftungsausschluss
Haftungsansprüche sind ausgeschlossen, wenn die einen Anspruch begründenden Umstände auf einem ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignis beruhen, auf das diejenige Partei, die sich auf dieses Ereignis

beruft, keinen Einfluss hat, und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt von ihr nicht hätten vermieden werden können.

Bedingungen für den Überweisungsverkehr

Für die Ausführung von Überweisungsaufträgen von Kunden gelten die folgenden Bedingungen.

1. Allgemein

1.1 Wesentliche Merkmale der Überweisung einschließlich des Dauerauftrags

Der Kunde kann die Bank beauftragen, durch eine Überweisung Geldbeträge bargeldlos zugunsten eines Zahlungsempfängers an den Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers zu übermitteln. Der Kunde kann die Bank auch beauftragen, jeweils zu einem bestimmten wiederkehrenden Termin einen gleichbleibenden Geldbetrag an das gleiche Konto des Zahlungsempfängers zu überweisen (Dauerauftrag).

Bei einer SEPA-Überweisung oder SEPA-Echtzeitüberweisung erfolgt die Zahlung in Euro innerhalb des Gebiets des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums („Single Euro Payments Area", SEPA, siehe Anlage 1). Eine SEPA-Echtzeitüberweisung kann an jedem Kalendertag rund um die Uhr beauftragt werden und wird sofort ausgeführt.

1.2 Kundenkennungen

Für das Verfahren hat der Kunde folgende Kundenkennung des Zahlungsempfängers zu verwenden:

Zielgebiet	Währung	Kundenkennung des Zahlungsempfängers
Inland	Euro	● IBAN[4]
Grenzüberschreitend innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums[5]	Euro	● IBAN
Inland oder innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums	Andere Währung als Euro	● IBAN und BIC ● Kontonummer und BIC[6]
Außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums	Euro oder andere Währung	● IBAN und BIC oder ● Kontonummer und BIC

Die für die Ausführung der Überweisung erforderlichen Angaben bestimmen sich nach Nummern 2.1, 3.1.1 und 3.2.1.

1.3 Erteilung des Überweisungsauftrags und Autorisierung

(1) Der Kunde erteilt der Bank einen Überweisungsauftrag mittels eines von der Bank zugelassenen Formulars oder in der mit der Bank anderweitig vereinbarten Art und Weise (zum Beispiel per Online Banking) mit den erforderlichen Angaben gemäß Nummer 2.1 beziehungsweise Nummern 3.1.1 und 3.2.1
Der Kunde hat auf Leserlichkeit, Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben zu achten. Unleserliche, unvollständige oder fehlerhafte Angaben können zu Verzögerungen und zu Fehlleitungen von Überweisungen führen; daraus können Schäden für den Kunden entstehen. Bei unleserlichen, unvollständigen oder fehlerhaften Angaben kann die Bank die Ausführung ablehnen (siehe auch Nummer 1.7). Hält der Kunde bei der Ausführung der Überweisung besondere Eile für nötig, hat er dies der Bank gesondert mitzuteilen. Bei formularmäßig erteilten

[4] International Bank Account Number (Internationale Bankkontonummer).
[5] Zum Europäischen Wirtschaftsraum siehe Anlage 1.
[6] Bank Identifier Code (Bankidentifizierungscode

Überweisungen muss dies außerhalb des Formulars erfolgen, falls das Formular selbst keine entsprechende Angabe vorsieht.
(2) Der Kunde autorisiert den Überweisungsauftrag durch Unterschrift oder in der anderweitig mit der Bank vereinbarten Art und Weise (zum Beispiel per Online-Banking-PIN/TAN). In dieser Autorisierung ist zugleich die ausdrückliche Zustimmung enthalten, dass die Bank, die für die Ausführung der Überweisung notwendigen personenbezogenen Daten des Kunden abruft (aus ihrem Datenbestand), verarbeitet, übermittelt und speichert.
(3) Auf Verlangen des Kunden teilt die Bank vor Ausführung eines einzelnen Überweisungsauftrags die maximale Ausführungsfrist für diesen Zahlungsvorgang sowie die in Rechnung zu stellenden Entgelte und gegebenenfalls deren Aufschlüsselung mit.
(4) Der Kunde ist berechtigt, für die Erteilung des Überweisungsauftrages an die Bank auch einen Zahlungsauslösedienst gemäß § 1 Absatz 33 Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz zu nutzen, es sei denn, das Zahlungskonto des Kunden ist für ihn nicht online zugänglich.

1.4 Zugang des Überweisungsauftrags bei der Bank

(1) Der Überweisungsauftrag wird wirksam, wenn er der Bank zugeht. Das gilt auch, wenn der Überweisungsauftrag über einen Zahlungsauslösedienstleister erteilt wird. Der Zugang erfolgt durch den Eingang des Auftrags in den dafür vorgesehenen Empfangsvorrichtungen der Bank (zum Beispiel mit Abgabe in den Geschäftsräumen oder Eingang auf dem Online-Banking-Server der Bank).
(2) Fällt der Zeitpunkt des Eingangs des Überweisungsauftrags nach Absatz 1 Satz 3 nicht auf einen Geschäftstag der Bank gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis“, so gilt der Überweisungsauftrag erst am darauffolgenden Geschäftstag als zugegangen.
(3) Geht der Überweisungsauftrag nach dem an der Empfangsvorrichtung der Bank oder im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ angegebenen Annahmezeitpunkt ein, so gilt der Überweisungsauftrag im Hinblick auf die Bestimmung der Ausführungsfrist (siehe Nummer 2.2.2) erst als am darauffolgenden Geschäftstag zugegangen.
(4) Bei einer SEPA-Echtzeitüberweisung gilt abweichend von Absätzen 2 und 3:

- Ein elektronisch erteilter Auftrag kann an jedem Kalendertag rund um die Uhr zugehen.
- Ein nicht elektronisch erteilter Auftrag ist zu dem Zeitpunkt zugegangen, an dem die Bank die Daten in ihr internes System eingegeben hat. Diese Eingabe beginnt so bald wie möglich, nachdem der Auftrag in den dafür vorgesehenen Empfangsvorrichtungen der Bank eingegangen ist.

1.5 Widerruf des Überweisungsauftrags

(1) Bis zum Zugang des Überweisungsauftrags bei der Bank (siehe Nummer 1.4 Absätze 1 und 2) kann der Kunde diesen durch Erklärung gegenüber der Bank widerrufen. Nach dem Zugang des Überweisungsauftrags ist vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 ein Widerruf nicht mehr möglich. Nutzt der Kunde für die Erteilung seines Überweisungsauftrags einen Zahlungsauslösedienstleister, so kann er den Überweisungsauftrag abweichend von Satz 1 nicht mehr gegenüber der Bank widerrufen, nachdem er dem Zahlungsauslösedienstleister die Zustimmung zur Auslösung der Überweisung erteilt hat.
(2) Haben Bank und Kunde einen bestimmten Termin für die Ausführung der Überweisung vereinbart (siehe Nummer 2.2.2 Absatz 2), kann der Kunde die Überweisung beziehungsweise den Dauerauftrag (siehe Nummer 1.1) bis zum Ende des vor dem vereinbarten Tag liegenden Geschäftstags der Bank widerrufen. Die Geschäftstage der Bank ergeben sich aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis“. Nach dem rechtzeitigen Zugang des Widerrufs eines Dauerauftrags bei der Bank werden keine weiteren Überweisungen mehr aufgrund des bisherigen Dauerauftrags ausgeführt.
(3) Nach den in Absätzen 1 und 2 genannten Zeitpunkten kann der Überweisungsauftrag nur widerrufen werden, wenn Kunde und Bank dies vereinbart haben. Die Vereinbarung wird wirksam, wenn es der Bank gelingt, die Ausführung zu verhindern oder den Überweisungsbetrag zurückzuerlangen. Nutzt der Kunde für die Erteilung

seines Überweisungsauftrags einen Zahlungsauslösedienstleister, bedarf es ergänzend der Zustimmung des Zahlungsauslösedienstleisters und des Zahlungsempfängers. Für die Bearbeitung eines solchen Widerrufs des Kunden berechnet die Bank das im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesene Entgelt.

1.6 Ausführung des Überweisungsauftrags

(1) Die Bank führt den Überweisungsauftrag des Kunden aus, wenn die zur Ausführung erforderlichen Angaben (siehe Nummern 2.1, 3.1.1 und 3.2.1) in der vereinbarten Art und Weise (siehe Nummer 1.3 Absatz 1) vorliegen, dieser vom Kunden autorisiert ist (siehe Nummer 1.3 Absatz 2) und ein zur Ausführung der Überweisung ausreichendes Guthaben in der Auftragswährung vorhanden oder ein ausreichender Kredit eingeräumt ist (Ausführungsbedingungen). Bei einer SEPA-Echtzeitüberweisung sind zusätzliche Ausführungsbedingungen, dass das vom Kunden festgelegte Betragslimit (siehe Nummer 2.1.2) eingehalten ist und der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers das SEPA-Echtzeitüberweisungsverfahren unterstützt.
(2) Die Bank und die weiteren an der Ausführung der Überweisung beteiligten Zahlungsdienstleister sind berechtigt, die Überweisung ausschließlich anhand der vom Kunden angegebenen Kundenkennung des Zahlungsempfängers (siehe Nummer 1.2) auszuführen.
(3) Die Bank unterrichtet den Kunden mindestens einmal monatlich über die Ausführung von Überweisungen auf dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg. Mit Kunden, die keine Verbraucher sind, kann die Art und Weise sowie die zeitliche Folge der Unterrichtung gesondert vereinbart werden. Weitergehende gesetzliche Regelungen bleiben unberührt.

1.7 Ablehnung der Ausführung

(1) Sind die Ausführungsbedingungen (siehe Nummer 1.6 Absatz 1) nicht erfüllt, kann die Bank die Ausführung des Überweisungsauftrags ablehnen. Ist bei einer SEPA-Echtzeitüberweisung das vom Kunden festgelegte Betragslimit (siehe Nummer 2.1.2) nicht eingehalten, wird die Bank die Ausführung ablehnen. Über die Ablehnung wird die Bank den Kunden unverzüglich, auf jeden Fall aber innerhalb der in Nummer 2.2.1 beziehungsweise 3.1.2 und 3.2.2 vereinbarten Frist, unterrichten. Dies kann auch auf dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg geschehen. Dabei wird die Bank, soweit möglich, die Gründe der Ablehnung sowie die Möglichkeiten angeben, wie Fehler, die zur Ablehnung geführt haben, berichtigt werden können.
(2) Ist eine vom Kunden angegebene Kundenkennung für die Bank erkennbar keinem Zahlungsempfänger, keinem Zahlungskonto oder keinem Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers zuzuordnen, wird die Bank dem Kunden hierüber unverzüglich eine Information zur Verfügung stellen und ihm gegebenenfalls den Überweisungsbetrag wieder herausgeben.
(3) Für die berechtigte Ablehnung der Ausführung eines autorisierten Überweisungsauftrags berechnet die Bank das im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesene Entgelt.

1.8 Übermittlung der Überweisungsdaten

Im Rahmen der Ausführung der Überweisung übermittelt die Bank die in der Überweisung enthaltenen Daten (Überweisungsdaten) unmittelbar oder unter Beteiligung zwischengeschalteter Stellen an den Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers. Im Zusammenhang mit der Übermittlung können eingeschaltete Dienstleister zur Auftragsdurchführung auch erforderliche Prüfungen der Überweisungsdaten vornehmen (insbesondere zur Identifikation und Verhinderung von Zahlungsverkehrsbetrug). Der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers kann dem Zahlungsempfänger die Überweisungsdaten, zu denen auch die IBAN des Zahlers gehört, ganz oder teilweise zur Verfügung stellen.
Bei grenzüberschreitenden Überweisungen und bei Eilüberweisungen im Inland können die Überweisungsdaten auch in gemeinsamer Verantwortung mit dem Nachrichtenübermittlungssystem Society for Worldwide Interbank

Financial Telecommunication (SWIFT) mit Sitz in Belgien an den Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers weitergeleitet werden. Aus Gründen der Systemsicherheit speichert SWIFT die Überweisungsdaten vorübergehend in seinen Rechenzentren in der Europäischen Union, in der Schweiz und in den USA.

1.9 Anzeige nicht autorisierter oder fehlerhaft ausgeführter Überweisungen

Der Kunde hat die Bank unverzüglich nach Feststellung eines nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Überweisungsauftrags zu unterrichten. Dies gilt auch im Fall der Beteiligung eines Zahlungsauslösedienstleisters.

1.10 Entgelte und deren Änderung

1.10.1 Entgelte für Verbraucher

Die Entgelte im Überweisungsverkehr ergeben sich aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis“.
Änderungen der Entgelte im Überweisungsverkehr werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart, können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Die von der Bank angebotenen Änderungen werden nur wirksam, wenn der Kunde diese annimmt. Eine Vereinbarung über die Änderung eines Entgelts, das auf eine über die Hauptleistung hinausgehende Zahlung des Kunden gerichtet ist, kann die Bank mit dem Kunden nur ausdrücklich treffen.
Die Änderung von Entgelten für den Zahlungsdiensterahmenvertrag (Girovertrag) richtet sich nach Nr. 12 Absatz 5 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

1.10.2 Entgelte für Kunden, die keine Verbraucher sind

Bei Entgelten und deren Änderung für Überweisungen von Kunden, die keine Verbraucher sind, verbleibt es bei den Regelungen in Nummer 12 Absätze 2 bis 6 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

1.11 Wechselkurs

Erteilt der Kunde einen Überweisungsauftrag in einer anderen Währung als der Kontowährung, wird das Konto gleichwohl in der Kontowährung belastet. Die Bestimmung des Wechselkurses bei solchen Überweisungen ergibt sich aus der Umrechnungsregelung im „Preis- und Leistungsverzeichnis“. Eine Änderung des in der Umrechnungsregelung genannten Referenzwechselkurses wird unmittelbar und ohne vorherige Benachrichtigung des Kunden wirksam. Der Referenzwechselkurs wird von der Bank zugänglich gemacht oder stammt aus einer öffentlich zugänglichen Quelle.

1.12 Meldepflichten nach Außenwirtschaftsrecht

Der Kunde hat die Meldepflichten nach dem Außenwirtschaftsrecht zu beachten.

2. Überweisungen innerhalb Deutschlands und in andere Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) in Euro oder in anderen EWR-Währungen[7]

2.1 Erforderliche Angaben

[7] Zu den EWR-Währungen gehören derzeit: Euro, Bulgarischer Lew, Dänische Krone, Isländische Krone, Norwegische Krone, Polnischer Zloty, Rumänischer Leu, Schwedische Krone, Schweizer Franken, Tschechische Krone, Ungarischer Forint.

2.1.1 Regelangaben

Der Kunde muss im Überweisungsauftrag folgende Angaben machen:

- Name des Zahlungsempfängers,
- Kundenkennung des Zahlungsempfängers (siehe Nummer 1.2), ist bei Überweisungen in anderen EWR-Währungen als Euro der BIC unbekannt, ist stattdessen der vollständige Name und die Adresse des Zahlungsdienstleisters des Zahlungsempfängers anzugeben,
- Währung (gegebenenfalls in Kurzform gemäß Anlage 1),
- Betrag,
- Name des Kunden,
- IBAN des Kunden,
- und bei grenzüberschreitenden Überweisungen die Entgeltweisung „Entgeltteilung“ zwischen Kunde und Zahlungsempfänger.

2.1.2 Besondere Bestimmungen für SEPA-Echtzeitüberweisungen

Für SEPA-Echtzeitüberweisungen ermöglicht die Bank, dass der Kunde ein Betragslimit festlegen kann, das entweder für jeden einzelnen Überweisungsauftrag oder die Betragssumme aller SEPA-Echtzeitüberweisungsaufträge, die am selben Kalendertag ausgeführt werden sollen, gilt. Das Limit kann jederzeit geändert werden.

2.1.3 Empfängerüberprüfung

Bevor der Kunde einen Auftrag für eine SEPA-Überweisung oder SEPA-Echtzeitüberweisung autorisiert (siehe Nummer 1.3 Absatz 2), wird der Name des Zahlungsempfängers mit der IBAN des Zahlungsempfängers abgeglichen (Empfängerüberprüfung), wenn der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers zur Empfängerüberprüfung gesetzlich verpflichtet ist. Die Empfängerüberprüfung wird der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers aufgrund der Angaben des Kunden nach Nummer 2.1.1 durchführen. Die Bank unterrichtet den Kunden über das Ergebnis der Empfängerüberprüfung. Ergibt diese, dass die Daten nicht oder nahezu übereinstimmen, teilt die Bank mit, welche Folge eine Autorisierung des Auftrages haben könnte. Bei einem beleghaften Auftrag unterbleibt die Empfängerüberprüfung, wenn der Kunde zum Zeitpunkt des Zugangs des Auftrags nicht in den Geschäftsräumen der Bank anwesend ist.
Werden Name und IBAN des Zahlungsempfängers von einem Zahlungsauslösedienstleister und nicht vom Zahler angegeben, so ist gesetzlich geregelt, dass dieser Zahlungsauslösedienstleister sicherzustellen hat, dass die Angaben zum Zahlungsempfänger korrekt sind.

2.2 Maximale Ausführungsfrist

2.2.1 Fristlänge

Die Bank ist verpflichtet sicherzustellen, dass der Überweisungsbetrag spätestens innerhalb der im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ angegebenen Ausführungsfrist beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingeht. Abweichend davon beträgt die maximale Ausführungsfrist für eine SEPA-Echtzeitüberweisung 10 Sekunden.

2.2.2 Beginn der Ausführungsfrist

(1) Die Ausführungsfrist beginnt mit dem Zeitpunkt des Zugangs des Überweisungsauftrags des Kunden bei der Bank (siehe Nummer 1.4).

(2) Vereinbaren die Bank und der Kunde, dass die Ausführung der Überweisung an einem bestimmten Tag oder am Ende eines bestimmten Zeitraums oder an dem Tag, an dem der Kunde der Bank den zur Ausführung erforderlichen Geldbetrag in der Auftragswährung zur Verfügung gestellt hat, beginnen soll, so ist der im Auftrag angegebene oder anderweitig vereinbarte Termin für den Beginn der Ausführungsfrist maßgeblich. Fällt der vereinbarte Termin nicht auf einen Geschäftstag der Bank, so beginnt die Ausführungsfrist am darauffolgenden Geschäftstag. Die Geschäftstage der Bank ergeben sich aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis".
(3) Bei Überweisungsaufträgen in einer vom Konto des Kunden abweichenden Währung beginnt die Ausführungsfrist erst an dem Tag, an dem der Überweisungsbetrag in der Auftragswährung vorliegt.
(4) Vereinbaren die Bank und der Kunde, dass die Ausführung einer SEPA-Echtzeitüberweisung an einem bestimmten Tag, einem Zeitpunkt eines bestimmten Tags oder am Ende eines bestimmten Zeitraums oder an dem Tag, an dem der Kunde der Bank den zur Ausführung erforderlichen Geldbetrag in der Auftragswährung zur Verfügung gestellt hat, beginnen soll, so ist der im Auftrag angegebene oder anderweitig vereinbarte Termin für den Beginn der Ausführungsfrist maßgeblich.
(5) Bei SEPA-Echtzeitüberweisungsaufträgen von einem nicht auf Euro lautenden Konto des Kunden beginnt die Ausführungsfrist erst mit dem Zeitpunkt, an dem der Überweisungsbetrag in Euro vorliegt. Diese Währungsumrechnung erfolgt unmittelbar nachdem der Auftrag erteilt wurde.

2.3 Erstattungs-, Berichtigungs- und Schadensersatzansprüche des Kunden

2.3.1 Erstattung bei einer nicht autorisierten Überweisung

Im Fall einer nicht autorisierten Überweisung (siehe Nummer 1.3 Absatz 2) hat die Bank gegen den Kunden keinen Anspruch auf Erstattung ihrer Aufwendungen. Sie ist verpflichtet, dem Kunden den Überweisungsbetrag zu erstatten und, sofern der Betrag einem Konto des Kunden belastet worden ist, dieses Konto wieder auf den Stand zu bringen, auf dem es sich ohne die Belastung mit der nicht autorisierten Überweisung befunden hätte. Diese Verpflichtung ist spätestens bis zum Ende des Geschäftstags gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis" zu erfüllen, der auf den Tag folgt, an welchem der Bank angezeigt wurde, dass die Überweisung nicht autorisiert ist oder die Bank auf andere Weise davon Kenntnis erhalten hat. Hat die Bank einer zuständigen Behörde berechtigte Gründe für den Verdacht, dass ein betrügerisches Verhalten des Kunden vorliegt, schriftlich mitgeteilt, hat die Bank ihre Verpflichtung aus Satz 2 unverzüglich zu prüfen und zu erfüllen, wenn sich der Betrugsverdacht nicht bestätigt. Wurde die Überweisung über einen Zahlungsauslösedienstleister ausgelöst, so treffen die Pflichten aus den Sätzen 2 bis 4 die Bank.

2.3.2 Ansprüche bei nicht erfolgter, fehlerhafter oder verspäteter Ausführung einer autorisierten Überweisung

(1) Im Fall einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung einer autorisierten Überweisung kann der Kunde von der Bank die unverzügliche und ungekürzte Erstattung des Überweisungsbetrages insoweit verlangen, als die Zahlung nicht erfolgt oder fehlerhaft war. Wurde der Betrag dem Konto des Kunden belastet, bringt die Bank dieses wieder auf den Stand, auf dem es sich ohne den nicht erfolgten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgang befunden hätte. Wird eine Überweisung vom Kunden über einen Zahlungsauslösedienstleister ausgelöst, so treffen die Pflichten aus den Sätzen 1 und 2 die Bank. Soweit vom Überweisungsbetrag von der Bank oder zwischengeschalteten Stellen Entgelte abgezogen worden sein sollten, übermittelt die Bank zugunsten des Zahlungsempfängers unverzüglich den abgezogenen Betrag.
(2) Der Kunde kann über den Absatz 1 hinaus von der Bank die Erstattung derjenigen Entgelte und Zinsen insoweit verlangen, als ihm diese im Zusammenhang mit der nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung der Überweisung in Rechnung gestellt oder auf seinem Konto belastet wurden.

(3) Im Fall einer verspäteten Ausführung einer autorisierten Überweisung kann der Kunde von der Bank fordern, dass die Bank vom Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers verlangt, die Gutschrift des Zahlungsbetrags auf dem Zahlungskonto des Zahlungsempfängers so vorzunehmen, als sei die Überweisung ordnungsgemäß ausgeführt worden. Die Pflicht aus Satz 1 gilt auch, wenn die Überweisung vom Kunden über einen Zahlungsauslösedienstleister ausgelöst wird. Weist die Bank nach, dass der Zahlungsbetrag rechtzeitig beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingegangen ist, entfällt diese Pflicht. Die Pflicht nach Satz 1 gilt nicht, wenn der Kunde kein Verbraucher ist.
(4) Wurde eine Überweisung nicht oder fehlerhaft ausgeführt, wird die Bank auf Verlangen des Kunden den Zahlungsvorgang nachvollziehen und den Kunden über das Ergebnis unterrichten.

2.3.3 Ansprüche im Zusammenhang mit der Empfängerüberprüfung

(1) Autorisiert der Kunde den Auftrag, obwohl ihm die Bank bei der Empfängerüberprüfung gemäß Nummer 2.1.3 mitgeteilt hat, dass die Daten nicht oder nahezu übereinstimmen, haftet die Bank nicht für die Folgen dieser fehlenden Übereinstimmung, wenn sie die Überweisung ausschließlich anhand der vom Kunden angegebenen Kundenkennung des Zahlungsempfängers (siehe Nummer 1.2) ausführt. Dies gilt auch, wenn der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers die Empfängerüberprüfung nicht durchgeführt hat und die Bank den Kunden darüber vor der Autorisierung des Auftrags informiert hat.
(2) Wurde die Empfängerüberprüfung fehlerhaft durchgeführt und führt dies zu einer fehlerhaften Ausführung der Überweisung, so erstattet die Bank dem Kunden auf dessen Verlangen unverzüglich den überwiesenen Betrag und bringt gegebenenfalls das belastete Zahlungskonto des Kunden wieder auf den Stand, auf dem es sich ohne die Überweisung befunden hätte. Gleiches gilt, wenn der Zahlungsauslösedienstleister des Kunden die Empfängerüberprüfung fehlerhaft durchführt.

2.3.4 Schadensersatz wegen Pflichtverletzung

(1) Bei nicht erfolgter, fehlerhafter oder verspäteter Ausführung einer autorisierten Überweisung oder bei einer nicht autorisierten Überweisung kann der Kunde von der Bank einen Schaden, der nicht bereits von den Nummern 2.3.1, 2.3.2 und 2.3.3 erfasst ist, ersetzt verlangen. Dies gilt nicht, wenn die Bank die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Bank hat hierbei ein Verschulden, das einer zwischengeschalteten Stelle zur Last fällt, wie eigenes Verschulden zu vertreten, es sei denn, dass die wesentliche Ursache bei einer zwischengeschalteten Stelle liegt, die der Kunde vorgegeben hat. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.
(2) Die Haftung nach Absatz 1 ist auf 12.500 Euro begrenzt. Diese betragsmäßige Haftungsgrenze gilt nicht

- für nicht autorisierte Überweisungen,
- für fehlerhafte Empfängerüberprüfungen,
- bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit der Bank,
- für Gefahren, die die Bank besonders übernommen hat, und
- für den Zinsschaden, wenn der Kunde Verbraucher ist.

2.3.5 Ansprüche von Kunden, die keine Verbraucher sind

Abweichend von den Ansprüchen in Nummer 2.3.2 und in Nummer 2.3.4 haben Kunden, die keine Verbraucher sind, bei einer nicht erfolgten, fehlerhaft oder verspätet ausgeführten autorisierten Überweisung oder bei einer nicht autorisierten Überweisung neben etwaigen Herausgabeansprüchen nach § 667 BGB und §§ 812 ff. BGB lediglich Schadensersatzansprüche nach Maßgabe folgender Regelungen:

- Die Bank haftet für eigenes Verschulden. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.
- Für das Verschulden der von der Bank zwischengeschalteten Stellen haftet die Bank nicht. In diesen Fällen beschränkt sich die Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung der ersten zwischengeschalteten Stelle (weitergeleiteter Auftrag).
- Ein Schadensersatzspruch des Kunden ist der Höhe nach auf den Überweisungsbetrag zuzüglich der von der Bank in Rechnung gestellten Entgelte und Zinsen begrenzt. Soweit es sich hierbei um die Geltendmachung von Folgeschäden handelt, ist der Anspruch auf höchstens 12.500 Euro je Überweisung begrenzt. Diese Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der Bank und für Gefahren, die die Bank besonders übernommen hat, sowie für nicht autorisierte Überweisungen.

2.3.6 Haftungs- und Einwendungsausschluss

(1) Eine Haftung der Bank nach Nummern 2.3.2, 2.3.4 und 2.3.5 ist in folgenden Fällen ausgeschlossen:

- Die Bank weist gegenüber dem Kunden nach, dass der Überweisungsbetrag rechtzeitig und ungekürzt beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingegangen ist.
- Die Überweisung wurde in Übereinstimmung mit der vom Kunden angegebenen fehlerhaften Kundenkennung des Zahlungsempfängers (siehe Nummer 1.2) ausgeführt. In diesem Fall kann der Kunde von der Bank jedoch verlangen, dass sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten darum bemüht, den Zahlungsbetrag wiederzuerlangen. Ist die Wiedererlangung des Überweisungsbetrags nicht möglich, so ist die Bank verpflichtet, dem Kunden auf schriftlichen Antrag alle verfügbaren Informationen mitzuteilen, damit der Kunde gegen den tatsächlichen Empfänger der Überweisung einen Anspruch auf Erstattung des Überweisungsbetrags geltend machen kann. Für die Tätigkeiten der Bank nach den Sätzen 2 und 3 dieses Unterpunkts berechnet die Bank das im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesene Entgelt.

(2) Ansprüche des Kunden nach Nummern 2.3.1, 2.3.2 und 2.3.4 und Einwendungen des Kunden gegen die Bank aufgrund nicht oder fehlerhaft ausgeführter Überweisungen oder aufgrund nicht autorisierter Überweisungen sind ausgeschlossen, wenn der Kunde die Bank nicht spätestens 13 Monate nach dem Tag der Belastung mit einer nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Überweisung hiervon unterrichtet hat. Der Lauf der Frist beginnt nur, wenn die Bank den Kunden über die Belastungsbuchung der Überweisung entsprechend dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg spätestens innerhalb eines Monats nach der Belastungsbuchung unterrichtet hat; anderenfalls ist für den Fristbeginn der Tag der Unterrichtung maßgeblich. Schadensersatzansprüche nach Nummer 2.3.3 kann der Kunde auch nach Ablauf der Frist in Satz 1 geltend machen, wenn er ohne Verschulden an der Einhaltung dieser Frist verhindert war. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch dann, wenn der Kunde die Überweisung über einen Zahlungsauslösedienstleister auslöst.

(3) Ansprüche des Kunden sind ausgeschlossen, wenn die einen Anspruch begründenden Umstände

- auf einem ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignis beruhen, auf das die Bank keinen Einfluss hat und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt nicht hätten vermieden werden können, oder
- von der Bank aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung herbeigeführt wurden.

3. Überweisungen innerhalb Deutschlands und in andere Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums[8] (EWR) in Währungen eines Staates außerhalb des EWR (Drittstaatenwährung[9]) sowie Überweisungen in Staaten außerhalb des EWR (Drittstaaten[10])

3.1 Überweisungen innerhalb Deutschlands und in andere Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) in Währungen eines Staates außerhalb des EWR (Drittstaatenwährung)

3.1.1 Erforderliche Angaben

Der Kunde muss für die Ausführung der Überweisung folgende Angaben machen:

- Name des Zahlungsempfängers,
- Kundenkennung des Zahlungsempfängers (siehe Nummer 1.2); ist bei grenzüberschreitenden Überweisungen der BIC unbekannt, ist stattdessen der vollständige Name und die Adresse des Zahlungsdienstleisters des Zahlungsempfängers anzugeben,
- Zielland (gegebenenfalls in Kurzform gemäß Anlage 2),
- Währung (gegebenenfalls in Kurzform gemäß Anlage 2),
- Betrag,
- Name des Kunden,
- Kontonummer und Bankleitzahl oder IBAN des Kunden.

3.1.2 Ausführungsfrist

Die Überweisungen werden baldmöglichst bewirkt.

3.1.3 Erstattungs-, Berichtigungs- und Schadensersatzansprüche des Kunden

3.1.3.1 Erstattung bei einer nicht autorisierten Überweisung

Im Fall einer nicht autorisierten Überweisung (siehe Nummer 1.3 Absatz 2) hat die Bank gegen den Kunden keinen Anspruch auf Erstattung ihrer Aufwendungen. Sie ist verpflichtet, dem Kunden den Zahlungsbetrag zu erstatten und, sofern der Betrag einem Konto des Kunden belastet worden ist, dieses Konto wieder auf den Stand zu bringen, auf dem es sich ohne die Belastung durch die nicht autorisierte Überweisung befunden hätte. Diese Verpflichtung ist spätestens bis zum Ende des Geschäftstags gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis“ zu erfüllen, der auf den Tag folgt, an welchem der Bank angezeigt wurde, dass die Überweisung nicht autorisiert ist oder die Bank auf andere Weise davon Kenntnis erhalten hat. Hat die Bank einer zuständigen Behörde berechtigte Gründe für den Verdacht, dass ein betrügerisches Verhalten des Kunden vorliegt, schriftlich mitgeteilt, hat die Bank ihre Verpflichtung aus Satz 2 unverzüglich zu prüfen und zu erfüllen, wenn sich der Betrugsverdacht nicht bestätigt. Wurde die Überweisung über einen Zahlungsauslösedienstleister ausgelöst, so treffen die Pflichten aus den Sätzen 2 bis 4 die Bank.

3.1.3.2 Ansprüche bei nicht erfolgter, fehlerhafter oder verspäteter Ausführung einer autorisierten Überweisung

(1) Im Fall einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung einer autorisierten Überweisung kann der Kunde von der Bank die unverzügliche und ungekürzte Erstattung des Überweisungsbetrags insoweit verlangen, als die Zahlung nicht erfolgt oder fehlerhaft war. Wurde der Betrag dem Konto des Kunden belastet, bringt die Bank dieses wieder auf den Stand, auf dem es sich ohne den nicht erfolgten oder fehlerhaft ausgeführten

[8] Zum Europäischen Wirtschaftsraum siehe Anlage 1.
[9] Z. B. US-Dollar
[10] Drittstaaten sind alle Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (zum Europäischen Wirtschaftsraums siehe Anlage 1).

Zahlungsvorgang befunden hätte. Wird eine Überweisung vom Kunden über einen Zahlungsauslösedienstleister ausgelöst, so treffen die Pflichten aus den Sätzen 1 und 2 die Bank. Soweit vom Überweisungsbetrag von der Bank oder zwischengeschalteten Stellen Entgelte abgezogen worden sein sollten, übermittelt die Bank zugunsten des Zahlungsempfängers unverzüglich den abgezogenen Betrag.
(2) Der Kunde kann über den Absatz 1 hinaus von der Bank die Erstattung derjenigen Entgelte und Zinsen insoweit verlangen, als ihm diese im Zusammenhang mit der nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung der Überweisung in Rechnung gestellt oder auf seinem Konto belastet wurden.
(3) Im Fall einer verspäteten Ausführung einer autorisierten Überweisung kann der Kunde von der Bank fordern, dass die Bank vom Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers verlangt, die Gutschrift des Zahlungsbetrags auf dem Zahlungskonto des Zahlungsempfängers so vorzunehmen, als sei die Überweisung ordnungsgemäß ausgeführt worden. Die Pflicht aus Satz 1 gilt auch, wenn die Überweisung vom Kunden über einen Zahlungsauslösedienstleister ausgelöst wird. Weist die Bank nach, dass der Zahlungsbetrag rechtzeitig beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingegangen ist, entfällt diese Pflicht. Die Pflicht nach Satz 1 gilt nicht, wenn der Kunde kein Verbraucher ist.
(4) Wurde eine Überweisung nicht oder fehlerhaft ausgeführt, wird die Bank auf Verlangen des Kunden den Zahlungsvorgang nachvollziehen und den Kunden über das Ergebnis unterrichten.

3.1.3.3 Schadensersatz wegen Pflichtverletzung

(1) Bei nicht erfolgter, fehlerhafter oder verspäteter Ausführung einer autorisierten Überweisung oder bei einer nicht autorisierten Überweisung kann der Kunde von der Bank einen Schaden, der nicht bereits von Nummern 3.1.3.1 und 3.1.3.2 erfasst ist, ersetzt verlangen. Dies gilt nicht, wenn die Bank die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Bank hat hierbei ein Verschulden, das einer zwischengeschalteten Stelle zur Last fällt, wie eigenes Verschulden zu vertreten, es sei denn, dass die wesentliche Ursache bei einer zwischengeschalteten Stelle liegt, die der Kunde vorgegeben hat. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.
(2) Die Haftung nach Absatz 1 ist auf 12.500 Euro begrenzt. Diese betragsmäßige Haftungsgrenze gilt nicht

- für nicht autorisierte Überweisungen,
- bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit der Bank,
- für Gefahren, die die Bank besonders übernommen hat, und
- für den Zinsschaden, wenn der Kunde Verbraucher ist.

3.1.3.4 Sonderregelung für die außerhalb des EWR getätigten Bestandteile der Überweisung

Für die außerhalb des EWR getätigten Bestandteile der Überweisung bestehen abweichend von den Ansprüchen in Nummern 3.1.3.2 und 3.1.3.3 bei einer nicht erfolgten, fehlerhaft oder verspätet ausgeführten autorisierten Überweisung neben etwaigen Herausgabeansprüchen nach § 667 BGB und §§ 812 ff. BGB lediglich Schadensersatzansprüche nach Maßgabe folgender Regelungen:

- Die Bank haftet für eigenes Verschulden. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.
- Für das Verschulden der von der Bank zwischengeschalteten Stellen haftet die Bank nicht. In diesen Fällen beschränkt sich die Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung der ersten zwischengeschalteten Stelle (weitergeleiteter Auftrag).
- Die Haftung der Bank ist auf höchstens 12.500 Euro je Überweisung begrenzt. Diese Haftungsbeschränkungen gilt nicht für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der Bank und für Gefahren, die die Bank besonders übernommen hat.

3.1.3.5 Ansprüche von Kunden, die keine Verbraucher sind

Abweichend von den Ansprüchen in Nummern 3.1.3.2 und 3.1.3.3 haben Kunden, die keine Verbraucher sind, bei einer nicht erfolgten, fehlerhaft oder verspätet ausgeführten autorisierten Überweisung oder bei einer nicht autorisierten Überweisung neben etwaigen Herausgabeansprüchen nach § 667 BGB und §§ 812 ff. BGB lediglich Schadensersatzansprüche nach Maßgabe folgender Regelungen:

- Die Bank haftet für eigenes Verschulden. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.
- Für das Verschulden der von der Bank zwischengeschalteten Stellen haftet die Bank nicht. In diesen Fällen beschränkt sich die Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung der ersten zwischengeschalteten Stelle (weitergeleiteter Auftrag).
- Ein Schadensersatzanspruch des Kunden ist der Höhe nach auf den Überweisungsbetrag zuzüglich der von der Bank in Rechnung gestellten Entgelte und Zinsen begrenzt. Soweit es sich hierbei um die Geltendmachung von Folgeschäden handelt, ist der Anspruch auf höchstens 12.500 Euro je Überweisung begrenzt. Diese Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der Bank und für Gefahren, die die Bank besonders übernommen hat, sowie für nicht autorisierte Überweisungen.

3.1.3.6 Haftungs- und Einwendungsausschluss

(1) Eine Haftung der Bank nach Nummern 3.1.3.2 bis 3.1.3.5 ist in folgenden Fällen ausgeschlossen:

- Die Bank weist gegenüber dem Kunden nach, dass der Überweisungsbetrag ordnungsgemäß beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingegangen ist.
- Die Überweisung wurde in Übereinstimmung mit der vom Kunden angegebenen fehlerhaften Kundenkennung des Zahlungsempfängers (siehe Nummer 1.2) ausgeführt. In diesem Fall kann der Kunde von der Bank jedoch verlangen, dass sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten darum bemüht, den Zahlungsbetrag wiederzuerlangen. Ist die Wiedererlangung des Überweisungsbetrags nach Satz 2 nicht möglich, so ist die Bank verpflichtet, dem Kunden auf schriftlichen Antrag alle verfügbaren Informationen mitzuteilen, damit der Kunde gegen den tatsächlichen Empfänger der Überweisung einen Anspruch auf Erstattung des Überweisungsbetrags geltend machen kann. Für die Tätigkeiten nach den Sätzen 2 bis 3 dieses Unterpunkts berechnet die Bank das im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesene Entgelt.

(2) Ansprüche des Kunden nach Nummern 3.1.3.1 bis 3.1.3.5 und Einwendungen des Kunden gegen die Bank aufgrund nicht oder fehlerhaft ausgeführter Überweisungen oder aufgrund nicht autorisierter Überweisungen sind ausgeschlossen, wenn der Kunde die Bank nicht spätestens 13 Monate nach dem Tag der Belastung mit einer nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Überweisung hiervon unterrichtet hat. Der Lauf der Frist beginnt nur, wenn die Bank den Kunden über die Belastungsbuchung der Überweisung entsprechend dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg spätestens innerhalb eines Monats nach der Belastungsbuchung unterrichtet hat; anderenfalls ist für den Fristbeginn der Tag der Unterrichtung maßgeblich. Schadensersatzansprüche nach Nummer 3.1.3.3 kann der Kunde auch nach Ablauf der Frist in Satz 1 geltend machen, wenn er ohne Verschulden an der Einhaltung dieser Frist verhindert war. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch dann, wenn der Kunde die Überweisung über einen Zahlungsauslösedienstleister auslöst.

(3) Ansprüche des Kunden sind ausgeschlossen, wenn die einen Anspruch begründenden Umstände

- auf einem ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignis beruhen, auf das die Bank keinen Einfluss hat und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt nicht hätten vermieden werden können, oder
- von der Bank aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung herbeigeführt wurden.

3.2 Überweisungen in Staaten außerhalb des EWR (Drittstaaten)[11]

3.2.1 Erforderliche Angaben Der Kunde muss für die Ausführung der Überweisung folgende Angaben machen:

- Name des Zahlungsempfängers,
- Kundenkennung des Zahlungsempfängers (siehe Nummer 1.2); ist bei grenzüberschreitenden Überweisungen der BIC unbekannt, ist stattdessen der vollständige Name und die Adresse des Zahlungsdienstleisters des Zahlungsempfängers anzugeben,
- Zielland (gegebenenfalls in Kurzform gemäß Anlage 1),
- Währung (gegebenenfalls in Kurzform gemäß Anlage 1),
- Betrag,
- Name des Kunden,
- Kontonummer und Bankleitzahl oder IBAN des Kunden.

3.2.2 Ausführungsfrist

(1) Die Überweisungen werden baldmöglichst bewirkt.
(2) Bei einer SEPA-Echtzeitüberweisung in einen Drittstaat der SEPA (siehe Anlage 1) wird die Bank den Eingang des Überweisungsbetrags beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers innerhalb von 10 Sekunden bewirken. Diese Ausführungsfrist beginnt mit dem Zeitpunkt des Zugangs des Überweisungsauftrags des Kunden bei der Bank (siehe Nummer 1.4). Vereinbaren die Bank und der Kunde, dass die Ausführung einer SEPA-Echtzeitüberweisung an einem bestimmten Tag, einem Zeitpunkt eines bestimmten Tags oder am Ende eines bestimmten Zeitraums oder an dem Tag, an dem der Kunde der Bank den zur Ausführung erforderlichen Geldbetrag in der Auftragswährung zur Verfügung gestellt hat, beginnen soll, so ist der im Auftrag angegebene oder anderweitig vereinbarte Termin für den Beginn der Ausführungsfrist maßgeblich. Bei Aufträgen von einem nicht auf Euro lautenden Konto des Kunden beginnt die Ausführungsfrist erst mit dem Zeitpunkt, an dem der Überweisungsbetrag in Euro vorliegt. Diese Währungsumrechnung erfolgt unmittelbar, nachdem der Auftrag erteilt wurde.

3.2.3 Erstattungs- und Schadensersatzansprüche des Kunden

3.2.3.1 Erstattung bei einer nicht autorisierten Überweisung

(1) Im Fall einer nicht autorisierten Überweisung (siehe oben Nummer 1.3 Absatz 2) hat die Bank gegen den Kunden keinen Anspruch auf Erstattung ihrer Aufwendungen. Sie ist verpflichtet, dem Kunden den Zahlungsbetrag zu erstatten und, sofern der Betrag einem Konto des Kunden belastet worden ist, dieses Konto wieder auf den Stand zu bringen, auf dem es sich ohne die Belastung durch die nicht autorisierte Überweisung befunden hätte. Diese Verpflichtung ist spätestens bis zum Ende des Geschäftstags gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis“ zu erfüllen, der auf den Tag folgt, an welchem der Bank angezeigt wurde, dass die Überweisung nicht autorisiert ist oder die Bank auf andere Weise davon Kenntnis erhalten hat. Hat die Bank einer zuständigen Behörde berechtigte Gründe für den Verdacht, dass ein betrügerisches Verhalten des Kunden vorliegt, schriftlich mitgeteilt, hat die Bank ihre Verpflichtung aus Satz 2 unverzüglich zu prüfen und zu erfüllen, wenn sich der Betrugsverdacht nicht bestätigt. Wurde die Überweisung über einen Zahlungsauslösedienstleister ausgelöst, so treffen die Pflichten aus den Sätzen 2 bis 4 die Bank.
(2) Bei sonstigen Schäden, die aus einer nicht autorisierten Überweisung resultieren, haftet die Bank für eigenes Verschulden. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung eines Schadens beigetragen,

[11] Drittstaaten sind alle Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (zum Europäischen Wirtschaftsraum siehe Anlage 1).

bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.

3.2.3.2 Haftung bei nicht erfolgter, fehlerhafter oder verspäteter Ausführung einer autorisierten Überweisung

Bei einer nicht erfolgten, fehlerhaft oder verspätet ausgeführten autorisierten Überweisung hat der Kunde neben etwaigen Herausgabeansprüchen nach § 667 BGB und §§ 812 ff. BGB Schadensersatzansprüche nach Maßgabe folgender Regelungen:

- Die Bank haftet für eigenes Verschulden. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.
- Für das Verschulden zwischengeschalteter Stellen haftet die Bank nicht. In diesen Fällen beschränkt sich die Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung der ersten zwischengeschalteten Stelle (weitergeleiteter Auftrag).
- Die Haftung der Bank ist auf höchstens 12.500 Euro je Überweisung begrenzt. Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der Bank und für Gefahren, die die Bank besonders übernommen hat.

3.2.3.3 Haftungs- und Einwendungsausschluss

(1) Eine Haftung der Bank nach Nummer 3.2.3.2 ist in folgenden Fällen ausgeschlossen:

- Die Bank weist gegenüber dem Kunden nach, dass der Überweisungsbetrag ordnungsgemäß beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingegangen ist.
- Die Überweisung wurde in Übereinstimmung mit der vom Kunden angegebenen fehlerhaften Kundenkennung des Zahlungsempfängers (siehe Nummer 1.2) ausgeführt. In diesem Fall kann der Kunde von der Bank jedoch verlangen, dass sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten darum bemüht, den Zahlungsbetrag wiederzuerlangen. Für die Tätigkeiten der Bank nach Satz 2 dieses Unterpunkts berechnet die Bank das im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesene Entgelt.

(2) Ansprüche des Kunden nach Nummern 3.2.3.1 und 3.2.3.2 und Einwendungen des Kunden gegen die Bank aufgrund nicht oder fehlerhaft ausgeführter Überweisungen oder aufgrund nicht autorisierter Überweisungen sind ausgeschlossen, wenn der Kunde die Bank nicht spätestens 13 Monate nach dem Tag der Belastung mit einer nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Überweisung hiervon unterrichtet hat. Der Lauf der Frist beginnt nur, wenn die Bank den Kunden über die Belastungsbuchung der Überweisung entsprechend dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg spätestens
innerhalb eines Monats nach der Belastungsbuchung unterrichtet hat; anderenfalls ist für den Fristbeginn der Tag der Unterrichtung maßgeblich. Schadensersatzansprüche kann der Kunde auch nach Ablauf der Frist in Satz 1 geltend machen, wenn er ohne Verschulden an der Einhaltung dieser Frist verhindert war. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch dann, wenn der Kunde die Überweisung über einen Zahlungsauslösedienstleister auslöst

(3) Ansprüche des Kunden sind ausgeschlossen, wenn die einen Anspruch begründenden Umstände

- auf einem ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignis beruhen, auf das die Bank keinen Einfluss hat und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt nicht hätten vermieden werden können, oder
- von der Bank aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung herbeigeführt wurden.

Anlage 1: Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum („Single Euro Payments Area“, SEPA)

Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)

Mitgliedstaaten der Europäischen Union:

Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich (einschließlich Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique, Mayotte, Réunion), Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern.

Weitere Staaten:

Island, Liechtenstein, Norwegen.

Sonstige Staaten und Gebiete (Drittstaaten der SEPA)

Ålandinseln, Albanien, Andorra, Gibraltar, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Guernsey, Jersey, Insel Man, Moldau, Monaco, Montenegro, Nordmazedonien, San Marino, St. Barthélemy, St. Martin (französischer Teil), St. Pierre und Miquelon, Schweiz, Vatikanstadt

Anlage 2: Verzeichnis der Kurzformen für Zielland und Währung

Zielland	Kurzform	Währung	Kurzform
Belgien	BE	Euro	EUR
Bulgarien	BG	Bulgarischer Lew	BGN
Dänemark	DK	Dänische Krone	DKK
Estland	EE	Euro	EUR
Finnland	FI	Euro	EUR
Frankreich	FR	Euro	EUR
Griechenland	GR	Euro	EUR
Irland	IE	Euro	EUR
Island	IS	Isländische Krone	ISK
Italien	IT	Euro	EUR
Japan	JP	Japanischer Yen	JPY
Kanada	CA	Kanadischer Dollar	CAD
Kroatien	HR	Euro	EUR
Lettland	LV	Euro	EUR
Liechtenstein	LI	Schweizer Franken*	CHF
Litauen	LT	Euro	EUR
Luxemburg	LU	Euro	EUR
Malta	MT	Euro	EUR
Niederlande	NL	Euro	EUR
Norwegen	NO	Norwegische Krone	NOK
Österreich	AT	Euro	EUR
Polen	PL	Polnischer Zloty	PLN
Portugal	PT	Euro	EUR
Rumänien	RO	Rumänischer Leu	RON
Russische Föderation	RU	Russischer Rubel	RUB
Schweden	SE	Schwedische Krone	SEK
Schweiz	CH	Schweizer Franken	CHF
Slowakei	SK	Euro	EUR
Slowenien	SI	Euro	EUR
Spanien	ES	Euro	EUR
Tschechische Republik	CZ	Tschechische Krone	CZK
Türkei	TR	Türkische Lira	TRY
Ungarn	HU	Ungarischer Forint	HUF
USA	US	US-Dollar	USD
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	GB	Britische Pfund Sterling	GBP
Zypern	CY	Euro	EUR

* Schweizer Franken als gesetzliches Zahlungsmittel in Lichtenstein

Bedingungen für die Kommunikation zwischen Kunde und Bank

1. Formen der Kommunikation

Bei der Bank handelt es sich um eine Online-Bank, die ihre Dienste ohne eigenes Filialnetz anbietet. Aufträge und sonstige Mitteilungen können nur per Fernkommunikationsmittel übermittelt werden. Der Kunde hat die jeweils anfallenden Übermittlungsgebühren zu tragen. Die Bank ist berechtigt, diese Kommunikationswege zu erweitern, einzuschränken oder deren Nutzung von zusätzlichen Voraussetzungen abhängig zu machen. Über Änderungen wird der Kunde rechtzeitig informiert.

2. Kontoauszüge, Mitteilungen und Willenserklärungen

Die Bank stellt dem Kunden alle Informationen, Mitteilungen, Kontoauszüge inkl. Rechnungsabschlüsse (Kontoinformationen) in einem elektronischen Briefkasten (Postbox) in Textform im gesicherten Bereich des Online-Banking bereit. Die Kontoinformationen kann sich der Kunde in der Postbox ansehen, ausdrucken und herunterladen. Die in der Postbox eingestellten Kontoinformationen sind mit Einstellung in die Postbox zugegangen. Die Bank garantiert, dass die von ihr in die Postbox eingestellten Kontoinformationen von ihr inhaltlich nicht mehr geändert werden können. Die Bank wird die in die Postbox eingestellten Kontoinformationen nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen automatisch löschen. Für die dauerhafte Speicherung der Kontoinformationen ist der Kunde verantwortlich, wobei die Bank keine Gewährleistung dafür übernimmt, dass aufgrund der Systemumgebung des Kunden ein Ausdruck o.ä. der Kontoinformationen mit der Darstellung auf dem Bildschirm des Kunden übereinstimmt. Der Kunde hat Einwendungen gegen den Inhalt oder die Richtigkeit der in die Postbox übermittelten Dokumente unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von sechs Wochen der Bank in Textform mitzuteilen.

Dies gilt ebenfalls für Willenserklärungen der Bank, wie z.B. Kündigungen von einzelnen Dienstleistungen/Vereinbarungen oder der gesamten Geschäftsbeziehung. Solche Willenserklärungen können von der Bank

i. in Textform (als eigenständige Erklärung oder als Erklärung als Bestandteil weiterer Kontoinformationen) und
ii. auch/oder via E-Mail an die vom Kunden hinterlegte E-Mailadresse versandt werden.

Die Kontoinformationen und Willenserklärungen der Bank gelten mit Ablage in die Postbox und/oder Übermittlung an die vom Kunden hinterlegte E-Mailadresse als zugestellt.

3. Willenserklärungen des Kunden

Willenserklärungen des Kunden, insbesondere Kündigungen können schriftlich oder in Textform erfolgen.

4. Regelungen für besondere Kommunikationsformen

4.1 Auftragserteilung per Online-Banking:

Die Bank ist per Online-Banking über die Internetadresse www.ascory-bank.de erreichbar. Hinsichtlich der Auftragserteilung über das Internet wird auf die Bedingungen für das Online-Banking verwiesen.

4.2 Auftragserteilung per Fax:

Die Bank weist darauf hin, dass die Übermittlung von Aufträgen per Fax Möglichkeiten eines Missbrauchs eröffnet, insbesondere etwa die Fälschung der Unterschrift, Manipulation des Auftragsinhalts durch den Einsatz moderner Kopiertechniken, andere Veränderungen des Originalauftrages oder Manipulation der

Absendererkennung. Aufgrund dessen kann die Bank eingehende Faxaufträge auf ihre Echtheit und ihre Autorisierung durch den Kunden nicht überprüfen. Die Bank führt daher keine Aufträge per Fax aus.

5. Auftragsbearbeitung

Der Kunde hat alle Aufträge vollständig und unmissverständlich zu erteilen und insbesondere alle wesentlichen Angaben zur Durchführung seiner Aufträge anzugeben. Die über die vorhandenen Kommunikationswege erteilten Kundenaufträge werden von der Bank im Rahmen des banküblichen Arbeitsablaufs bearbeitet. Zur Vermeidung von Missverständnissen hat sich der Kunde nach Erteilung eines Auftrages von der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Ausführung seines Auftrages durch die Bank zu vergewissern (z.B. Online-Banking-Abfrage, Kontoauszug oder sonstige Bestätigungen).

6. Haftung

Die Haftung der Bank richtet sich nach den für die jeweilige Ausführungsart vereinbarten Sonderbedingungen (z.B. Bedingungen für den Überweisungsverkehr, Bedingungen für das Online-Banking). Für Störungen, insbesondere für den Fall, dass eine Kommunikation mit der Bank vorübergehend oder auf Dauer aus technischen Gründen nicht möglich ist, haftet die Bank nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Im Übrigen sind Haftungsansprüche ausgeschlossen, wenn die einen Anspruch begründenden Umstände auf einem ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignis beruhen, auf das diejenige Partei, die sich auf dieses Ereignis beruft, keinen Einfluss hat und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt von ihr nicht hätten vermieden werden können. Das Gleiche gilt, wenn diese Umstände von der Bank aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung herbeigeführt wurden. Die Bank weist ausdrücklich darauf hin, dass sie keine Gewähr für die Anerkennung von elektronischen Kontoauszügen durch Dritte, insbesondere durch Behörden und Finanzbehörden, übernimmt. Ansprüche jeglicher Art gegen die Bank in Folge der Nichtanerkennung der elektronischen Kontoauszüge sind ausgeschlossen. Der Kunde ist verpflichtet, selbst die aus seiner Sicht erforderlichen Informationen über die Anerkennung der elektronischen Kontoauszüge durch Dritte einzuholen.

Informationsbogen für den Einleger

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

mit dem folgenden „Informationsbogen für den Einleger“ unterrichten wir Sie gemäß § 23a Abs. 1 Satz 3 des Kreditwesengesetzes über die gesetzliche Einlagensicherung.

Einlagen bei Ascory Bank AG sind geschützt durch:	Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH (1)
Sicherungsobergrenze:	100 000 Euro pro Einleger pro Kreditinstitut (2)
Falls Sie mehrere Einlagen bei demselben Kreditinstitut haben:	Alle Ihre Einlagen bei demselben Kreditinstitut werden "aufaddiert" und die Gesamtsumme unterliegt der Obergrenze von 100 000 (2)
Falls Sie ein Gemeinschaftskonto mit einer oder mehreren anderen Personen haben:	Die Obergrenze von 100 000 Euro gilt für jeden einzelnen Einleger (3)
Erstattungsfrist bei Ausfall eines Kreditinstituts:	7 Arbeitstage
Währung der Erstattung:	Euro
Kontaktdaten:	Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH Burgstraße 28 10178 Berlin Deutschland Postanschrift Postfach 11 04 48 10834 Berlin Telefon: +49 (0) 30 - 590 01 19 60 E-Mail: info@edb-banken.de
Weitere Informationen:	www.edb-banken.de

(1) Ihre Einlage wird von einem gesetzlichen Einlagensicherungssystem gedeckt. Im Falle einer Insolvenz Ihres Kreditinstituts werden Ihre Einlagen in jedem Fall bis zu 100 000 Euro erstattet.

(2) Sollte eine Einlage nicht verfügbar sein, weil ein Kreditinstitut seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, so werden die Einleger von dem Einlagensicherungssystem entschädigt. Die betreffende Deckungssumme beträgt maximal 100 000 Euro pro Kreditinstitut. Das heißt, dass bei der Ermittlung dieser Summe alle bei demselben Kreditinstitut gehaltenen Einlagen addiert werden. Hält ein Einleger beispielsweise 90 000 Euro auf einem Sparkonto und 20 000 Euro auf einem Girokonto, so werden ihm lediglich 100 000 Euro erstattet.

(3) Bei Gemeinschaftskonten gilt die Obergrenze von 100 000 Euro für jeden Einleger.

	Einlagen auf einem Konto, über das zwei oder mehrere Personen als Mitglieder einer Personengesellschaft oder Sozietät, einer Vereinigung oder eines ähnlichen Zusammenschlusses ohne Rechtspersönlichkeit verfügen können, werden bei der Berechnung der Obergrenze von 100 000 Euro allerdings zusammengefasst und als Einlage eines einzigen Einlegers behandelt. In den Fällen des § 8 Absatz 2 bis 4 des Einlagensicherungsgesetzes sind Einlagen über 100 000 Euro hinaus gesichert. Weitere Informationen sind erhältlich über die Website der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH unter www.edb-banken.de
(4)	Erstattung Das zuständige Einlagensicherungssystem ist die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH, Burgstraße 28, 10178 Berlin, Deutschland, Postanschrift: Postfach 11 04 48, 10834 Berlin, Telefon: +49 (0) 30 - 590 01 19 60, E-Mail: info@edb-banken.de. Es wird Ihnen Ihre Einlagen (bis zu 100 000 Euro) spätestens 7 Arbeitstagen erstatten. Haben Sie die Erstattung innerhalb dieser Fristen nicht erhalten, sollten Sie mit dem Einlagensicherungssystem Kontakt aufnehmen, da der Gültigkeitszeitraum für Erstattungsforderungen nach einer bestimmten Frist abgelaufen sein kann. Weitere Informationen sind erhältlich die Website der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH unter über www.edb-banken.de
Weitere wichtige Informationen	Einlagen von Privatkunden und Unternehmen sind im Allgemeinen durch Einlagensicherungssysteme gedeckt. Für bestimmte Einlagen geltende Ausnahmen werden auf der Website des zuständigen Einlagensicherungssystems mitgeteilt. Ihr Kreditinstitut wird Sie auf Anfrage auch darüber informieren, ob bestimmte Produkte gedeckt sind oder nicht.

Datenschutzhinweise

Informationen zu unserem Umgang mit Ihren Daten, Ihre Rechte und Informationen nach Artikeln 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung - DS-GVO

Mit den folgenden Informationen möchten wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht geben. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten bzw. mit Ihnen vereinbarten Dienstleistungen.

1. **Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden.**

Verantwortliche Stelle ist:
Ascory Bank AG
Grosse Elbstrasse 39
22767 Hamburg
Tel.: +49 40 66 86 49 0
Email: info@Ascory.de

Sie erreichen Ihren Datenschutzbeauftragten unter:
E-Mail: dsb@ibs-data-protection.de
Telefon: 040-540 90 97 80

2. **Welche Quellen und Daten nutzen wir?**

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung von Ihnen erhalten. Zudem verarbeiten wir - soweit für die Erbringung unserer Dienstleistung erforderlich - personenbezogene Daten, die wir von anderen Unternehmen oder von sonstigen Dritten (z. B. der SCHUFA) zulässigerweise (z. B. zur Ausführung von Aufträgen, zur Erfüllung von Verträgen oder aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung) erhalten haben. Zum anderen verarbeiten wir personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Schuldnerverzeichnisse, Grundbücher, Handels- und Vereinsregister, Presse, Medien) zulässigerweise gewonnen haben und verarbeiten dürfen.

Kategorien personenbezogener Daten/ Art der Daten

Relevante personenbezogene Daten sind Personalien (Name, Adresse und andere Kontaktdaten, Geburtstag und -ort und Staatsangehörigkeit), Legitimationsdaten (z. B. Ausweisdaten) und Authentifikationsdaten (z. B. Unterschriftprobe). Darüber hinaus können dies auch Auftragsdaten (z. B. Zahlungsauftrag, Wertpapierauftrag), Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z. B. Umsatzdaten im Zahlungsverkehr, Kreditrahmen, Steuernummer, Produktdaten (z. B. Einlagen-, Kredit- und Depotgeschäft), Informationen über ihre finanzielle Situation (Bonitätsdaten, Scoring-/Ratingdaten, Herkunft von Vermögenswerten), Werbe- und Vertriebsdaten (inklusive Werbescores), Dokumentationsdaten (z. B. Beratungsprotokoll), Registerdaten, Daten über Ihre Nutzung von unseren angebotenen Telemedien (z. B. Zeitpunkt des Aufrufs unserer Webseiten, Apps oder Newsletter, angeklickte Seiten von uns bzw. Einträge) sowie andere vergleichbare Daten sein.

3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit der Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und bereichsspezifischen Datenschutznormen.

3.1 Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten

Die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 4 Nr. 2 DS-GVO) erfolgt zur Erbringung und Vermittlung von Finanzdienstleistungen sowie Versicherungs- und Immobiliengeschäften, insbesondere zur Durchführung unserer Verträge mit Ihnen und der Ausführung Ihrer Aufträge sowie aller mit dem Betrieb und der Verwaltung eines Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituts erforderlichen Tätigkeiten.

Die Zwecke der Datenverarbeitung richten sich in erster Linie nach dem konkreten Produkt (z. B. Konto, Kredit, Wertpapiere, Einlagen, Vermittlung) und können unter anderem

Bedarfsanalysen, Beratung, Vermögensverwaltung und -betreuung sowie die Durchführung von Transaktionen umfassen.

Die weiteren Einzelheiten zum Zweck der Datenverarbeitung können Sie den jeweiligen Vertragsunterlagen und Geschäftsbedingungen entnehmen.

3.2 Im Rahmen der Interessenabwägung

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Beispiele:

- Konsultation von und Datenaustausch mit Auskunfteien (z. B. SCHUFA) zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Ausfallrisiken und des Bedarfs beim Pfändungsschutzkonto oder Basiskonto;
- Prüfung und Optimierung von Verfahren zur Bedarfsanalyse und direkter Kundenansprache;
- Werbung oder Markt- und Meinungsforschung, soweit sie der Nutzung Ihrer Daten nicht widersprochen haben;
- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten;
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs;
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten;
- Videoüberwachungen dienen der Sammlung von Beweismitteln bei Straftaten oder zum Nachweis von Verfügungen und Einzahlungen z. B. an Geldautomaten. Sie dienen damit dem Schutz von Kunden und Mitarbeitern sowie der Wahrnehmung des Hausrechts.
- Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z. B. Zutrittskontrollen);
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts;
- Maßnahmen zur Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Produkten.

3.3 Aufgrund Ihrer Einwilligung

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (z. B. Weitergabe von Daten im Verbund/Konzern, Auswertung von Zahlungsverkehrsdaten für Marketingzwecke) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer

Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die-wie beispielsweise die SCHUFA-Klausel – vor der Geltung der DS-GVO, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind.

Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

3.4 Aufgrund gesetzlicher Vorgaben

Zudem unterliegen wir als Ascory Bank AG diversen rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z. B. Kreditwesengesetz, Geldwäschegesetz, Wertpapierhandelsgesetz, Steuergesetze) sowie (z. B. der Europäischen Zentralbank, der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Kreditwürdigkeitsprüfung, die Identitäts- und Altersprüfung, Betrugs- und Geldwäscheprävention, die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten sowie die Bewertung und Steuerung von Risiken.

4. Wer bekommt meine Daten?

Innerhalb der Ascory Bank AG erhalten diejenigen Stellen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten brauchen. Auch von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DS-GVO) können zu diesen genannten Zwecken Daten erhalten. Dies sind Unternehmen in den Kategorien kreditwirtschaftliche Leistungen, IT-Dienstleistungen, Logistik, Druckdienstleistungen, Telekommunikation, Inkasso, Beratung und Consulting sowie Vertrieb und Marketing.

Im Hinblick auf die Datenweitergabe an Empfänger außerhalb der Ascory Bank AG ist zunächst zu beachten, dass wir nach den zwischen Ihnen und uns vereinbarten Allgemeinen Geschäftsbedingungen zur Verschwiegenheit über alle kundenbezogenen Tatsachen und Wertungen verpflichtet sind, von denen wir Kenntnis erlangen (Bankgeheimnis). Informationen

über Sie dürfen wir nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten, Sie eingewilligt haben oder wir zur Erteilung einer Bankauskunft befugt sind. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z. B. sein:

- Öffentliche Stellen und Institutionen (z. B. Deutsche Bundesbank, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Europäische Aufsichtsbehörde, Europäische Zentralbank, Finanzbehörden) bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung.
- -Andere Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute oder vergleichbare Einrichtungen, an die wir zur Durchführung der Geschäftsbeziehung mit Ihnen personenbezogene Daten übermitteln (je nach Vertrag: z. B. Korrespondenz-Institut, Depotbank, Börsen, Auskunfteien).

Weitere Datenempfänger können diejenigen Stellen sein, für die Sie uns Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben bzw. für die Sie uns vom Bankgeheimnis gemäß Vereinbarung oder Einwilligung befreit haben.

5. Wie lange werden meine Daten gespeichert?

Soweit erforderlich, verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer unserer Geschäftsbeziehung, was beispielsweise auch die Anbahnung und die Abwicklung eines Vertrages umfasst.

Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Abgabenordnung (AO), dem Kreditwesengesetz (KWG), dem Geldwäschegesetz (GwG) und dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre.

Schließlich beurteilt sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bis zu dreißig Jahre

betragen können, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

6. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums/EWR) findet nur statt, soweit dies zur Ausführung Ihrer Aufträge (z. B. Zahlungs- und Wertpapieraufträge) erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben ist oder Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben. Über Einzelheiten werden wir Sie, sofern gesetzlich vorgegeben, gesondert informieren.

7. Welche Datenschutzrechte habe ich?

Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DS-GVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DS-GVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Art. 20 DS-GVO. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde (Art. 77 DS-GVO).

8. Besteht für mich eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung müssen Sie nur diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme und Durchführung einer Geschäftsbeziehung erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel den Abschluss des Vertrages oder die Ausführung des Auftrages ablehnen müssen oder einen bestehenden Vertrag nicht mehr durchführen können und ggf. beenden müssen.

Insbesondere sind wir nach den geldwäscherechtlichen Vorschriften verpflichtet, Sie vor der Begründung der Geschäftsbeziehung beispielsweise anhand Ihres Personalausweises zu identifizieren und dabei Ihren Namen, Geburtsort, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit sowie Ihre Wohnanschrift zu erheben. Damit wir dieser gesetzlichen Verpflichtung nachkommen können, haben Sie uns nach § 4 Abs. 6 Geldwäschegesetz die notwendigen Informationen und

Unterlagen zur Verfügung zu stellen und sich im Laufe der Geschäftsbeziehung ergebende Änderungen unverzüglich anzuzeigen. Sollten Sie uns die notwendigen Informationen und Unterlagen nicht zur Verfügung stellen, dürfen wir die von Ihnen gewünschte Geschäftsbeziehung nicht aufnehmen.

9. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Wir nutzen keine automatisierten Verarbeitungsprozesse zur Herbeiführung einer Entscheidung über die Begründung und Durchführung der Geschäftsbeziehung (Artikel 22 DS-GVO). Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

10. Inwieweit werden meine Daten für die Profilbildung (Scoring) genutzt?

Aufgrund gesetzlicher Vorgaben sind wir zur Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung verpflichtet. Dabei werden auch Datenauswertungen (u.a. im Zahlungsverkehr) vorgenommen. Diese Maßnahmen dienen zugleich auch Ihrem Schutz.

Um Sie zielgerichtet über Produkte informieren und beraten zu können, setzen wir ggf. Auswertungsinstrumente ein. Diese ermöglichen eine bedarfsgerechte Kommunikation und Werbung einschließlich Markt- und Meinungsforschung.

Zur Beurteilung Ihrer Bonität und Kreditwürdigkeit können Score-Werte genutzt werden. Beim Scoring wird die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der ein Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen vertragsgemäß nachkommen wird. Die Berechnung Ihres Score-Wertes beruht auf mathematisch-statistisch anerkannten und bewährten Verfahren und ist das Ergebnis langjähriger Erfahrung. Die Aussagekraft der Prognosen wird permanent überprüft.

<u>Scorina für Privatkunden</u>

Wir vergeben Score-Werte (Bonitätsnoten) für Privatkunden. Die Berechnung dieser Score-Werte erfolgt auf der Grundlage folgender, zu Ihrer Person bei uns gespeicherten Datenarten:

- Zahlungsverhalten (z. B. Kontoumsätze, Habensalden bzw. Sollsalden) und Vertragstreue sowie
- Informationen Überzahlungsrückstand oder Retouren),
- Finanzierungsdaten (z. B. Ratenhöhe, Laufzeit),
- Einkommensverhältnisse,
- Beschäftigungsverhältnisse,
- Kundendaten (z. B. Kundenart, Anzahl der Personen in der Haushaltsrechnung, Datum der Kontoanlage, Dauer der Kundenbeziehung, Anzahl der Darlehen beim Institut).

Rating-Verfahren für Firmenkunden

Beim Rating für Firmenkunden erfolgt die Berechnung der Score-Werte (Bonitätsnote) auf der Grundlage folgender, zu Ihrer Person bei uns gespeicherten Datenarten:

- Zahlungsverhalten (z. B. Kontoumsatz, Habensalden bzw. Sollsalden) und Vertragstreue sowie
- Informationen Überzahlungsrückstand oder Retouren),
- Finanzierungsdaten (z. B. Ratenhöhe, Laufzeit),
- Vermögensverhältnisse,
- Kundendaten (z. B. Kundenart, Branche).

Ausdrücklich dürfen wir darauf hinweisen, dass die folgenden Informationen nicht in unseren Score einfließen: Angaben zur Staatsangehörigkeit sowie besonders sensible Daten nach Artikel 9 Absatz 1 DS-GVO.

Die errechneten Score-Werte unterstützen uns bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit, der Entscheidungsfindung und gehen in das Risikomanagement der Bank ein.

Information über Ihr Widerspruchsrecht nach Art. 21 DatenschutzGrundverordnung (DS-GVO)

1. Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der DS-GVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DS-GVO, das wir zur Bonitätsbewertung oder für Werbezwecke einsetzen.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
Widerspruchsrecht gegen eine Verarbeitung von Daten für Zwecke der Direktwerbung

2. Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung von Daten für Zwecke der Direktwerbung

In Einzelfällen verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten, um Direktwerbung zu betreiben. Sie haben das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht. Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeiten.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte möglichst gerichtet werden an:

Ascory Bank AG
Grosse Elbstrasse 39
22767 Hamburg
Tel.: +49 40 66 86 49 0
Email: info@Ascory.de

Hinweise zum internationalen automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen

Verpflichtung der Finanzdienstleister zur Erhebung von Daten ihrer Kunden

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

das Gesetz zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen hat zum Ziel, Steuerhinterziehung durch Kapitalanlagen im Ausland abzuwenden. Deutschland setzt damit die erweiterte EU-Amtshilferichtlinie um, die auf einem international einheitlichen Meldestandard der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) beruht.

► Selbstauskunft
Ab dem 1. Januar 2016 sind Finanzdienstleister verpflichtet, Informationen zu der steuerlichen Ansässigkeit ihrer Kunden zu erheben. Die Kunden müssen künftig in einer Selbstauskunft Namen, aktuelle Postanschrift, Geburtsdatum, alle Länder, in denen sie steuerlich ansässig sind, sowie die jeweilige Steueridentifikationsnummer angeben.

► Automatischer Informationsaustausch
Die mit der Selbstauskunft erhobenen Kundendaten müssen von den Finanzdienstleistern zusammen mit den Finanzumsätzen und dem Gesamtwert der zum 31. Dezember auf den Konten des Kunden vorhandenen Vermögensbestände jährlich an das Bundeszentralamt für Steuern gemeldet werden. Diese Daten werden dann vom Bundeszentralamt für Steuern an den Staat (bzw. die Staaten), in dem (bzw. in denen) der Kunde steuerlich ansässig ist, weitergeleitet.

► Steuerliche Ansässigkeit
Ob ein Kunde in einem Staat steuerlich ansässig ist, richtet sich nach den jeweiligen nationalen Bestimmungen zur unbeschränkten Steuerpflicht und etwaigen Doppelbesteuerungsabkommen.
Die Staatsbürgerschaft allein führt regelmäßig nicht zur steuerlichen Ansässigkeit. Dies gilt nur in Ausnahmefällen (wie für die USA). Anknüpfungspunkte der Besteuerung sind vielmehr ortsgebundene persönliche Merkmale. Dies kann ein Wohnsitz, ein ständiger Aufenthalt oder - bei Unternehmen - der Ort der Geschäftsleitung im jeweiligen Staat sein. Ein Bankkunde kann auch in verschiedenen Staaten gleichzeitig als steuerlich ansässig gelten, beispielsweise durch mehrere Wohnsitze.
Einkünfte aus anderen Staaten, die dort einer Besteuerung an der Quelle unterliegen können (etwa Miet- und Pachteinnahmen, Einnahmen aus Kapitalvermögen), führen für sich allein genommen noch nicht automatisch zu einer steuerlichen Ansässigkeit im Ausland.
Für Fragen zur steuerlichen Ansässigkeit sollten Bankkunden fachkundige Beratung (Steuerberater, Rechtsanwalt) in Anspruch nehmen oder eine Klärung mit den zuständigen lokalen Steuerbehörden herbeiführen.

► Steueridentifikationsnummer
In der Selbstauskunft ist die Steueridentifikationsnummer für die Staaten anzugeben, in denen ein Bankkunde steuerlich ansässig ist. Dies setzt voraus, dass dieser Staat eine Steueridentifikationsnummer vergibt.

► Weitere Informationen

Am Informationsaustausch nehmen sämtliche Mitgliedstaaten der Europäischen Union teil. Weitere Informationen zu den am Informationsaustausch teilnehmenden Staaten und zu den Steueridentifikationsnummern aller Länder finden Sie auf den Webseiten des Bundesfinanzministeriums (www. bundesfinanzministerium.de), des Bundeszentralamtes für Steuern (www.bzst.de) und der EU-Kommission (http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/tax_cooperation/mutual_assistance/financial_account_information/index_de.htm) sowie der OECD (http://www.oecd.org/tax/automatic-exchange/).

Bedingungen für Zahlungen mittels Lastschrift im SEPA-Basislastschriftverfahren

Für Zahlungen des Kunden an Zahlungsempfänger mittels SEPA-Basislastschrift über sein Konto bei der Bank gelten folgende Bedingungen.

1. Allgemein

1.1 Begriffsbestimmung

Eine Lastschrift ist ein vom Zahlungsempfänger ausgelöster Zahlungsvorgang zu Lasten des Kontos des Kunden, bei dem die Höhe des jeweiligen Zahlungsbetrags vom Zahlungsempfänger angegeben wird.

1.2 Entgelte und deren Änderungen

1.2.1 Entgelte für Verbraucher

Die Entgelte im Lastschriftverkehr ergeben sich aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis".
Änderungen der Entgelte im Lastschriftverkehr werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart, können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Die von der Bank angebotenen Änderungen werden nur wirksam, wenn der Kunde diese annimmt. Eine Vereinbarung über die Änderung eines Entgelts, das auf eine über die Hauptleistung hinausgehende Zahlung des Kunden gerichtet ist, kann die Bank mit dem Kunden nur ausdrücklich treffen.
Die Änderung von Entgelten für den Zahlungsdiensterahmenvertrag (Girovertrag) richtet sich nach Nummer 12 Absatz 5 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

1.2.2 Entgelte für Kunden, die keine Verbraucher sind

Für Entgelte und deren Änderung für Zahlungen von Kunden, die keine Verbraucher sind, verbleibt es bei den Regelungen in Nummer 12 Absätze 2 bis 6 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

2. SEPA-Basislastschrift

2.1 Allgemein

2.1.1 Wesentliche Merkmale des SEPA-Basislastschriftverfahrens

Mit dem SEPA-Basislastschriftverfahren kann der Kunde über die Bank an den Zahlungsempfänger Zahlungen in Euro innerhalb des Gebiets des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums („Single Euro Payments Area", SEPA) bewirken. Zur SEPA gehören die im Anhang genannten Staaten und Gebiete.
Für die Ausführung von Zahlungen mittels SEPA-Basislastschriften muss

- der Zahlungsempfänger und dessen Zahlungsdienstleister das SEPA-Basislastschriftverfahren nutzen und
- der Kunde vor dem Zahlungsvorgang dem Zahlungsempfänger das SEPA-Lastschriftmandat erteilen.

Der Zahlungsempfänger löst den jeweiligen Zahlungsvorgang aus, indem er über seinen Zahlungsdienstleister der Bank die Lastschriften vorlegt. Der Kunde kann bei einer autorisierten Zahlung aufgrund einer SEPABasislastschrift binnen einer Frist von acht Wochen ab dem Zeitpunkt der Belastungsbuchung auf seinem Konto von der Bank die Erstattung des belasteten Lastschriftbetrags verlangen.

2.1.2 Kundenkennungen

Für das Verfahren hat der Kunde die ihm mitgeteilte IBAN[12] und bei grenzüberschreitenden Zahlungen außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums[13] zusätzlich den BIC[14] der Bank als seine Kundenkennung gegenüber dem Zahlungsempfänger zu verwenden, da die Bank berechtigt ist, die Zahlung aufgrund der SEPA-Basislastschrift ausschließlich auf Grundlage der ihr übermittelten Kundenkennung auszuführen. Die Bank und die weiteren beteiligten Stellen führen die Zahlung an den Zahlungsempfänger anhand der im Lastschriftdatensatz vom Zahlungsempfänger als dessen Kundenkennung angegebenen IBAN und bei grenzüberschreitenden Zahlungen außerhalb des EWR zusätzlich angegebenen BIC aus.

2.1.3 Übermittlung von Lastschriftdaten

Bei SEPA-Basislastschriften können die Lastschriftdaten auch über das Nachrichtenübermittlungssystem der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT) mit Sitz in Belgien und Rechenzentren in der Europäischen Union, in der Schweiz und in den USA weitergeleitet werden.

2.2 SEPA-Lastschriftmandat

2.2.1 Erteilung des SEPA-Lastschriftmandats (SEPA Direct Debit Mandate)

Der Kunde erteilt dem Zahlungsempfänger ein SEPA-Lastschriftmandat. Damit autorisiert er gegenüber seiner Bank die Einlösung von SEPA-Basislastschriften des Zahlungsempfängers. Das Mandat ist schriftlich oder in der mit seiner Bank vereinbarten Art und Weise zu erteilen. In dieser Autorisierung ist zugleich die ausdrückliche Zustimmung enthalten, dass die am Lastschrifteinzug beteiligten Zahlungsdienstleister und etwaige zwischengeschaltete Stellen die für die Ausführung der Lastschrift notwendigen personenbezogenen Daten des Kunden abrufen, verarbeiten, übermitteln und speichern.

In dem SEPA-Lastschriftmandat müssen die folgenden Erklärungen des Kunden enthalten sein:

- Ermächtigung des Zahlungsempfängers, Zahlungen vom Konto des Kunden mittels SEPA-Basislastschrift einzuziehen, und
- Weisung an die Bank, die vom Zahlungsempfänger auf sein Konto gezogenen SEPA-Basislastschriften einzulösen.

Das SEPA-Lastschriftmandat muss folgende Autorisierungsdaten enthalten:

- Bezeichnung des Zahlungsempfängers,
- eine Gläubigeridentifikationsnummer,
- Kennzeichnung als einmalige oder wiederkehrende Zahlung,
- Name des Kunden (sofern verfügbar),
- Bezeichnung der Bank des Kunden und
- seine Kundenkennung (siehe Nummer 2.1.2).

2.2.2 Einzugsermächtigung als SEPA-Lastschriftmandat

Hat der Kunde dem Zahlungsempfänger eine Einzugsermächtigung erteilt, mit der er den Zahlungsempfänger ermächtigt, Zahlungen von seinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen, weist er zugleich damit die Bank an, die vom Zahlungsempfänger auf sein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Mit der Einzugsermächtigung autorisiert der Kunde gegenüber seiner Bank die Einlösung von Lastschriften des Zahlungsempfängers. Diese Einzugsermächtigung gilt als SEPALastschriftmandat. Sätze 1 bis 3 gelten auch für vom Kunden vor dem Inkrafttreten dieser Bedingungen erteilte Einzugsermächtigungen.
Die Einzugsermächtigung muss folgende Autorisierungsdaten enthalten:

[12] International Bank Account Number (Internationale Bankkontonummer).
[13] Mitgliedsstaaten siehe Anhang.
[14] Bank Identifier Code (Bank-Identifizierungscode).

- Bezeichnung des Zahlungsempfängers,
- Name des Kunden,
- Kundenkennung nach Nummer 2.1.2 oder Kontonummer und Bankleitzahl des Kunden.

Über die Autorisierungsdaten hinaus kann die Einzugsermächtigung zusätzliche Angaben enthalten.

2.2.3 Widerruf des SEPA-Lastschriftmandats

Das SEPA-Lastschriftmandat kann vom Kunden durch Erklärung gegenüber dem Zahlungsempfänger oder seiner Bank - möglichst schriftlich - mit der Folge widerrufen werden, dass nachfolgende Zahlungsvorgänge nicht mehr autorisiert sind.

Erfolgt der Widerruf gegenüber der Bank, wird dieser ab dem auf den Eingang des Widerrufs folgenden Geschäftstag gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis“ wirksam. Zusätzlich sollte dieser auch gegenüber dem Zahlungsempfänger erklärt werden, damit dieser keine weiteren Lastschriften einzieht.

2.2.4 Begrenzung und Nichtzulassung von SEPA-Basislastschriften

Der Kunde kann der Bank gesondert die Weisung erteilen, Zahlungen aus SEPA-Basislastschriften zu begrenzen oder nicht zuzulassen. Diese Weisung muss der Bank bis spätestens zum Ende des Geschäftstags gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis“ vor dem im Datensatz der Lastschrift angegebenen Fälligkeitstag zugehen. Diese Weisung sollte möglichst schriftlich und möglichst gegenüber der kontoführenden Stelle der Bank erfolgen. Zusätzlich sollte diese auch gegenüber dem Zahlungsempfänger erklärt werden.

2.3 Einzug der SEPA-Basislastschrift auf Grundlage des SEPA-Lastschriftmandats durch den Zahlungsempfänger

(1) Das vom Kunden erteilte SEPA-Lastschriftmandat verbleibt beim Zahlungsempfänger. Dieser übernimmt die Autorisierungsdaten und setzt etwaige zusätzliche Angaben in den Datensatz zur Einziehung von SEPA-Basislastschriften. Der jeweilige Lastschriftbetrag wird vom Zahlungsempfänger angegeben.

(2) Der Zahlungsempfänger übermittelt elektronisch den Datensatz zur Einziehung der SEPA-Basislastschrift unter Einschaltung seines Zahlungsdienstleisters an die Bank als Zahlstelle. Dieser Datensatz verkörpert auch die Weisung des Kunden an die Bank zur Einlösung der jeweiligen SEPA-Basislastschrift (siehe Nummer 2.2.1 Sätze 2 und 4 beziehungsweise Nummer 2.2.2 Satz 2). Für den Zugang dieser Weisung verzichtet die Bank auf die für die Erteilung des SEPA-Lastschriftmandats vereinbarte Form (siehe Nummer 2.2.1 Satz 3).

2.4 Zahlungsvorgang aufgrund der SEPA-Basislastschrift

2.4.1 Belastung des Kontos des Kunden mit dem Lastschriftbetrag

(1) Eingehende SEPA-Basislastschriften des Zahlungsempfängers werden am im Datensatz angegebenen Fälligkeitstag mit dem vom Zahlungsempfänger angegebenen Lastschriftbetrag dem Konto des Kunden belastet. Fällt der Fälligkeitstag nicht auf einen im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesenen Geschäftstag der Bank, erfolgt die Kontobelastung am nächsten Geschäftstag.

(2) Eine Kontobelastung erfolgt nicht oder wird spätestens am zweiten Bankarbeitstag[15] nach ihrer Vornahme rückgängig gemacht (siehe Nummer 2.4.2), wenn

- der Bank ein Widerruf des SEPA-Lastschriftmandats gemäß Nummer 2.2.3 zugegangen ist,
- der Kunde über kein für die Einlösung der Lastschrift ausreichendes Guthaben auf seinem Konto oder über keinen ausreichenden Kredit verfügt (fehlende Kontodeckung); Teileinlösungen nimmt die Bank nicht vor,
- die im Lastschriftdatensatz angegebene IBAN des Zahlungspflichtigen keinem Konto des Kunden bei der Bank zuzuordnen ist, oder

[15]Bankarbeitstage sind alle Werktage außer: Sonnabende, 24. und 31. Dezember.

- die Lastschrift nicht von der Bank verarbeitbar ist, da im Lastschriftdatensatz
  - eine Gläubigeridentifikationsnummer fehlt oder für die Bank erkennbar fehlerhaft ist,
  - eine Mandatsreferenz fehlt,
  - ein Ausstellungsdatum des Mandats fehlt oder
  - kein Fälligkeitstag angegeben ist.

(3) Darüber hinaus erfolgt eine Kontobelastung nicht oder wird spätestens am zweiten Bankarbeitstag nach ihrer Vornahme rückgängig gemacht (siehe Nummer 2.4.2), wenn dieser SEPABasislastschrift eine gesonderte Weisung des Kunden nach Nummer 2.2.4 entgegensteht.

2.4.2 Einlösung von SEPA-Basislastschriften

SEPA-Basislastschriften sind eingelöst, wenn die Belastungsbuchung auf dem Konto des Kunden nicht spätestens am zweiten Bankarbeitstag nach ihrer Vornahme rückgängig gemacht wird.

2.4.3 Unterrichtung über die Nichtausführung oder Rückgängigmachung der Belastungsbuchung oder Ablehnung der Einlösung

Über die Nichtausführung oder Rückgängigmachung der Belastungsbuchung (siehe Nummer 2.4.1 Absatz 2) oder die Ablehnung der Einlösung einer SEPA-Basislastschrift (siehe Nummer 2.4.2) wird die Bank den Kunden unverzüglich, spätestens bis zu der gemäß Nummer 2.4.4 vereinbarten Frist unterrichten. Dies kann auch auf dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg geschehen. Dabei wird die Bank, soweit möglich, die Gründe sowie die Möglichkeiten angeben, wie Fehler, die zur Nichtausführung, Rückgängigmachung oder Ablehnung geführt haben, berichtigt werden können.

Für die berechtigte Ablehnung der Einlösung einer autorisierten SEPA Basislastschrift wegen fehlender Kontodeckung (siehe Nummer 2.4.1 Absatz 2 zweiter Spiegelstrich) berechnet die Bank das im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesene Entgelt.

2.4.4 Ausführung der Zahlung

(1) Die Bank ist verpflichtet sicherzustellen, dass der von ihr dem Konto des Kunden aufgrund der SEPA-Basislastschrift des Zahlungsempfängers belastete Lastschriftbetrag spätestens innerhalb der im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ angegebenen Ausführungsfrist beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingeht.

(2) Die Ausführungsfrist beginnt an dem im Lastschriftdatensatz angegebenen Fälligkeitstag. Fällt dieser Tag nicht auf einen Geschäftstag gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis“ der Bank, so beginnt die Ausführungsfrist am darauffolgenden Geschäftstag.

(3) Die Bank unterrichtet den Kunden über die Ausführung der Zahlung auf dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg und in der vereinbarten Häufigkeit.

2.5 Erstattungsanspruch des Kunden bei einer autorisierten Zahlung

(1) Der Kunde kann bei einer autorisierten Zahlung aufgrund einer SEPA-Basislastschrift binnen einer Frist von acht Wochen ab dem Zeitpunkt der Belastungsbuchung auf seinem Konto von der Bank ohne Angabe von Gründen die Erstattung des belasteten Lastschriftbetrags verlangen. Dabei bringt sie das Konto wieder auf den Stand, auf dem es sich ohne die Belastung durch die Zahlung befunden hätte. Etwaige Zahlungsansprüche des Zahlungsempfängers gegen den Kunden bleiben hiervon unberührt.

(2) Der Erstattungsanspruch nach Absatz 1 ist ausgeschlossen, sobald der jeweilige Betrag der Lastschriftbelastungsbuchung durch eine ausdrückliche Genehmigung des Kunden unmittelbar gegenüber der Bank autorisiert worden ist.

(3) Erstattungsansprüche des Kunden bei einer nicht erfolgten oder fehlerhaft ausgeführten autorisierten Zahlung richten sich nach Nummer 2.6.2.

2.6 Erstattungs-, Berichtigungs- und Schadensersatzansprüche des Kunden

2.6.1 Erstattung bei einer nicht autorisierten Zahlung

Im Fall einer vom Kunden nicht autorisierten Zahlung hat die Bank gegen den Kunden keinen Anspruch auf Erstattung ihrer Aufwendungen. Sie ist verpflichtet, dem Kunden den von seinem Konto abgebuchten Lastschriftbetrag zu erstatten. Dabei bringt sie das Konto wieder auf den Stand, auf dem es sich ohne die Belastung durch die nicht autorisierte Zahlung befunden hätte. Diese Verpflichtung ist spätestens bis zum Ende des Geschäftstags gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis" zu erfüllen, der auf den Tag folgt, an welchem der Bank angezeigt wurde, dass die Zahlung nicht autorisiert ist oder die Bank auf andere Weise davon Kenntnis erhalten hat. Hat die Bank einer zuständigen Behörde berechtigte Gründe für den Verdacht, dass ein betrügerisches Verhalten des Kunden vorliegt, schriftlich mitgeteilt, hat die Bank ihre Verpflichtung aus Satz 2 unverzüglich zu prüfen und zu erfüllen, wenn sich der Betrugsverdacht nicht bestätigt.

2.6.2 Ansprüche bei nicht erfolgter, fehlerhafter oder verspäteter Ausführung von autorisierten Zahlungen

(1) Im Falle einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung einer autorisierten Zahlung kann der Kunde von der Bank die unverzügliche und ungekürzte Erstattung des Lastschriftbetrages insoweit verlangen, als die Zahlung nicht erfolgt oder fehlerhaft war. Die Bank bringt dann das Konto wieder auf den Stand, auf dem es sich ohne den fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgang befunden hätte.

(2) Der Kunde kann über den Anspruch nach Absatz 1 hinaus von der Bank die Erstattung derjenigen Entgelte und Zinsen verlangen, die die Bank ihm im Zusammenhang mit der nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung der Zahlung in Rechnung gestellt oder mit denen sie das Konto des Kunden belastet hat.

(3) Geht der Lastschriftbetrag beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers erst nach Ablauf der Ausführungsfrist in Nummer 2.4.4 Absatz 2 ein (Verspätung), kann der Zahlungsempfänger von seinem Zahlungsdienstleister verlangen, dass dieser die Gutschrift des Lastschriftbetrags auf dem Konto des Zahlungsempfängers so vornimmt, als sei die Zahlung ordnungsgemäß ausgeführt worden.

(4) Wurde ein Zahlungsvorgang nicht oder fehlerhaft ausgeführt, wird die Bank auf Verlangen des Kunden den Zahlungsvorgang nachvollziehen und den Kunden über das Ergebnis unterrichten.

2.6.3 Schadensersatz wegen Pflichtverletzung

(1) Bei nicht erfolgter, fehlerhafter oder verspäteter Ausführung einer autorisierten Zahlung oder bei einer nicht autorisierten Zahlung kann der Kunde von der Bank einen Schaden, der nicht bereits von Nummern 2.6.1 und 2.6.2 erfasst ist, ersetzt verlangen. Dies gilt nicht, wenn die Bank die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Bank hat hierbei ein Verschulden, das einer von ihr zwischengeschalteten Stelle zur Last fällt, wie eigenes Verschulden zu vertreten. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.

(2) Die Haftung nach Absatz 1 ist auf 12.500 Euro begrenzt. Diese betragsmäßige Haftungsgrenze gilt nicht

- für nicht autorisierte Zahlungen,
- bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit der Bank,
- für Gefahren, die die Bank besonders übernommen hat, und
- für den dem Kunden entstandenen Zinsschaden, wenn der Kunde Verbraucher ist.

2.6.4 Ansprüche von Kunden, die keine Verbraucher sind

Abweichend von den Ansprüchen in Nummer 2.6.2 und 2.6.3 haben Kunden, die keine Verbraucher sind, bei einer nicht erfolgten, fehlerhaft oder verspätet ausgeführten autorisierten Zahlung oder bei einer nicht autorisierten Zahlung neben etwaigen Herausgabeansprüchen nach § 667 BGB und §§ 812 ff. BGB lediglich Schadensersatzansprüche nach Maßgabe folgender Regelungen:

- Die Bank haftet für eigenes Verschulden. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.
- Für das Verschulden der von der Bank zwischengeschalteten Stellen haftet die Bank nicht. In diesen Fällen beschränkt sich die Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung der ersten zwischengeschalteten Stelle.
- Ein Schadensersatzanspruch des Kunden ist der Höhe nach auf den Lastschriftbetrag zuzüglich der von der Bank in Rechnung gestellten Entgelte und Zinsen begrenzt. Soweit es sich hierbei um die Geltendmachung von Folgeschäden handelt, ist der Anspruch auf höchstens 12.500 Euro je Zahlung begrenzt. Diese Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der Bank und für Gefahren, die die Bank besonders übernommen hat sowie für nicht autorisierte Zahlungen.

2.6.5 Haftungs- und Einwendungsausschluss

(1) Eine Haftung der Bank nach Nummern 2.6.2 bis 2.6.4 ist in folgenden Fällen ausgeschlossen:

- Die Bank weist gegenüber dem Kunden nach, dass der Zahlungsbetrag rechtzeitig und ungekürzt beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingegangen ist.
- Die Zahlung wurde in Übereinstimmung mit der vom Zahlungsempfänger angegebenen fehlerhaften Kundenkennung des Zahlungsempfängers ausgeführt. In diesem Fall kann der Kunde von der Bank jedoch verlangen, dass sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten darum bemüht, den Zahlungsbetrag wiederzuerlangen. Ist die Wiedererlangung des Zahlungsbetrags nach Satz 2 dieses Unterpunktes nicht möglich, so ist die Bank verpflichtet, dem Kunden auf schriftlichen Antrag alle verfügbaren Informationen mitzuteilen, damit der Kunde einen Anspruch auf Erstattung des Zahlungsbetrags geltend machen kann. Für die Tätigkeiten nach den Sätzen 2 und 3 dieses Unterpunkts berechnet die Bank das im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesene Entgelt.

(2) Ansprüche des Kunden nach Nummern 2.6.1 bis 2.6.4 und Einwendungen des Kunden gegen die Bank aufgrund nicht oder fehlerhaft ausgeführter Zahlungen oder aufgrund nicht autorisierter Zahlungen sind ausgeschlossen, wenn der Kunde die Bank nicht spätestens 13 Monate nach dem Tag der Belastung mit einer nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlung hiervon unterrichtet hat. Der Lauf der Frist beginnt nur, wenn die Bank den Kunden über die Belastungsbuchung der Zahlung entsprechend dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg spätestens innerhalb eines Monats nach der Belastungsbuchung unterrichtet hat; anderenfalls ist für den Fristbeginn der Tag der Unterrichtung maßgeblich. Schadensersatzansprüche nach Nummer 2.6.3 kann der Kunde auch nach Ablauf der Frist in Satz 1 geltend machen, wenn er ohne Verschulden an der Einhaltung dieser Frist verhindert war.

(3) Ansprüche des Kunden sind ausgeschlossen, wenn die einen Anspruch begründenden Umstände

- auf einem ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignis beruhen, auf das die Bank keinen Einfluss hat, und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt nicht hätten vermieden werden können, oder
- von der Bank aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung herbeigeführt wurden.

Anhang: Liste der zu SEPA gehörigen Staaten und Gebiete
Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)

Mitgliedstaaten der Europäischen Union:
Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich (einschließlich Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique, Mayotte, Réunion), Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern.

Weitere Staaten:
Island, Liechtenstein, Norwegen.

Sonstige Staaten und Gebiete
Andorra, Guernsey, Insel Man, Jersey, Monaco, Saint-Pierre und Miquelon, San Marino, Schweiz, Vatikanstadt, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland.

Allgemeines Preis-/Leistungsverzeichnis im standardisierten Geschäftskundengeschäft und für allgemeine Leistungen

A. Preise für Firmenkunden-Konten (Dienstleistungen im standardisierten Geschäftsverkehr mit Kunden)	Gebühr
Kontoeröffnungsgebühr (einmalig)	300,00 EUR*
Kontoführungsgebühr (monatlich)	30,00 EUR*
Kontoschließungsgebühr	50,00 EUR* in den ersten sechs Monaten; ansonsten kostenfrei
Kontowährung	EUR *1
Währungskonvertierungen über das Ascory Treasury	0,01 % auf den Nominal-Betrag, mindestens 100 EUR pro Ticket (Grundlage für die Gebührenberechnung ist immer die Ausgangswährung)*2
In der Kontoführungsgebühr sind folgende Dienstleistungen enthalten:	
▪ Kontoführung	
▪ Rechnungsabschluss / monatlicher Kontoauszug (online)	
▪ Zugang zum Ascory Online Banking Service (24 Std.)	
Negative Verzinsung von EUR Guthaben ab EUR 100.000,- *4	Entsprechend dem jeweils gültigen negativen Einlagezins der EZB*5
Negative Verzinsung von EUR Guthaben ab EUR 1.000.000,- *4	0,2% über dem jeweils gültigen negativen Einlagezins der EZB*5

Preise und Leistungen im Zahlungsverkehr**

Banküberweisungen innerhalb der Europäischen Union/ EWR – Teilnehmerstaaten (SEPA -> nur EUR-Überweisungen)*3	
Interne Überweisungen (online)	kostenfrei
Überweisung EUR (SEPA) (online)	kostenfrei
Überweisung in EUR (SEPA) (formlose Überweisung)***	75,00 EUR
Banküberweisungen im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr (Nicht-SEPA)	
Überweisung in EUR (online)	75,00 EUR *
Überweisung in Fremdwährung (online)	75,00 EUR*
Überweisung in EUR oder Fremdwährung (formlose Überweisung)***	125,00 EUR*
Eingehende Zahlungen	nur Fremdbankgebühren

B. Preise für Termineinlagen für Firmenkunden	Gebühr

Kontoführungsgebühr (monatlich)	kostenfrei
Kontowährung	EUR*1
Verzinsung p.a.*4	Nach Vereinbarung

In der Kontoführungsgebühr sind folgende Dienstleistungen enthalten:

- Kontoführung
- Rechnungsabschluss / monatlicher Kontoauszug (online)
- Zugang zum Ascory Banking Service (24 Std.)

C. Allgemeine Leistungen (gültig für Absatz A, B dieses APLVs)**	**Gebühr**
▪ Übermittlung einer SWIFT-Kopie	25,00 EUR* + Fremdbankgebühren
▪ Recherche und Bearbeitung offizieller Anfragen	50,00 EUR* + Fremdbankgebühren
▪ Individuelle Kundenanfragen	nach Vereinbarung
▪ Widerruf eines erteilten Überweisungsauftrages (nur vor Ausführung möglich)	50,00 EUR* + Fremdbankgebühren
▪ Gutschriftbestätigung einer Überweisung	50,00 EUR* + Fremdbankgebühren
▪ Zweitübermittlung von Kontoauszügen im elektronischen Format (per Email)	10,00 EUR*
▪ Übermittlung von Kontoauszügen im Printformat per Post	25,00 EUR*
▪ Steuerbescheinigung § 43a Absatz 3 Satz 4 EStG im elektronischen Format (per Download / PDF-Zusendung)	kostenfrei
▪ Steuerbescheinigung § 43a Absatz 3 Satz 4 EStG im Printformat per Post	25,00 EUR*
▪ Zusätzliche Anforderung (Zweitschrift) von Kontoauszügen im Printformat per Post	25,00 EUR*
▪ Saldenbestätigung	75,00 EUR*
▪ Detaillierte Saldenbestätigung	300,00 EUR*
▪ Ermittlung einer neuen Kundenadresse (ohne Postgebühren und / oder Fremdgebühren)	25,00 EUR*
D. Wechselkurse (gültig für Absatz A und B dieses APLVs)	

Bei Kundengeschäften in fremder Währung (z.B. für Zahlungsein- und ausgänge) legt die Bank für den An- und Verkauf von Devisen, soweit nichts anderes vereinbart ist, als Referenzwechselkurs den um 16:30 Uhr (Mitteleuropäische Zeit, CET) eines jeden Handelstages (Abrechnungstermin) ermittelten und auf ihrer Internetseite veröffentlichten Geld- bzw. Briefkursen zugrunde (www.ascory-bank.de/rechtliches/legal-compliance/devisenkurse/).

Dabei entspricht der veröffentlichte Mittelkurs den EURO-Referenzkursen, welche gegen 14:15 Uhr (Mitteleuropäische Zeit, CET) von der Europäischen Zentralbank fixiert und um 16:00 Uhr (Mitteleuropäischer Zeit, CET) veröffentlich wird.

Der Zeitpunkt der Ausführung des An- oder Verkaufs von Devisen im Rahmen des ordnungsgemäßen Arbeitsablaufs ist abhängig von dem Eingang des dem Fremdwährungsgeschäft zugrunde liegenden Auftrags bei der Bank.

Erfolgt die Übermittlung des Auftrages an die Bank bis um 12:00 Uhr (Mitteleuropäische Zeit, CET), kann dieser taggleich ausgeführt werden, für die Festlegung des Abrechnungskurses gilt der an diesem Tag für 16:30 Uhr (Mitteleuropäische Zeit, CET) veröffentlichte Referenzwechselkurs auf der Internetseite der Ascory.

Erfolgt die Übermittlung des Auftrages an die Bank erst nach 12:00 Uhr (Mitteleuropäische Zeit, CET), gilt für die Festlegung des Abrechnungskurses der am folgenden Handelstag um 16:30 Uhr (Mitteleuropäische Zeit, CET) veröffentlichte Referenzwechselkurs auf der Internetseite der Ascory.

Die Valutastellung eines Wechselgeschäftes kann bis zu zwei Geschäftstage dauern.

Erhält die Bank einen Überweisungsauftrag in einer anderen Währung als der Kontowährung, wird das Konto gleichwohl in der Kontowährung belastet. Die Bestimmung des Wechselkurses erfolgt nach der obigen Regel. Die Bank hält sich vor Überweisungsaufträge in einer anderen Währung als der Kontowährung zu verweigern. Eine Änderung des in der Umrechnungsregelung genannten Referenzwechselkurses wird unmittelbar und ohne vorherige Benachrichtigung des Kunden wirksam.

Bei höheren Summen (ab 100.000,00 EUR Gegenwert) können Sie unsere Treasury-Abteilung per E-Mail (treasury@Ascory.de) direkt kontaktieren und ein Wechselgeschäft direkt zum aktuell handelbaren SPOT-Kurs durchzuführen.

E. Weitere Gebühren (gültig für Absatz A und B dieses APLVs)	**Gebühr**
Zins für geduldete Überziehung*	13,50 % p.a.

F. Akkreditivgeschäft (Export) **	**Gebühr**
Vor-Avisierung	EUR 75,-
Avisierungsprovision	0,1%, min. EUR 75,- ; max. EUR 1.000,-
Abwicklungsprovision	0,3%, min. EUR 500,-
Änderung von Akkreditivbedingungen	EUR 75,-
Überwachungsprovision für Nachsicht-Akkreditive	EUR 0,10%, min. EUR 75,-; max. 400,-
Bestätigungsgebühr	nach Vereinbarung
Bestätigungsgebühr für Nachsicht-Akkreditive	nach Vereinbarung
Übertragungsprovision zu Lasten des Erst- oder Zweitbegünstigten	EUR 0,3%, min. EUR 300,-
Post- Kurier- und Telekommunikationskosten	Nach Aufwand
Abtretung der Erlöse	0,2% min. EUR 200,-
Dokumenten-Vorprüfgebühr	Franko

G. Inkassogeschäft (Export und Import) **	**Gebühr**
Dokumente oder einfache Inkassi in EURO, gegen Zahlung oder Akzept	
Abwicklungsprovision	0,30 %, min. EUR 300,00
Änderungsgebühr	EUR 75,00
Überwachungsprovision von Nachsicht-Fälligkeiten	EUR 75,00
Wertfreie Auslieferung von Dokumenten	0,30 %, min. EUR 75,00

H. Treuhandkonto **	Gebühr
Abwicklungsprovision für getätigte Einzahlungen	0,20 %,

I. Kontoführung in anderen Währungen als EUR*	

Für die Kontoführung in anderen Währungen als EUR gilt das Preis- und Leistungsverzeichnis für die jeweilige Fremdwährung in der letzten geltenden Fassung.

* Bitte beachten Sie, dass für andere Währungen als EUR das Allgemeine Preis- und Leistungsverzeichnis für die jeweilige Fremdwährung in der jeweils geltenden Fassung Bestand hat.
** Aufkommende / zusätzliche Kosten, welche nicht durch dieses allgemeine Preis- / Leistungsverzeichnis abgedeckt sind und in Verbindung zu einem erteilten Kundenauftrag stehen, können auf den Kundenkonten belastet werden. Diese Kosten können entstehen durch zusätzliche(n) Aufwand / Bemühungen bei der Ausführung eines Auftrages, Widerruf einer erteilten Kundenüberweisung etc.
*** Die Bearbeitung von beleghaften Überweisungen erfolgt grundsätzlich jeweils am Folgetag.
*1 Im Einzelfall sind auch Konten in anderer Währung, als EUR möglich.
*2 Abhängig von Kontowährung / Umrechnung nach tagesaktuellem Devisenkurs EUR / Fremdwährung.
*3 Zu den Einzelheiten bzgl. SEPA-Zahlungen wird auf unsere Bedingungen für den Überweisungsverkehr in der jeweils aktuellen Fassung verwiesen. Die Ausführung als SEPA Zahlung ist abhängig von der Vollständigkeit der IBAN / der BIC/ des SWIFT-Codes. Wenn diese Daten nicht vollständig vorliegen, entstehen Kosten i. H. v. 75 EUR, da der Transfer dann als grenzüberschreitende Banküberweisung im internationalen Zahlungsverkehr (Nicht-SEPA) ausgeführt wird.
*4 Zinsmethode Act/360, berechnet auf Basis des Kontogesamtsaldos.
*5 Weitere Details bezüglich des jeweils geltenden EZB-Einlagezinses entnehmen Sie bitte der Webseite der EZB unter: https://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/key_ecb_interest_rates/html/index.en.html.

Terms and Conditions of Ascory Bank AG

in standard corporate customer business

The present translation is furnished for the customer's convenience only. The original German text of the Terms and Conditions of Ascory Bank AG in standard corporate customer business is binding in all respects. In the event of any divergence between the English and the German texts, constructions, meanings, or interpretations, the German text, construction, meaning or interpretation shall govern exclusively.

Contents

General information about the bank 3
General Business Conditions 4
Conditions for Online Banking 19
Terms and Conditions for Credit Transfers 26
Conditions for communication between customer and the bank 41
Information sheet for depositors 43
Data Protection Information 45
Notes on the international automatic exchange of information on financial accounts in tax matters 53
Terms and Conditions for Payments by Direct Debit under the SEPA Core Direct Debit Scheme 55
General List of Prices and Services in standard corporate customer business and for general services 62

General information about the bank

I. Bank name and address

Ascory Bank AG
Grosse Elbstrasse 39
22767 Hamburg/Germany

– Also referred to as "**Ascory**" or "**bank**" in the text below –

II. Communication with the bank

The bank will inform you separately of the relevant address for the business relationship or other bank communication addresses.

III. Competent supervisory authority

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn
BaFin registration number 109 520/100

IV. Entry in the commercial register

Amtsgericht Hamburg, HRB 73684

V. Business days of the bank for payment transactions

A business day is any bank working day. The bank conducts the business required on all working days.

Exceptions are:

- Saturdays/Sundays
- 24 and 31 December
- Regional public holidays in Hamburg

The execution of payment orders is in principle conducted with the value date of the selected target date.

General Business Conditions

The present translation is furnished for the customer's convenience only. The original German text of the General Business Conditions is binding in all respects. In the event of any divergence between the English and the German texts, constructions, meanings, or interpretations, the German text, construction, meaning or interpretation shall govern exclusively.

Basic Rules Governing the Relationship Between the Customer and the Bank

1. Scope of application and amendments of these Business Conditions and the Special Conditions for particular business relations

(1) Scope of application

The General Business Conditions govern the entire business relationship between the customer and the bank's domestic offices (hereinafter referred to as the "Bank"). In addition, particular business relations (securities transactions, payment services and savings accounts, for example) are governed by Special Conditions, which contain deviations from, or complements to, these General Business Conditions; they are agreed with the customer when the account is opened or an order is given. If the customer also maintains business relations with foreign offices, the Bank's lien (No. 14 of these Business Conditions) also secures the claims of such foreign offices.

(2) Amendments

a) Offer of amendments

Any amendments to these General Business Conditions and the Special Conditions shall be offered to the customer in text form no later than two months before their proposed date of entry into force. If the customer has agreed an electronic communication channel (e.g. online banking) with the Bank within the framework of the business relationship, the amendments may also be offered through this channel.

b) Acceptance by the customer

The amendments offered by the Bank shall only become effective if the customer accepts them, where appropriate by way of the deemed consent set out in the following clause.

c) Acceptance by the customer by way of deemed consent

Silence on the part of the customer shall only be deemed to constitute acceptance of the offered amendments (deemed consent [Zustimmungsfiktion]) if

(aa) the Bank is offering amendments to restore the conformity of the contractual provisions with a changed legal position because a provision of these General Business Conditions or of the Special Conditions

- is no longer consistent with the legal position as a result of a change in the law, including directly applicable legal provisions of the European Union, or

- is rendered ineffective or may no longer be used as a result of a final court decision, including by a court of first instance, or
- is no longer in compliance with the Bank's regulatory obligations as a result of a binding administrative act issued by a national or international competent authority for the Bank (e.g. the German Federal Financial Supervisory Authority [Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht] or the European Central Bank)

and
(bb) the customer has not rejected the Bank's offer of amendments before the proposed date of the entry into force of the changes.

In its offer of amendments, the Bank shall specifically draw the customer's attention the consequences of remaining silent.

d) Exclusion of deemed consent

Deemed consent shall not apply

- to amendments to No. 1, paragraph 2 and No. 12, paragraph 5 of the General Business Conditions and to the corresponding provisions in the Special Conditions, or
- to amendments affecting the obligations under the agreement to perform principal services and the charges for principal services, or
- to amendments to charges which concern a payment by the consumer in excess of the charge agreed for the principal service, or
- to amendments which amount to the conclusion of a new agreement, or
- to amendments which would significantly shift the previously agreed relationship between performance and remuneration in favour of the Bank.

In these cases, the Bank shall use other means to obtain the customer's consent to the amendments.

e) Customer's right of termination in cases of deemed consent

If the Bank makes use of deemed consent, the customer may also terminate the agreement affected by the amendment without notice and free of charge prior to the proposed date of entry into force of the amendments. The Bank shall specifically draw the customer's attention to this right of termination in its offer of amendments.

2. Banking secrecy and disclosure of banking affairs

(1) Banking secrecy

The Bank has the duty to maintain secrecy about any customer related facts and evaluations of which it may have knowledge (banking secrecy). The Bank may only disclose information concerning the customer if it is legally required to do so or if the customer has consented thereto or if the Bank is authorized to disclose banking affairs.

(2) Disclosure of banking affairs

Any disclosure of details of banking affairs comprises statements and comments of a general nature concerning the economic status, the creditworthiness and solvency of the customer; no information shall be disclosed as to

amounts of balances of accounts, of savings deposits, of securities deposits or of other assets entrusted to the Bank or as to amounts drawn under a credit facility.

(3) Prerequisites for the disclosure of banking affairs

The Bank shall be entitled to disclose banking affairs concerning legal entities and on businesspersons registered in the Commercial Register, provided that the inquiry relates to their business activities. The Bank shall not, however, disclose any information if it has received instructions to the contrary from the customer. Details of banking affairs concerning other persons, in particular retail customers and associations, shall be disclosed by the Bank only if such persons have expressly agreed thereto, either generally or in an individual case. Details of banking affairs shall be disclosed only if the requesting party has substantiated its justified interest in the information requested and there is no reason to assume that the disclosure of such information would be contrary to the customer's legitimate concerns.

(4) Recipients of disclosed banking affairs

The Bank shall disclose details of banking affairs only to its own customers as well as to other credit institutions for their own purposes or those of their customers.

3. Liability of the Bank; contributory negligence of the customer

(1) Principles of liability

In performing its obligations, the Bank shall be liable for any negligence on the part of its staff and of those persons whom it may call in for the performance of its obligations. If the Special Conditions for particular business relations or other agreements contain provisions inconsistent herewith, such provisions shall prevail. In the event that the customer has contributed to the occurrence of the loss by any own fault (e.g. by violating the duties to cooperate as mentioned in No. 11 of these Business Conditions), the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer shall have to bear the loss.

(2) Orders passed on to third parties

If the contents of an order are such that the Bank typically entrusts a third party with its further execution, the Bank performs the order by passing it on to the third party in its own name (order passed on to a third party). This applies, for example, to obtaining information on banking affairs from other credit institutions or to the custody and administration of securities in other countries. In such cases, the liability of the Bank shall be limited to the careful selection and instruction of the third party.

(3) Disturbance of business

The Bank shall not be liable for any losses caused by force majeure, riot, war or natural events or due to other occurrences for which the Bank is not responsible (e.g. strike, lock-out, traffic hold-ups, administrative acts of domestic or foreign high authorities).

4. Set-off limitations on the part of the customer who is not a consumer

A non-consumer customer may only set off claims against those of the Bank if the customer's claims are undisputed or have been confirmed by a final court decision. This set-off limitation shall not apply to any claim for

which offsetting is invoked by the client that has its legal basis in a loan or financial support pursuant to Sections 513 and 491-512 of the German Civil Code [BGB].

5. Right of disposal upon the death of the customer

Upon the death of the customer, any person who approaches the Bank claiming to be the customer's legal successor shall be required to furnish suitable proof to the Bank of their entitlement under inheritance law. If an official or certified copy of the testamentary disposition (last will or contract of inheritance) together with the relevant record of probate proceedings is presented to the Bank, the Bank may consider any person designated therein as heir or executor as the entitled person, allow this person to dispose of any assets and, in particular, make payment or delivery to this person, thereby discharging its obligations. This shall not apply if the Bank is aware that the person designated therein is not entitled to dispose (e.g. following challenge or invalidity of the will) or if this has not come to the knowledge of the Bank due to its own negligence.

6. Applicable law and place of jurisdiction for customers who are businesspersons or public-law entities

(1) Applicability of German law

German law shall apply to the business relationship between the customer and the Bank.

(2) Place of jurisdiction for domestic customers

If the customer is a businessperson and if the business relation in dispute is attributable to the conducting of such businessperson's trade, the Bank may sue such customer before the court having jurisdiction for the bank office keeping the account or before any other competent court; the same applies to legal entities under public law and separate funds under public law. The Bank itself may be sued by such customers only before the court having jurisdiction for the bank office keeping the account.

(3) Place of jurisdiction for foreign customers

The agreement upon the place of jurisdiction shall also apply to customers who conduct a comparable trade or business abroad and to foreign institutions which are comparable with domestic legal entities under public law or a domestic separate fund under public law.

Keeping of Accounts

7. Periodic balance statements for current accounts

(1) Issue of periodic balance statements

Unless otherwise agreed, the Bank shall issue a periodic balance statement for a current account at the end of each calendar quarter, thereby clearing the claims accrued by both parties during this period (including interest and charges imposed by the Bank). The Bank may charge interest on the balance arising therefrom in accordance with No. 12 of these Business Conditions or any other agreements entered into with the customer.

(2) Time allowed for objections; approval by silence

Any objections a customer may have concerning the incorrectness or incompleteness of a periodic balance statement must be raised not later than six weeks after its receipt; if the objections are made in text form, it is sufficient to dispatch these within the period of six weeks. Failure to make objections in due time shall be considered as approval. When issuing the periodic balance statement, the Bank shall expressly draw the customer's attention to this consequence. The customer may demand a correction of the periodic balance statement even after expiry of this period, but must then prove that the account was either wrongly debited or mistakenly not credited.

8. Reverse entries and correction entries made by the Bank

(1) Prior to issuing a periodic balance statement

Incorrect credit entries on current accounts (e.g. due to a wrong account number) may be reversed by the Bank through a debit entry prior to the issue of the next periodic balance statement to the extent that the Bank has a repayment claim against the customer (reverse entry); in this case, the customer may not object to the debit entry on the grounds that a disposal of an amount equivalent to the credit entry has already been made.

(2) After issuing a periodic balance statement

If the Bank ascertains an incorrect credit entry after a periodic balance statement has been issued and if the Bank has a repayment claim against the customer, it shall debit the account of the customer with the amount of its claim (correction entry). If the customer objects to the correction entry, the Bank shall re-credit the account with the amount in dispute and assert its repayment claim separately.

(3) Notification to the customer; calculation of interest

The Bank shall immediately notify the customer of any reverse entries and correction entries made. With respect to the calculation of interest, the Bank shall effect the entries retroactively as of the day on which the incorrect entry was made.

9. Collection orders

(1) Conditional credit entries effected upon presentation of documents

If the Bank credits the countervalue of cheques and direct debits prior to their payment, this is done on condition of payment, even if these items are payable at the Bank itself. If the customer surrenders other items, instructing the Bank to collect an amount due from a debtor (e.g. interest coupons), and if the Bank effects a credit entry for such amount, this is done under the reserve that the Bank shall obtain the amount. This reserve shall also apply if the cheques, direct debits and other items are payable at the Bank itself. If cheques or direct debits are not paid or if the Bank does not obtain the amount under the collection order, the Bank shall cancel the conditional credit entry regardless of whether or not a periodic balance statement has been issued in the meantime.

(2) Payment of direct debits and of cheques made out by the customer

Direct debits and cheques shall be deemed to have been paid, unless the debit entry is cancelled prior to the end of the second bank working day[1] in the case of SEPA business-to-business (B2B) direct debits, prior to the end of the third bank working day after it was made. Cheques payable in cash shall be deemed to have been paid once

[1]Bank working days are all working days except Saturdays, 24 December and 31 December.

their amount has been paid to the presenting party. Cheques shall also be deemed to have been paid as soon as the Bank dispatches an advice of payment. Cheques presented through the clearing office of the Bundesbank shall be deemed to have been paid, unless they are returned by the time stipulated by the Bundesbank.

10. Foreign currency transactions and risks inherent in foreign currency accounts

(1) Execution of orders relating to foreign currency accounts

Foreign currency accounts of the customer serve to effect the cashless settlement of payments to and disposals by the customer in foreign currency. Disposals of credit balances on foreign currency accounts (e.g. by means of credit transfers to the debit of the foreign currency credit balance) are settled through or by banks in the home country of the currency, unless the Bank executes them entirely within its own organisation.

(2) Credit entries for foreign currency transactions with the Customer

If the Bank concludes a transaction with the customer (e.g. a forward exchange transaction) under which it owes the provision of an amount in a foreign currency, it shall discharge its foreign currency obligation by crediting the account of the customer in the respective currency, unless otherwise agreed.

(3) Temporary limitation of performance by the Bank

The Bank's duty to execute a disposal order to the debit of a foreign currency credit balance (paragraph 1) or to discharge a foreign currency obligation (paragraph 2) shall be suspended to the extent that and for as long as the Bank cannot or can only restrictedly dispose of the currency in which the foreign currency credit balance or the obligation is denominated, due to political measures or events in the country of the respective currency. To the extent that and for as long as such measures or events persist, the Bank is not obligated either to perform at some other place outside the country of the respective currency, in some other currency (including euros) or by providing cash. However, the Bank's duty to execute a disposal order to the debit of a foreign currency credit balance shall not be suspended if the Bank can execute it entirely within its own organisation. The right of the customer and of the Bank to set off mutual claims due in the same currency against each other shall not be affected by the above provisions.

(4) Exchange rate

The exchange rate for foreign currency transactions shall be determined on the basis of the “List of Prices and Services” (Preis - Leistungsverzeichnis). Payment services shall be governed in addition by the payment services framework contract.

Duties of the Customer to Cooperate

11. Duties of the customer to cooperate

(1) Notification of changes

A proper settlement of business requires that the customer notify the Bank without delay of any changes in the customer's name, contact details, such as address and in particular email address and telephone number, as well as the termination of, or amendment to, any powers of representation towards the Bank conferred to any person (in particular, a power of attorney). This notification duty also exists where the powers of representation are recorded in a public register (e.g. the Commercial Register) and any termination thereof or any amendments

thereto are entered in that register. Additional statutory notification requirements, resulting from the German Money Laundering Act (Geldwäschegesetz) in particular, may apply.

(2) Clarity of orders

Orders must unequivocally show their contents. Orders that are not worded clearly may lead to queries, which may result in delays. In particular, when giving orders, the customer must ensure that the information the customer provides, particulary the domestic account number and bank code number ("Bankleitzahl") or IBAN[2] and BIC[3] and the currency, are complete and correct. Amendments, confirmations or repetitions of orders must be designated as such.

(3) Special reference to urgency in connection with the execution of an order

If the customer feels that an order requires particularly prompt execution, the customer shall notify the Bank of this fact separately. For orders issued on a printed form, this must be done separately from the form.

(4) Examination of, and objections to, notification received from the Bank

The customer must immediately examine account statements, securities contract notes, statements of securities holdings and earnings, other statements, advices of execution of orders, as well as information on expected payments and consignments (advices), as to their correctness and completeness and immediately raise any objections relating thereto.

(5) Notice to the Bank in case of non-receipt of statements

The customer must notify the Bank immediately if periodic balance statements and statements of securities holdings are not received. The duty to notify the Bank also exists if other advices expected by the customer are not received (e.g. securities contract notes, account statements after execution of customer orders or regarding payments expected by the customer).

Cost of Bank Services

12. Interest, charges and expenses

(1) Interest and charges in business with consumers

The amount of interest and charges for the customary services which the Bank provides to consumers, including the amount of any payments in addition to the remuneration agreed for the principal service, is set out in the "Price Display Standard rates for retail banking" (Preisaushang Regelsätze im standardisierten Privatkundengeschäft) and the "List of Prices and Services" (Preis- und Leistungsverzeichnis).

If a customer makes use of a service included therein, and unless otherwise agreed between the Bank and the customer, the interest and charges stated in the then valid Price Display or "List of Prices and Services" are applicable.

2 International Bank Account Number
3 Bank Identifier Code

Any agreement that concerns a payment made by the consumer in addition to the remuneration agreed for the principal service must be expressly concluded by the Bank with the consumer, even if such payment is stated in the Price Display or the "List of Prices and Services".

Unless otherwise agreed, the charges for any services not included in the Price Display or the "List of Prices and Services" which are provided following the instructions of the customer and which can, in the given circumstances, only be expected to be provided against remuneration, shall be governed by the relevant statutory provisions.

(2) Interest and charges in business with customers who are not consumers

The amount of interest and charges for the customary banking services which the Bank provides to customers who are not consumers is set out in the "Price Display Standard rates for retail banking" (Preisaushang Regelsätze im standardisierten Privatkundengeschäft) and the "List of Prices and Services" (Preis-und Leistungsverzeichnis), provided that the Price Display and the "List of Prices and Services" include customary banking services to customers who are not consumers (e.g. business customers).

If a customer who is not a consumer makes use of a service included therein, and unless otherwise agreed between the Bank and the customer, the interest and charges stated in the then valid Price Display or "List of Prices and Services" are applicable.

Otherwise, in the absence of any other agreement or conflict with statutory provisions, the Bank shall determine the amount of interest and charges at its reasonable discretion (Section 315 of the German Civil Code [Bürgerliches Gesetzbuch BGB]).

(3) Non-chargeable service

The Bank shall not charge for any service which it is required to provide by law or pursuant to a contractual accessory obligation or which it performs in its own interest unless such charge is legally permissible and levied in accordance with the relevant statutory provisions.

(4) Changes in interest rates; right of termination by the customer in the event of an increase

In the case of variable interest rate loans, the interest rate shall be adjusted in accordance with the terms of the respective loan agreement. The Bank shall notify the customer of any interest rate adjustments. If the interest rate is increased, the customer may, unless otherwise agreed, terminate the loan agreement affected thereby with immediate effect within six weeks from notification of the change. If the customer terminates the loan agreement, any such increased interest rate shall not be applied to the terminated loan agreement. The Bank shall allow a reasonable period of time for settlement.

(5) Changes in charges for services typically used on a permanent basis

Changes in charges for banking services which are typically used by customers within the framework of the business relationship on a permanent basis (e.g. account/securities account management) shall be offered to the customer in text form no later than two months before their proposed date of entry into force. If the customer has agreed an electronic communication channel (e.g. online banking) with the Bank within the framework of the business relationship, the changes may also be offered through this channel. The changes offered by the Bank shall only become effective if the customer accepts them. Any agreement on amending a charge that concerns

a payment by the consumer in excess of the charge for the principal service can only be expressly concluded with the consumer by the Bank.

(6) Reimbursement of expenses

Any entitlement by the Bank to reimbursement of expenses shall be governed by the applicable statutory provisions.

(7) Special arrangements for consumer loan agreements and payment services contracts with consumers for payments

The interest and costs (charges, out-of-pocket expenses) for consumer loan agreements and payment services contracts with consumers for payments shall be determined by the relevant contractual arrangements and Special Conditions as well as the additional statutory provisions. Changes in charges for payment services framework contracts (e.g. current account agreements) shall be governed by paragraph 5.

Security for the Bank's Claims Against the Customer

13. Providing or increasing security

(1) Right of the Bank to request security

The Bank may demand that the customer provide the usual forms of security for any claims that may arise from the banking relationship, even if such claims are conditional (e.g. indemnity for amounts paid under a guarantee issued on behalf of the customer). If the customer has assumed a liability for another customer's obligations towards the Bank (e.g. as a surety), the Bank is, however, not entitled to demand that security be provided or increased for the debt resulting from such liability incurred before the maturity of the debt.

(2) Changes in the risk

If the Bank, upon the creation of claims against the customer, has initially dispensed wholly or partly with demanding that security be provided or increased, it may nonetheless make such a demand at a later time, provided, however, that circumstances occur or become known which justify a higher risk assessment of the claims against the customer. This may, in particular, be the case if

- the economic status of the customer has changed or threatens to change in a negative manner or
- the value of the existing security has deteriorated or threatens to deteriorate.

The Bank has no right to demand security if it has been expressly agreed that the customer either does not have to provide any security or must only provide that security which has been specified. For consumer loan agreements, the Bank is entitled to demand that security be provided or increased only to the extent that such security is mentioned in the loan agreement. When, however, the net loan amount exceeds EUR 75,000, the Bank may demand that security be provided or increased even if a consumer loan agreement or a general consumer loan agreement within the meaning of Section 491 (2) of the German Civil Code which is concluded, in the former case, before 21 March 2016 and, in the latter case, from 21 March 2016 does not contain any or any exhaustive indications as to security.

(3) Setting a period of time for providing or increasing security

The Bank shall allow a reasonable period of time for providing or increasing security. If the Bank intends to make use of its right of termination without notice according to No. 19 (3) of these Business Conditions should the customer fail to comply with the obligation to provide or increase security within such period, it shall draw the customer's attention to this consequence before doing so.

14. Lien in favour of the Bank

(1) Agreement on the lien

The customer and the Bank agree that the Bank acquires a lien on the securities and chattels which, within the scope of banking business, have come or may come into the possession of a domestic office of the Bank. The Bank also acquires a lien on any claims which the customer has or may in future have against the Bank arising from the banking relationship (e.g. credit balances).

(2) Secured claims

The lien serves to secure all existing, future and contingent claims arising from the banking relationship which the Bank with all its domestic and foreign offices is entitled to against the customer. If the customer has assumed liability for another customer's obligations towards the Bank (e.g. as a surety), the lien shall not secure the debt resulting from the liability incurred before the maturity of the debt.

(3) Exemptions from the lien

If funds or other assets come into the power of disposal of the Bank under the reserve that they may only be used for a specified purpose (e.g. deposit of cash for payment of a bill of exchange), the Bank's lien does not extend to these assets. The same applies to shares issued by the Bank itself (own shares) and to securities which the Bank keeps in custody abroad for the customer's account. Moreover, the lien extends neither to the profit-participation rights/profit-participation certificates (Genussrechte/Genussscheine) issued by the Bank itself nor to the Bank's securitised and non-securitised subordinated liabilities.

(4) Interest and dividend coupons

If securities are subject to the Bank's lien, the customer is not entitled to demand the delivery of the interest and dividend coupons pertaining to such securities.

15. Security interests in the case of items for collection and discounted bills of exchange

(1) Transfer of ownership by way of security

The Bank acquires ownership by way of security of any cheques and bills of exchange deposited for collection at the time such

items are deposited. The Bank acquires absolute ownership of discounted bills of exchange at the time of the purchase of such items; if it re-debits discounted bills of exchange to the account, it retains the ownership by way of security in such bills of exchange.

(2) Assignment by way of security

The claims underlying the cheques and bills of exchange shall pass to the Bank simultaneously with the acquisition of ownership in the cheques and bills of exchange; the claims also pass to the Bank if other items are deposited for collection (e.g. direct debits, documents of commercial trading).

(3) Special-purpose items for collection

If items for collection are deposited with the Bank under the reserve that their countervalue may only be used for a specified purpose, the transfer or assignment of ownership by way of security does not extend to these items.

(4) Secured claims of the Bank

The ownership transferred or assigned by way of security serves to secure any claims which the Bank may be entitled to against the customer arising from the customer's current account when items are deposited for collection or arising as a consequence of the re-debiting of unpaid items for collection or discounted bills of exchange. Upon request of the customer, the Bank retransfers to the customer the ownership by way of security of such items and of the claims that have passed to it if it does not, at the time of such request, have any claims against the customer that need to be secured or if it does not permit the customer to dispose of the countervalue of such items prior to their final payment.

16. Limitation of the claim to security and obligation to release

(1) Cover limit

The Bank may demand that security be provided or increased until the realisable value of all security corresponds to the total amount of all claims arising from the banking business relationship (cover limit).

(2) Release

If the realisable value of all security exceeds the cover limit on a more than temporary basis, the Bank shall, at the customer's request, release security items as it may choose in the amount exceeding the cover limit; when selecting the security items to be released, the Bank shall take into account the legitimate concerns of the customer or of any third party having provided security for the customer's obligations. To this extent, the Bank is also obliged to execute orders of the customer relating to the items subject to the lien (e.g. sale of securities, repayment of savings deposits).

(3) Special agreements

If assessment criteria for a specific security item other than the realisable value or another cover limit or another limit for the release of security have been agreed, these other criteria or limits shall apply.

17. Realisation of security

(1) Option of the Bank

If the Bank realises security, it may choose between several security items. When realising security and selecting the items to be realised, the Bank shall take into account the legitimate concerns of the customer and any third party who may have provided security for the obligations of the customer.

(2) Credit entry for proceeds under turnover tax law

If the transaction of realisation is subject to turnover tax, the Bank shall provide the customer with a credit entry for the proceeds, such entry being deemed to serve as invoice for the supply of the item given as security and meeting the requirements of turnover tax law (Umsatzsteuerrecht).

Termination

18. Termination rights of the customer

(1) Right of termination at any time

Unless the Bank and the customer have agreed a term or a diverging termination provision, the customer may at any time, without notice, terminate the business relationship as a whole or particular business relations (e.g. a chequing agreement).

(2) Termination for reasonable cause

If the Bank and the customer have agreed a term or a diverging termination provision for a particular business relation, such relation may only be terminated without notice if there is reasonable cause therefor which makes it unacceptable to the customer to continue it, also after giving consideration to the legitimate concerns of the Bank.

(3) Statutory termination rights

Statutory termination rights shall not be affected.

19. Termination rights of the Bank

(1) Termination upon notice

Upon observing a reasonable period of notice, the Bank may at any time terminate the business relationship as a whole or particular business relations for which neither a term nor a diverging termination provision has been agreed (e.g. the chequing agreement authorizing the use of cheque forms). In determining the period of notice, the Bank shall take into account the legitimate concerns of the customer. The minimum termination notice for a payment services framework contract (e.g. current account or card contract) and a securities account shall be two months.

(2) Termination of loans with no fixed term

Loans and loan commitments for which neither a fixed term nor a diverging termination provision has been agreed may be terminated at any time by the Bank without notice. When exercising this right of termination, the Bank shall give due consideration to the legitimate concerns of the customer.

Where the German Civil Code contains specific provisions for the termination of a consumer loan agreement, the Bank may only terminate the agreement as provided therein.

(3) Termination for reasonable cause without notice

Termination of the business relationship as a whole or of particular business relations without notice is permitted if there is reasonable cause which makes it unacceptable to the Bank to continue the business relations, also

after having given consideration to the legitimate concerns of the customer. Reasonable cause is given in particular

- if the customer has made incorrect statements as to the customer's financial status, provided such statements were of significant importance for the Bank's decision concerning the granting of credit or other operations involving risks for the Bank (e.g. the delivery of a payment card); for consumer loans, this shall only apply if the customer has knowingly withheld or falsified information of relevance for assessing creditworthiness and this has led to a faulty assessment of creditworthiness, or
- if a substantial deterioration in the customer's financial status or in the value of security occurs or threatens to occur, jeopardizing the repayment of a loan or the discharge of any other obligation towards the Bank even if security provided therefor is realised, or
- if the customer fails to comply, within the required period of time allowed by the Bank, with the obligation to provide or increase security according to No. 13 (2) of these Business Conditions or to the provisions of some other agreement.

If reasonable cause is given due to the breach of a contractual obligation, termination shall only be permitted after expiry, without result, of a reasonable period of time fixed for corrective action by the customer or after a warning to the customer has proved unsuccessful, unless this proviso can be dispensed with owing to the special features of a particular case (Section 323 (2) and (3) of the German Civil Code).

(4) Termination of consumer loan agreements in the event of default

Where the German Civil Code contains specific provisions for the termination of a consumer loan agreement subsequent to repayment default, the Bank may only terminate the agreement as provided therein.

(5) Termination of a basic account agreement

The Bank may only terminate a basic account agreement in accordance with the arrangements concluded between the Bank and the customer on the basis of the German Payment Accounts Act (Zahlungskontengesetz) and with the provisions of the German Payment Accounts Act.

(6) Settlement following termination

In the event of termination without notice, the Bank shall allow the customer a reasonable period of time for settlement (in particular for the repayment of a loan), unless it is necessary to attend immediately thereto (e.g. the return of cheque forms following termination of a chequing agreement).

Protection of Deposits

20. Compensation Scheme of German Banks

(1) Deposits

Deposits are credit balances resulting from funds left in an account or from temporary situations deriving from banking trans-actions and which the Bank is required to repay under the legal and contractual conditions applicable, such as credit balances on current accounts, time deposits, savings deposits, savings bonds and registered bonds. The applicable definitions shall be those set out in Section 2 (3) of the German Deposit Guarantee Act (Einlagensicherungsgesetz [EinSiG])

(2) Scope of protection

The Bank is assigned to the Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH (Compensation Scheme of German Banks) as the institution responsible for the statutory deposit protection of private banks. In accordance with EinSiG and subject to the exemptions provided for therein, the statutory deposit protection scheme protects deposits up to an equivalent of 100,000 euros per depositor. In the cases specified in Section 8 (2) of EinSiG, this amount is increased to 500,000 euros. These cases cover, in particular, amounts resulting from real estate transactions in connection with privately used residential property. Not protected are, in particular, deposits of financial firms, public authorities including regional and local authorities, deposits that have arisen in connection with money laundering or terrorist financing, and bearer bonds. Details are set out in EinSiG, in particular Section 8 thereof. Further information on deposit protection is available on the website of the Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH: http://www.edb-banken.de.

(3) Information entitlement

The Bank is entitled to disclose all relevant information to the Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH or to a representative of the afore mentioned, and to provide applicable documentation.

(4) Subrogation

With the fulfilment of the compensation claim conditions, the claim of the depositor shifts from the bank to the Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH.

(5) Supplementary advice

The bank will convey to the customer the mandatory legal information about the deposit guarantee before entering into business relations, and annually thereafter.

Dispute Resolution

21. Out-of-court dispute resolution

(1) In order to settle disputes with the bank regarding payment services, consumer loan agreements, and distance contracts about financial services and e-money, the consumer has the opportunity to call the arbitration body of the Deutsche Bundesbank. If the dispute matter concerns a dispute falling under the application of the section of the civil code stipulating payment services (§§ 675c 676c of the German Civil Code Bürgerliches Gesetzbuch) or e-money (§ 23b and § 2 par. 1a sentence 3 of the German Payment Services Supervision Act Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz) also non-consumer customers may call the arbitration body of the Deutsche Bundesbank. Further information may be found in the guidelines „Die Schlichtungsstelle bei der Deutschen Bundesbank“ (German language only) which will be provided upon request or which may be found in the internet at http://www.bundesbank.de.

The complaint must be in text form (such as: letter, telefax or email) and has to be addressed to the arbitration body of the Deutschen Bundesbank, Postbox 11 12 32, 60047 Frankfurt am Main, Germany, fax: +49 69 2388-1919, email: schlichtung@bundesbank.de.

(2) In case you want to submit a compliant regarding a violation of supervisory regulations by the Bank, you have the opportunity to direct your complaint in text form (such as: letter, telefax or email) to the German federal financial supervisory authority (“Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht”). Further information regarding the procedure may be found at http://www.bafin.de. The address is: Bundesanstalt für

Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, Germany, fax: +49 228 41 08 15 50, email: poststelle@bafin.de.

(3) In addition, customers may make complaints at any time in writing or orally on the record to the German federal Financial Supervisory Authority (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin), Graurheindorfer Strasse 108, 53117 Bonn, about breaches by the Bank of the German Payment Services Supervision Act (Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz ZAG), Sections 675c 767c of the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch BGB) or Article 248 of the Act Introducing the German Civil Code (Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch EGBGB.)

Conditions for Online Banking

1. Service offer

(1) The customer and his authorised agents can conduct banking business online using the range of online banking services offered by the Bank. They can also use online banking to obtain information from the Bank. They are also entitled according to § 675f (3) of the German Civil Code (BGB) to use § Section 1 Paragraphs 33 and 34 of the German Payment Services Supervision Act (ZAG). In addition, they can use other third-party services selected by them.

(2) The customer and his authorised agents are hereinafter collectively referred to as "Participant(s)"; account(s) and securities account(s) are hereinafter collectively referred to as "Account(s)", unless expressly specified otherwise.

(3) The use of online banking is subject to the transaction limits agreed separately with the Bank.

2. Preconditions for the use of online banking

(1) Participants can use online banking if the Bank has authenticated them.

(2) Authentication is the procedure agreed separately with the Bank through which the Bank is able to verify the identity of a Participant or the legitimate use of an agreed payment instrument, including the use of the personalised security features of the Participant. Using the authentication elements agreed for this purpose Participants can identify themselves to the Bank as eligible Participants, obtain access to information (see Number 3 of these Conditions) as well as authorise orders (see Number 4 of these Conditions).

(3) Authentication elements are

- knowledge elements, i.e. something which only the Participant knows (e.g. personal identification number [PIN]),
- possession elements, i.e. something which only the Participant possesses (e.g. device to generate or receive transaction numbers [TAN] which can only be used once and which identifies the possession of the Participant, such as the girocard with TAN generator or the mobile end device), or
- inherent elements, i.e. something which is inherent only to the Participant (e.g. fingerprint as a biometric feature of the Participant).

(4) The authentication of the Participant is performed by the Participant transmitting the knowledge element, verifying the possession element and/or verifying the inherent element to the Bank, according to the Bank's requirement.

3. Access to the online banking service

(1) The Participant is given access to the online banking if

- he enters his individual user identification (e.g. account number, login name) and
- he identifies himself using the authentication element(s) required by the Bank and
- the access is not blocked (see Numbers 8.1 and 9 of these Conditions).

After being granted access to the online banking system, Participants can call up information or issue orders according to Number 4 of these Conditions.

(2) For access to sensitive payment data within the meaning of § 1 Paragraph 26 Sentence 1 ZAG (e.g. for the purpose of changing the address of the customer), the Bank will ask Participants to identify themselves using a further authentication element if when accessing online banking only one authentication element was requested. The name of the account holder and the account number do not constitute sensitive information for the payment transfer service and account information service used by the Participant (§ 1 Paragraph 26 Sentence 2 ZAG).

4. Orders

4.1. Issuing orders

Participants must authorise orders (e.g. transfers) for them to take effect (authorisation). On request they must use authentication elements (e.g. entry of a TAN as verification of the possession element).

The Bank confirms the receipt of the order by means of the online banking system.

4.2 Order cancellations

The revocability of an order depends on the conditions applicable for the respective type of order (e.g. Conditions for bank transfers). Orders can only be revoked outside online banking unless the Bank explicitly provides for the possibility of revoking them as part of the online banking service.

5. Processing of Orders by the Bank

(1) Orders are processed on the business days announced for the processing of a respective order type (e.g. transfer) on the online banking website of the Bank or in the "Schedule of Prices and Services" as part of ordinary business operations. If an order is received after the date (expiry date for acceptance) indicated on the online banking website of the Bank or specified in the "Schedule of Prices and Services", or if the date of receipt does not fall on a business day of the Bank according to the Bank's "Schedule of Prices and Services", the order will be deemed to have been received on the following business day. Processing will only commence on this date.

(2) The Bank will execute the order once the following conditions for execution have been satisfied:

- The Participant has authorised the order (cf. Number 4.1 of these Conditions).
- The Participant's authorisation for the respective type of order (e.g. security order) has been submitted.
- The online banking data format has been complied with.
- The online banking disposal limit agreed separately has not been exceeded (cf. Number 1 Paragraph 3 of these Conditions).
- The other requirements for execution according to the conditions relevant for the respective type of order (e.g. sufficient cover on the account in accordance with the Conditions for bank transfers) have been satisfied.

If the implementation provisions laid down in Clause 1 have been met, the Bank will execute the orders according to the specifications of the conditions valid for the respective type of order (e.g. Conditions for bank transfers or Conditions for securities transactions).

(3) If the implementation regulations under Paragraph 2 Clause 1 have not been met, the Bank will not execute the order. It will duly provide the Participant with information by way of the online banking system and as far as possible state reasons and possibilities for correcting the errors that have resulted in the rejection.

6. Informing Customers of Online Banking Transactions

The Bank informs the customer at least once a month about the transactions carried out in online banking via the communication channel agreed upon for account information.

7. Participant Due Diligence

7.1 Protecting the authentication elements

(1) Participants are required to take all reasonable measures to protect their authentication elements (see Number 2 of these Conditions) from unauthorised access. Otherwise there is a danger that the online banking will be misused or used without authorisation in another way (cf. Numbers 3 and 4 of these Conditions).

(2) Participants must note the following in particular for the protection of authentication elements:

(a) Knowledge elements, such as the PIN, must be kept secret; they must in particular

- not be disclosed verbally (e.g. by telephone or in person),
- not be disclosed outside the online banking system in text form (e.g. by email, messenger service),
- not be stored electronically in an insecure manner (e.g. storage of the PIN in clear text on the computer or on the mobile end device) and
- not be noted down on a device or kept as a copy together with a device which serves as a possession element (e.g. girocard with TAN generator, mobile end device, signature card) or to verify the inherent element (e.g. mobile end device with application for the online banking and fingerprint sensor).

(b) possession elements, such as the girocard with TAN generator or a mobile end device, must be protected against misuse, in particular

- the girocard with TAN generator or the signature card must be kept securely away from unauthorised access of other persons,
- it must be ensured that unauthorised persons cannot access the mobile end device of the user (e.g. mobile telephone),
- it must be ensured that other persons are not able to use the application on the mobile end device (e.g.mobile telephone) for online banking (e.g. online banking app, authentication app),
- the application for online banking (e.g. online banking app, authentication app) must be deactivated on the Participant's mobile end device before the user gives up possession of this mobile end device (e.g. by selling or disposing the mobile phone),
- the evidence of the possession element (e.g. TAN) must not be disclosed outside the online banking system verbally (e.g. by telephone) or in text form (e.g. by email, messenger service) and
- the Participant who has received a code from the Bank to activate the possession element (e.g. mobile telephone with application for online banking) must keep this safe from unauthorised access of other persons; otherwise there is a danger that other persons activate their device as the possession element for the Participant's online banking.

(c) Inherent elements, such as the user's fingerprint, may only be used as an authentication element on a mobile end device belonging to the Participant for online banking if no inherent elements of other persons are stored on the mobile end device. If there are inherent elements of other persons stored on the mobile end device used for online banking, the knowledge element issued by the Bank (e.g. PIN) must be used for the online banking and not the inherent element stored on the mobile end device.

(3) In the case of a mobile TAN procedure the mobile end device used for receiving TANs (e.g. mobile telephone) may not be used simultaneously for online banking.

(4) The telephone number stored for the mobile TAN procedure must be deleted or changed if the Participant no longer uses this for online banking.

(5) Irrespective of the protection obligations according to Paragraphs 1 to 4 Participants may use their authentication elements vis-a-vis a payment service and information service they have selected as well as another third-party service (see Number 1 Paragraph 1 Clauses 3 and 4 of these Conditions). Participants must select other third-party services with the due diligence and care required in business.

7.2 Bank Security Instructions

The Participant must take note of the security information on the Bank's website about online banking, particularly the measures required to protect the hardware and software used (customer system).

7.3 Checking order data with data displayed by the Bank

The Bank displays the transaction data it has received (e.g. amount, account number of the payment recipient, securities identification number) to the Participant via the separately agreed device of the user (e.g. by means of a mobile end device, chip card reading device with display). Participants are obliged before giving their confirmation to check that the data shown corresponds to the data intended for the transaction.

8. Duties of Disclosure and Information Requirements

8.1 Block notification

(1) If the Participant discovers

- the loss or theft of a possession element for authentication (e.g. girocard with TAN generator, mobile end device, signature card) or
- the misuse or other unauthorised use of an authentication element,

the Participant must inform the Bank of this immediately (block notification). Participants can also submit such a block notification at any time via the separately specified communication channels.

(2) Participants must notify the police of any theft or misuse of an authentication element immediately.

(3) If Participants suspect an unauthorised or fraudulent use of their authentication elements they must likewise submit a block notification.

8.2 Notification of unauthorised orders or orders executed incorrectly

The customer must inform the Bank immediately if it discovers an unauthorised or erroneously executed order.

9. Blocked use

9.1 Block initiated by the Participant

On the initiation of the Participant, in particular in the event of a block notification pursuant to Number 8.1 of these Conditions, the Bank will block

- access to online banking for the initiating Participant or all Participants or
- block the Participant's authentication elements for the use of online banking.

9.2 Block initiated by the Bank

(1) The Bank may block access to online banking for a Participant if

- it is entitled to terminate the online banking contract for good cause,
- such blocking is justified on the basis of factual reasons relating to the security of the Participant's authentication elements, or
- there is suspicion of unauthorised or fraudulent use of an authentication element.

(2) The Bank will inform the customer of the decisive reason for this before issuing the block notification where possible, but no later than immediately after the block. This disclosure may be omitted if the Bank would in doing so be violating legal obligations.

9.3 Lifting a block

The Bank will lift a block or exchange the authentication elements concerned once the reasons for the blocking have been remedied. The Bank will also inform the customer of this immediately.

9.4 Automatic blocking of a chip-based possession element

(1) A chip card with a signature function will block itself when the user code for an electronic signature is entered incorrectly three times in sequence.

(2) A TAN generator as a component of a chip card requiring the entry of a user code will block itself if this code is entered incorrectly three times in sequence.

(3) It will subsequently no longer be possible to use the possession elements specified in Paragraphs 1 and 2 for online banking. The Participant can contact the Bank in order to arrange for the online banking service to be reactivated.

9.5 Access block for payment transfer service and account information service

The Bank can refuse access by account information service providers or payment transfer service providers to a payment account of the customer if this is justified on the basis of objective and duly proven reasons relating to an unauthorised or fraudulent access by the account information service provider or payment transfer service provider to the payment account, including the unauthorised or fraudulent initiation of a payment transaction. The Bank will notify the customer of such refusal of access in the agreed manner. The notification shall be made, where possible, no later than immediately after the denial of access. This disclosure may be omitted if the Bank would in doing so be violating legal obligations. As soon as the reasons for the denial of access no longer exist the Bank shall lift the access block. The Bank will also inform the customer of this immediately.

10. Liability

10.1 Liability on the part of the Bank for unauthorised orders and for orders that are not executed, are executed incorrectly or are executed late

Liability on the part of the Bank in the case of unauthorised orders and orders that are not executed, are executed incorrectly or are executed late is based on the special conditions agreed for the respective type of order (e.g. Conditions for bank transfers or Conditions for securities transactions).

10.2 Liability on the part of the customer in the event of the misuse of his authentication elements

10.2.1 Liability on the part of the customer for unauthorised payment transactions prior to a block notification

(1) If unauthorised payment transactions prior to a block notification are based on the use of a lost or stolen or otherwise mislaid authentication element or on any other misuse of an authentication element, the customer will be liable for losses incurred by the Bank as a result up to an amount of 50 euros, regardless of whether or not the user is to blame.

(2) Customers are not obliged to compensate for a loss under Paragraph 1 if

- it was not possible for the customer to notice that the authentication element had been lost, stolen, mislaid or misused in any other manner prior to the unauthorised payment transaction, or
- the loss of the authentication element was caused by an employee, an agent, a branch office of a payment service provider or any other body to which the activities of the payment service provider have been outsourced.

(3) Should, prior to a block notification, unauthorised payment transactions be made and should a Participant have acted with an intention to defraud or violated his due diligence obligations according to these Conditions intentionally or as a result of gross negligence, the customer, in deviation of Paragraphs 1 and 2, shall bear the full amount of losses incurred as a consequence thereof. Participants may in particular be guilty of gross negligence if they have violated one of their due diligence obligations according to

- Number 7.1 Paragraph 2,
- Number 7.1 Paragraph 4,
- Number 7.3 or
- Number 8.1 Paragraph 1

of these Conditions.

(4) In deviation of Paragraphs 1 and 3, customers are not obliged to pay compensation if the Bank has not demanded a strong customer authentication procedure from a Participant according to § 1 Paragraph 24 ZAG. A strong customer authentication procedure in particular requires the use of two elements independent of one another from the categories of knowledge, possession or inherence (see Number 2 Paragraph 3 of these Conditions).

(5) The liability for losses caused within the period where the disposal transaction limit was valid is limited to the respectively agreed disposal transaction limit.

(6) The customer is not obliged to compensate for a loss under Paragraphs 1 and 3 if the Participant was not able to submit a block notification according to Number 8.1 because the Bank has not ensured that the block notification could be delivered.

(7) Paragraphs 2 and 4 to 6 are not applied if a Participant has acted with an intention to defraud.

(8) The following also applies if the customer is not a consumer:

- The customer is liable for losses incurred as a result of unauthorised payment transactions in excess of the liability limit of 50 euros according to Paragraphs 1 and 3 when Participants have negligently or intentionally violated their due diligence obligations according to these Conditions.
- The limitation to liability in Paragraph 2, the first bullet point, does not apply.

10.2.2 Liability on the part of the customer for unauthorised transactions outside payment services (e.g. securities transactions) prior to a block notification

If unauthorised transactions outside payment services (e.g. securities transactions) are based on the use of a lost or stolen authentication element or on any other misuse of an authentication element prior to a block notification, and the Bank has consequently incurred a loss, the customer and the Bank shall be liable according to the legal principles of contributory negligence.

10.2.3 Liability after issuance of the blocking notification

Once the Bank has received a Participant's blocking notification, it will assume all losses caused by unauthorised online banking orders from that point onwards. This does not apply if the Participant acted with fraudulent intent.

10.2.4 Exclusion of liability

Claims for losses are excluded if the circumstances underlying a claim rest on an unusual and unpredictable occurrence, over which the party invoking those circumstances has no control, and the consequences of which, despite the exercise of due diligence, could not have been avoided.

Terms and Conditions for Credit Transfers

The present translation is furnished for the customer's convenience only. The original German text of the Terms and Conditions for Credit Transfers (Bedingungen für den Überweisungsverkehr) is binding in all respects. In the event of any divergence between the English and the German texts, constructions, meanings or interpretations, the German text, constructions, meanings or interpretations shall govern exclusively.

The execution of customers' credit transfer orders shall be subject to the following terms and conditions:

1. General

1.1 Main characteristics of a credit transfer,including a standing order

The customer may instruct the Bank to remit funds cashlessly in favour of a payee by credit transfer to the payee's payment service provider. The customer may also instruct the Bank to regularly remit a fixed sum of money to the same account of the payee on a certain recurring date (standing order).
For SEPA credit transfers or SEPA instant credit transfers, payment is made in euro within the Single Euro Payments Area (SEPA, see Annex 1). SEPA instant credit transfers can be executed instantly on every calendar day at any time.

1.2 Unique identifiers

When making credit transfers, the customer must use the following unique identifier of the payee.

Destination area	**Currency**	**Unique identifier of payee**
Germany	euro	• IBAN1[4]
Cross-border within the European Economic Area[5]	euro	• IBAN
Germany or within the European Economic Area	currency other than euro	• IBAN and BIC3[6] **or** • account number (Kontonummer) and BIC
Outside the European Economic Area	euro or other currency	• IBAN and BIC **or** • account number (Kontonummer) and BIC

The information required for the execution of the credit transfer shall be determined by Sections 2.1, 3.1.1 and 3.2.1.

[4] International Bank Account Number
[5] See annex 1 for information on the European Economic Area.
[6] Bank Identifier Code

1.3 Issuance of credit transfer orders and authorisation

(1) The customer shall issue a credit transfer order to the Bank, providing the information required under Sections 2.1 or 3.1.1 and 3.2.1, on a form approved by the Bank or in the manner otherwise agreed with the Bank (e.g. via online banking).
The customer must ensure the legibility, completeness and correctness of this information. Illegible, incomplete or incorrect information may lead to delays or misrouting of credit transfers, possibly resulting in loss or damage for the customer. Where illegible, incomplete or incorrect information is given, the Bank may refuse to execute the credit transfer (see also Section 1.7). If the customer believes that a credit transfer requires particularly prompt execution, the customer shall notify the Bank thereof separately. Where credit transfer orders are issued on a form, this must be done separately from the form if this purpose cannot be indicated on the form itself.
(2) The customer shall authorise the credit transfer order by signing it or in the manner otherwise agreed with the Bank (using an online banking PIN/TAN, for example). This authorisation shall at the same time contain the customer's explicit consent to the Bank to retrieve (from its database), process, transmit and store the personal data required for the execution of the credit transfer.
(3) Before executing an individual credit transfer order, the Bank shall indicate, at the customer's request, the maximum execution time and the charges payable by the payer and, where applicable, a breakdown of the amounts of any charges.
(4) The customer shall be entitled to also use a payment initiation service as defined in Section 1 (33) of the Payment Services Supervision Act (Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz) to issue the credit transfer order to the Bank, unless the customer's payment account is not accessible to the customer online.

1.4 Receipt of credit transfer orders by the Bank

(1) A credit transfer order shall become valid as soon as it is received by the Bank. This shall also apply if the credit transfer order is issued through a payment initiation service provider. Receipt shall take place upon delivery of the order into the Bank's designated receiving facilities (e.g. when it is handed in at the Bank's offices or entered into the Bank‘s online banking server).
(2) If the point in time of receipt of a credit transfer order pursuant to paragraph 1, sentence 3 is not on a banking business day as indicated in the “List of Prices and Services” (Preis- und Leistungsverzeichnis), the credit transfer order shall be deemed to have been received on the following banking business day.
(3) If a credit transfer order is received after the acceptance time indicated at the Bank's receiving facility or in the “List of Prices and Services”, it shall be deemed, for the purpose of determining when the execution period commences (see Section 2.2.2), to have been received on the following business day.
(4) By way of derogation from paragraphs 2 and 3, the following applies for SEPA instant credit transfers:

- Orders placed electronically are deemed to be received on any calendar day at any time.
- Orders not placed electronically are deemed to be received at the time at which the bank entered the data into its internal system. Data entry will begin as soon as possible after the order is delivered into the Bank’s designated receiving facilities.

1.5 Revocation of credit transfer orders

(1) Until receipt of the credit transfer order by the Bank (see Section 1.4, paragraphs 1 and 2), the customer may revoke it by making a declaration to this effect to the Bank. After receipt of the credit transfer order, revocation shall subject to the provisions of paragraphs 2 and 3 no longer be possible. Where customers use a payment initiation service provider to issue the credit transfer order, they may, by way of derogation from sentence 1, no longer revoke the credit transfer order vis-a-vis the Bank once they have given their consent to the payment initiati-on service provider to initiate the credit transfer.
(2) If the Bank and the customer have agreed a certain date for the execution of a credit transfer (see Section 2.2.2, paragraph 2), the customer may revoke the credit transfer order or standing order (see Section 1.1) up to the

end of the banking business day before the agreed date. The banking business days shall be set out in the “List of Prices and Services”. If the revocation of a standing order is received by the Bank in due time, no further credit transfers shall be executed under this standing order.
(3) A credit transfer order may only be revoked after the points in time referred to in paragraphs 1 and 2 if the customer and the Bank have agreed thereupon. This agreement shall become effective if the Bank manages to prevent the execution or to recover the amount of the credit transfer. If the customer uses a payment initiation service provider to issue the credit transfer order, the consent of the payment initiation service provider and the payee shall be additionally required. For handling such a revocation by the customer, the Bank shall levy the charge set out in the “List of Prices and Services”.

1.6 Execution of credit transfer orders

(1) The Bank shall execute a customer's credit transfer order if the information required for the execution (see Sections 2.1, 3.1.1 and 3.2.1) is provided in the agreed manner (see Section 1.3, paragraph 1), the credit transfer order is authorised by the customer (see Section 1.3, paragraph 2) and a sufficient credit balance in the currency of the credit transfer order is available or sufficient credit has been granted (conditions for execution). There are additional conditions for execution for SEPA instant credit transfers, namely compliance with the transfer limit determined by the customer (see Section 2.1.2) and that the payee’s payment service provider supports the SEPA instant credit transfer procedure.
(2) The Bank and the other payment service providers involved in the execution of a credit transfer order shall be entitled to execute the credit transfer solely on the basis of the unique identifier of the payee provided by the customer (see Section 1.2).
(3) The Bank shall inform the customer at least once a month about the execution of credit transfers through the agreed account information channel. Where customers are not consumers, the manner in which and frequency with which they are informed may be agreed separately. Additional legal regulations remain unaffected.

1.7 Refusal of execution

(1) If the conditions for execution (see Section 1.6, paragraph 1) are not fulfilled, the Bank may refuse to execute the credit transfer order. The Bank will refuse execution of a SEPA instant credit transfer if the amount exceeds the transfer limit determined by the customer (see Section 2.1.2).The Bank shall inform the customer thereof without delay, but in any case within the period agreed under Sections 2.2.1 or 3.1.2 and 3.2.2. It may do so also through the agreed account information channel. When doing so, the Bank shall, if possible, state the reasons for the refusal and indicate ways in which errors that led to the refusal can be rectified.
(2) If the Bank is clearly unable to assign a unique identifier provided by the customer to any payee, payment account or payee's payment service provider, it shall inform the customer thereof without delay and, if necessary, return the amount of the credit transfer.
(3) For the legitimate refusal to execute an authorised credit transfer order, the Bank shall levy the charge set out in the “List of Prices and Services”.

1.8 Transmission of credit transfer data

When executing a credit transfer, the Bank shall transmit the details contained in the credit transfer (credit transfer data) to the payee's payment service provider either directly or through intermediary institutions. When transmitting these details, service providers engaged by the Bank to execute the credit transfer may also undertake the necessary verifications to do so (in particular those required to identify and prevent payment fraud). The payee's payment service provider may make the credit transfer data, which shall also include the payer's IBAN, available to the payee in full or in part.

Where cross-border credit transfers and domestic priority credit transfers are involved, the credit transfer data may also be processed and forwarded to the payee's payment service provider. The bank and the Society for

Worldwide Interbank Financial Telecommunications (SWIFT), based in Belgium, are jointly responsible. For system security reasons, SWIFT stores the credit transfer data temporarily at its operating centres in the European Union, Switzerland and the United States.

1.9 Notification of unauthorised or incorrectly executed credit transfers

The customer shall inform the Bank without delay on finding that a credit transfer order was unauthorised or executed incorrectly. This shall also apply where a payment initiation service provider is involved.

1.10 Charges and changes therein

1.10.1 Charges for consumers

The charges for credit transfers shall be set out in the "List of Prices and Services".

Any changes in the charges for credit transfers shall be offered to the customer in text form no later than two months before their proposed date of entry into force. If the customer has agreed an electronic communication channel with the Bank within the framework of the business relationship, the changes may also be offered through this channel. The changes offered by the Bank shall only become effective if the customer accepts them. Any agreement on amending a charge that concerns a payment by the consumer in excess of the charge for the principal service can only be expressly concluded with the consumer by the Bank
Changes in charges for the payment services framework contract (current account agreement) shall be governed by No. 12 (5) of the General Business Conditions (Allgemeine Geschäftsbedingungen).

1.10.2 Charges for customers who are not consumers

Charges and changes therein for credit transfers by customers who are not consumers shall continue to be governed by the provisions of No. 12, paragraphs 2 to 6 of the General Business Conditions.

1.11 Exchange rate

If the customer issues a credit transfer order in a currency other than the account currency, the account shall nevertheless be debited in the account currency. The exchange rate for such credit transfers shall be determined on the basis of the conversion arrangement set out in the "List of Prices and Services".
Any change in the reference exchange rate specified in the conversion arrangement shall take effect immediately without prior notice to the customer. The reference exchange rate shall be made accessible by the Bank or shall stem from a publicly accessible source.

1.12 Reporting requirements under German law on foreign trade and payments

The customer must comply with the reporting requirements under German law on foreign trade and payments.

2. Credit transfers within Germany and to other European Economic Area (EEA)[7] countries in euros or in other EEA currencies[8]

2.1 Information required

2.1.1 Standard information

The customer must provide the following information in the credit transfer order:

[7] See Annex 1 for information on the European Economic Area.
[8] EEA currencies at present: Bulgarian lew, Czech krona, Danish krone, euro, Hungarian forint, Icelandic króna, Norwegian krone, Polish zloty, Romanian leu, Swedish krona, Swiss franc.

- Name of the payee
- Unique identifier of the payee (see Section 1.2); if the BIC is not known in credit transfers denominated in EEA currencies other than euro, the full name and address of the payee's payment service provider should be indicated instead.
- Currency (if possible, in abbreviated form as detailed in Annex 1)
- Amount
- Name of the customer
- Customer's IBAN
- and, in the case of cross-border credit transfers, the charges instruction “SHARE” (charges shared between customer and payee).

2.1.2 Special provisions for SEPA instant credit transfers

The Bank allows the customer to determine a transfer limit for SEPA instant credit transfers, either for each individual credit transfer order or for the total sum of all SEPA instant credit transfer orders that are to be carried out on the same calendar day. This limit may be changed at any time.

2.1.3 Verification of the payee

In the event that the payee’s payment service provider is legally required to verify the payee, the name of the payee will be compared with the payee’s IBAN (verification of the payee) before the customer authorises an order for a SEPA credit transfer or SEPA instant credit transfer (see Section 1.3 (2)). Verification of the payee will be carried out by the payee’s payment service based on information provided by the customer in accordance with Section 2.1.1. The Bank shall provide notification to the customer regarding the results of the verification of the payee. If the verification shows that the data does not concur or does not match exactly but nevertheless almost matches, the Bank will provide the customer with information on the possible consequences of authorising the order.
Verification of the payee will not be carried out for non-electronic orders if the customer is not at the Bank’s offices at the time the order is received by the Bank.
If the payee’s name and IBAN are provided by a payment initiation service provider and not by the payer, the law states that this payment initiation services provider must ensure that the payee’s information is correct.

2.2 Maximum execution time

2.2.1 Length of the execution time

The Bank shall be obligated to ensure that the amount of a credit transfer is received by the payee's payment service provider within the execution time indicated in the “List of Prices and Services” at the latest. By way of derogation thereof, the maximum execution time for a SEPA instant credit transfer is 10 seconds.

2.2.2 Commencement of the execution time

(1) The execution period shall commence as soon as a customer's credit transfer order is received by the Bank (see Section 1.4).
(2) If the Bank and the customer agree that the execution of a credit transfer is to commence on a certain date or at the end of a certain period or on the date on which the customer has provided the Bank with the funds in the currency of the order required for the execution, the date indicated in the order or otherwise agreed shall determine when the execution period commences. If the agreed date is not a banking business day, the execution period shall commence on the following banking business day. The banking business days shall be set out in the “List of Prices and Services”.

(3) The execution time for credit transfer orders in a currency other than the currency of the customer's account shall not commence until the date on which the amount of the credit transfer is available in the currency of the order.
(4) If the Bank and the customer agree that the execution of a SEPA instant credit transfer is to commence on a certain date, at a specific time on a certain date, at the end of a certain period or on the date on which the customer has provided the Bank with the funds in the currency of the order required for the execution, the date indicated in the order or otherwise agreed shall determine when the execution period commences.
(5) The execution time for SEPA instant credit transfer orders if the currency of the customer's account is not euro shall not commence until the date on which the amount of the credit transfer is available in euro. The currency conversion shall take place directly after the order has been issued.

2.3 Customer's entitlement to a refund, correction and compensation

2.3.1 Refund for unauthorised credit transfers

If a credit transfer is unauthorised (see Section 1.3, paragraph 2), the Bank shall have no claim against the customer for reimbursement of its expenses. It shall be obligated to refund the amount of the credit transfer to the customer without delay and, if the amount has been debited to an account held by the customer, to restore the balance of this account to what it would have been without debiting for the unauthorised credit transfer. This obligation must be fulfilled no later than the end of the business day as indicated in the List of "Prices and Services" which comes after the day on which the Bank was notified that the credit transfer is unauthorised, or the Bank has obtained knowledge thereof by some other means. If the Bank has informed a competent authority in writing of legitimate reasons for suspecting fraudulent conduct on the part of the customer, the Bank shall be required to consider and to fulfil its obligation arising from sentence 2 without delay if its suspicion of fraud is not confirmed. If the credit transfer is initiated by the customer through a payment initiation service provider, the obligations arising from sentences 2 to 4 shall apply to the Bank.

2.3.2 Entitlement in the case of non-execution, incorrect or delayed execution of authorised credit transfers

(1) In the case of non-execution or incorrect execution of an authorised credit transfer, the customer may request the Bank to refund the full amount of the credit transfer without delay insofar as the payment was not made or not made correctly. If the amount has been debited to the customer's account, the Bank shall restore the balance of this account to what it would have been without debiting for the non-executed or incorrectly executed payment transaction. If a credit transfer is initiated by the customer through a payment initiation service provider, the obligations arising from sentences 1 and 2 shall apply to the Bank. If the Bank or any intermediary institutions have deducted charges from the amount of the credit transfer, the Bank shall remit the amount deducted in favour of the payee without delay.
(2) Over and above paragraph 1, the customer may request the Bank to refund any charges and interest insofar as these were levied on the customer or debited to the customer's account in connection with the non-execution or incorrect execution of the credit transfer.
(3) In the case of delayed execution of an authorised credit transfer, the customer may ask the Bank to request the payee's payment service provider to credit the payment amount to the payee's payment account as if the credit transfer had been duly executed. The obligation arising from sentence 1 shall also apply if the credit transfer is initiated by the customer through a payment initiation service provider. If the Bank proves that the payment amount reached the payee's payment service provider in due time, this obligation shall not apply. The obligation arising from sentence 1 shall also not apply if the customer is not a consumer.
(4) If a credit transfer was not executed or not executed correctly, the Bank shall, at the customer's request, reconstruct the processing of the payment and inform the customer of the result thereof.

2.3.3 Claims relating to verification of the payee

(1) If the customer authorises an order even though the Bank, during verification of the payee in accordance with Section 2.1.3, has informed them that the data does not concur or does not match exactly but nevertheless almost matches, the Bank shall not be liable for the consequences if it executes the credit transfer solely based on the unique identifier of the payee provided by the customer (see Section 1.2). This also applies if the payee's payment service provider has not conducted verification of the payee and the Bank has informed the customer thereof before the order was authorised.
(2) If verification of the payee was conducted incorrectly, and if this leads to incorrect execution of the credit transfer, the Bank shall, at the request of the customer, reimburse the transferred amount without delay and, if necessary, restore the balance of the customer's payment account to what it would have been before debiting for the credit transfer. This shall also apply if the customer's payment initiation service provider conducted verification of the payee incorrectly.

2.3.4 Compensation for neglect of duty

(1) In the case of non-execution, incorrect execution or delayed execution of an authorised credit transfer, or if a credit transfer is unauthorised, the customer may request the Bank to provide compensation for any loss or damage not already covered by Sections 2.3.1, 2.3.2 and 2.3.3. This shall not apply if the Bank is not responsible for the neglect of duty. The Bank shall be liable in this connection for any fault on the part of an intermediary institution to the same extent as for any fault on its own part, unless the main cause of the loss or damage lies with an intermediary institution specified by the customer. If the customer has contributed to the occurrence of any loss or damage through culpable conduct, the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer must bear the loss or damage.
(2) Liability under paragraph 1 shall be limited to € 12,500. This limitation of liability shall not apply to

- unauthorised credit transfers
- incorrect verification of the payee
- cases of deliberate intent or gross negligence by the Bank
- risks which the Bank has assumed on an exceptional basis and,
- if the customer is a consumer, loss of interest.

2.3.5 Entitlement of customers who are not consumers

By way of derogation from the entitlement under Sections 2.3.2 and 2.3.4, customers who are not consumers shall only have a claim for compensation - besides any Claims for restitution under Sections 667 and 812 ff. of the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch [BGB]) - for an authorised credit transfer that is not executed, not executed correctly or executed with a delay or for an unauthorised credit transfer in accordance with the following rules:

- The Bank shall be liable for any fault on its own part. If the customer has contributed to the occurrence of any loss or damage through culpable conduct, the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer must bear the loss or damage.
- The Bank shall not be liable for any fault on the part of intermediary institutions chosen by it. In such cases, the Bank's liability shall be limited to the careful selection and instruction of the first intermediary institution (order passed on to a third party).
- The amount of the customer's claim for compensation shall be limited to the amount of the credit transfer, plus the charges and interest levied by the Bank. Where claims for consequential loss or damage are asserted, such claims shall be limited to a maximum of € 12,500 per credit transfer. This limitation of liability shall not apply to deliberate intent or gross negligence by the Bank or to risks which the Bank has assumed on an exceptional basis or to unauthorised credit transfers.

2.3.6 Preclusion of liability and objection

(1) Any liability by the Bank under Sections 2.3.2, 2.3.4 and 2.3.5 shall be precluded in the following cases:

- The Bank proves to the customer that the full amount of the credit transfer was received by the payee's payment service provider in due time.
- The credit transfer was executed in conformity with the incorrect unique identifier of the payee provided by the customer (see Section 1.2). In this case, the customer may, however, request the Bank to make reasonable efforts to recover the amount of the credit transfer. If it is not possible to recover the amount of the credit transfer, the Bank shall be obligated to provide to the customer, at the customer's written request, all available information so that the customer can assert a claim for a refund of the amount of the credit transfer against the actual recipient of the credit transfer. For its activities pursuant to sentences 2 and 3 of this bullet point, the Bank shall levy the charge set out in the "List of Prices and Services".

(2) Any claims by the customer under Sections 2.3.1 to 2.3.4 and any objections by the customer against the Bank as a result of non-execution or incorrect execution of credit transfers or as a result of unauthorised credit transfers shall be precluded if the customer fails to inform the Bank thereof within a period of 13 months at the latest after being debited for an unauthorised or incorrectly executed credit transfer. This period shall start to run only once the Bank has informed the customer about the debit entry for the credit transfer through the agreed account information channel no later than one month after the debit entry was made; otherwise the date on which the customer is informed shall determine when the period commences. Customers may assert claims for compensation under Section 2.3.3 also after expiry of the period referred to in sentence 1 if they were prevented, through no fault of their own, from adhering to this period. Sentences 1 to 3 shall also apply if the customer initiates the credit transfer through a payment initiation service provider.

(3) Any claims by the customer shall be precluded if the circumstances substantiating a claim

- are based upon an exceptional and unforeseeable event on which the Bank has no influence and whose consequences could not have been avoided even by exercising due diligence or
- were brought about by the Bank as a result of a statutory obligation.

3. Credit transfers within Germany and to other European Economic Area [9] (EEA) countries in the currency of a non-EEA country (third-country currency[10]) and credit transfers to non-EEA countries (third countries[11])

3.1 Credit transfers within Germany and to other European Economic Area (EEA) countries in the currency of a non-EEA country (third-country currency)

3.1.1 Information required

The customer must provide the following information for the execution of a credit transfer order:

- Name of the payee
- Unique identifier of the payee (see Section 1.2); if the BIC is not known in cross-border credit transfers, the full name and address of the payee's payment service provider should be indicated instead.
- Country of destination (if possible, in abbreviated form as detailed in Annex 2)
- Currency (if possible, in abbreviated form as detailed in Annex 2)
- Amount
- Name of the customer
- Customer's account number (Kontonummer) and bank code (Bankleitzahl) or IBAN

3.1.2 Execution time

[9] See annex 1 for information on the European Economic Area.

[10] e.g. US dollar.

[11] Third countries are all countries outside of the European Economic Area (See Annex 1 for information on the European Economic Area).

Credit transfers shall be executed as soon as possible.

3.1.3 Customer's entitlement to a refund, correction and compensation

3.1.3.1 Refund for unauthorised credit transfers

If a credit transfer is unauthorised (see Section 1.3, paragraph 2), the Bank shall have no claim against the customer for reimbursement of its expenses. It shall be obligated to refund the amount of the credit transfer to the customer without delay and, if the amount has been debited to an account held by the customer, to restore the balance of this account to what it would have been without debiting for the unauthorised credit transfer.
This obligation must be fulfilled no later than the end of the business day as indicated in the “List of Prices and Services” which comes after the day on which the Bank was notified that the credit transfer is unauthorised, or the Bank has obtained knowledge thereof by some other means. If the Bank has informed a competent authority in writing of legitimate reasons for suspecting fraudulent conduct on the part of the customer, the Bank shall be required to consider and to fulfil its obligation arising from sentence 2 without delay if its suspicion of fraud is not confirmed. If the credit transfer is initiated through a payment initiation service provider, the obligations arising from sentences 2 to 4 shall apply to the Bank.

3.1.3.2 Entitlement in the case of non-execution, incorrect execution or delayed execution of authorised credit transfers

(1) In the case of non-execution or incorrect execution of an authorised credit transfer, the customer may request the Bank to refund the full amount of the credit transfer without delay insofar as the payment was not made or not made correctly. If the amount has been debited to the customer's account, the Bank shall restore the balance of this account to what it would have been without debiting for the non-executed or incorrectly executed payment transaction. If a credit transfer is initiated by the customer through a payment initiation service provider, the obligations arising from sentences 1 and 2 shall apply to the Bank. If the Bank or any intermediary institutions have deducted charges from the amount of the credit transfer, the Bank shall remit the amount deducted in favour of the payee without delay.
(2) Over and above paragraph 1, the customer may request the Bank to refund any charges and interest insofar as these were levied on the customer or debited to the customer's account in connection with the non-execution or incorrect execution of the credit transfer.
(3) In the case of delayed execution of an authorised credit transfer, the customer may ask the Bank to request the payee's payment service provider to credit the payment amount to the payee's payment account as if the credit transfer had been duly executed. The obligation arising from sentence 1 shall also apply if the credit transfer is initiated by the customer through a payment initiation service provider. If the Bank proves that the payment amount reached the payee's payment service provider in due time, this obligation shall not apply. The obligation arising from sentence 1 shall also not apply if the customer is not a consumer.
(4) If a credit transfer was not executed or not executed correctly, the Bank shall, at the customer's request, reconstruct the processing of the payment and inform the customer of the result thereof.

3.1.3.3 Compensation for neglect of duty

(1) In the case of non-execution, incorrect execution or delayed execution of an authorised credit transfer, or if a credit transfer is unauthorised, the customer may request the Bank to provide compensation for any loss or damage not already covered by Sections 3.1.3.1 and 3.1.3.2. This shall not apply if the Bank is not responsible for the neglect of duty. The Bank shall be liable in this connection for any fault on the part of an intermediary institution to the same extent as for any fault on its own part, unless the main cause of the loss or damage lies with an intermediary institution specified by the customer. If the customer has contributed to the occurrence of any loss or damage through culpable conduct, the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer must bear the loss or damage.

(2) Liability under paragraph 1 shall be limited to € 12,500. This limitation of liability shall not apply to

- unauthorised credit transfers
- cases of deliberate intent or gross negligence by the Bank
- risks which the Bank has assumed on an exceptional basis and,
- if the customer is a consumer, loss of interest.

3.1.3.4 Special rules for the parts of a credit transfer effected outside the EEA

With regard to the parts of a credit transfer effected outside the EEA, customers shall, by way of derogation from the entitlement under Sections 3.1.3.2 and 3.1.3.3, only have a claim for compensation besides any claims for restitution under Sections 667 and 812 ff. of the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch [BGB]) for an authorised credit transfer that is not executed, not executed correctly or executed with a delay or for an unauthorised credit transfer in accordance with the following rules:

- The Bank shall be liable for any fault on its own part. If the customer has contributed to the occurrence of any loss or damage through culpable conduct, the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer must bear the loss or damage.
- The Bank shall not be liable for any fault on the part of intermediary institutions chosen by it. In such cases, the Bank's liability shall be limited to the careful selection and instruction of the first intermediary institution (order passed on to a third party).
- The Bank's liability shall be limited to a maximum of € 12,500 per credit transfer. This limitation of liability shall not apply to deliberate intent or gross negligence by the Bank or to risks which the Bank has assumed on an exceptional basis or for unauthorised credit transfers.

3.1.3.5 Entitlement of customers who are not consumers

By way of derogation from the entitlement under Sections 3.1.3.2 and 3.1.3.3, customers who are not consumers shall only have a claim for compensation besides any claims for restitution under Sections 667 and 812 ff. of the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch [BGB]) for an authorised credit transfer that is not executed, not executed correctly or executed with a delay or for an unauthorised credit transfer in accordance with the following rules:

- The Bank shall be liable for any fault on its own part. If the customer has contributed to the occurrence of any loss or damage through culpable conduct, the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer must bear the loss or damage.
- The Bank shall not be liable for any fault on the part of intermediary institutions chosen by it. In such cases, the Bank's liability shall be limited to the careful selection and instruction of the first intermediary institution (order passed on to a third party).
- The amount of the customer's claim for compensation shall be limited to the amount of the credit transfer, plus the charges and interest levied by the Bank. Where claims for consequential loss or damage are asserted, such claims shall be limited to a maximum of € 12,500 per credit transfer. This limitation of liability shall not apply to deliberate intent or gross negligence by the Bank or to risks which the Bank has assumed on an exceptional basis or to unauthorised credit transfers.

3.1.3.6 Preclusion of liability and objection

(1) Any liability by the Bank under Sections 3.1.3.2 to 3.1.3.5 shall be precluded in the following cases:

- The Bank proves to the customer that the full amount of the credit transfer was received by the payee's payment service provider in due time.
- The credit transfer was executed in conformity with the incorrect unique identifier of the payee provided by the customer (see Section 1.2). In this case, the customer may, however, request the Bank to make

reasonable efforts to recover the amount of the credit transfer. If it is not possible to recover the amount of the credit transfer, the Bank shall be obligated to provide to the customer, at the customer's written request, all available information so that the customer can assert a claim for a refund of the amount of the credit transfer against the actual recipient of the credit transfer. For its activities pursuant to sentences 2 and 3 of this bullet point, the Bank shall levy the charge set out in the "List of Prices and Services".

(2) Any claims by the customer under Sections 3.1.3.1 to 3.1.3.5 and any objections by the customer against the Bank as a result of non-execution or incorrect execution of credit transfers or as a result of unauthorised credit transfers shall be precluded if the customer fails to inform the Bank thereof within a period of 13 months at the latest after being debited for an unauthorised or incorrectly executed credit transfer. This period shall start to run only once the Bank has informed the customer about the debit entry for the credit transfer through the agreed account information channel no later than one month after the debit entry was made; otherwise the date on which the customer is informed shall determine when the period commences. Customers may assert claims for compensation under Section 3.1.3.3 also after expiry of the period referred to in sentence 1 if they were prevented, through no fault of their own, from adhering to this period. Sentences 1 to 3 shall also apply if the customer initiates the credit transfer through a payment initiation service provider.

(3) Any claims by the customer shall be precluded if the circumstances substantiating a claim

- are based upon an exceptional and unforeseeable event on which the Bank has no influence and whose consequences could not have been avoided even by exercising due diligence or
- were brought about by the Bank as a result of a statutory obligation.

3.2 Credit transfers to non-EEA countries (third countries)[12]

3.2.1 Information required

The customer must provide the following information for the execution of a credit transfer order:

- Name of the payee
- Unique identifier of the payee (see Section 1.2); if the BIC is not known in cross-border credit transfers, the full name and address of the payee's payment service provider should be indicated instead.
- Country of destination (if possible, in abbreviated form as detailed in Annex 2)
- Currency (if possible, in abbreviated form as detailed in Annex 2)
- Amount
- Name of the customer
- Customer's account number (Kontonummer) and bank code (Bankleitzahl) or IBAN

3.2.2 Execution time

(1) Credit transfers shall be executed as soon as possible.

(2) For SEPA instant credit transfers to a SEPA third country (see Annex 1), the Bank will ensure that the payee's payment service provider receives the credit transfer amount within 10 seconds. The execution period shall commence as soon as a customer's credit transfer order is received by the Bank (see Section 1.4). If the Bank and the customer agree that the execution of a SEPA instant credit transfer is to commence on a certain date, at a specific time on a certain date, at the end of a certain period or on the date on which the customer has provided the Bank with the funds in the currency of the order required for the execution, the date indicated in the order or otherwise agreed shall determine when the execution period commences. The execution time if the currency of the customer's account is not euro shall not commence until the date on which the amount of the credit transfer is available in euro. The currency conversion shall take place directly after the order has been issued.

[12] Third countries are all countries outside of the European Economic Area (See Annex 1 for information on the European Economic Area).

3.2.3 Customer's entitlement to a refund or compensation

3.2.3.1 Refund for unauthorised credit transfers

(1) If a credit transfer is unauthorised (see Section 1.3, paragraph 2 above), the Bank shall have no claim against the customer for reimbursement of its expenses. It shall be obligated to refund the amount of the credit transfer to the customer without delay and, if the amount has been debited to an account held by the customer, to restore the balance of this account to what it would have been without debiting for the unauthorised credit transfer. This obligation must be fulfilled no later than the end of the business day as indicated in the "List of Prices and Services" which comes after the day on which the Bank was notified that the credit transfer is unauthorised, or the Bank has obtained knowledge thereof by some other means. If the Bank has informed a competent authority in writing of legitimate reasons for suspecting fraudulent conduct on the part of the customer, the Bank shall be required to consider and to fulfil its obligation arising from sentence 2 without delay if its suspicion of fraud is not confirmed. If the credit transfer is initiated by the customer through a payment initiation service provider, the obligations arising from sentences 2 to 4 shall apply to the Bank.
(2) In the case of other loss or damage resulting from an unauthorised credit transfer, the Bank shall be liable for any fault on its own part. If the customer has contributed to the occurrence of any loss or damage through culpable conduct, the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer must bear the loss or damage.

3.2.3.2 Liability for non-execution, incorrect or delayed execution of authorised credit transfers

In the case of non-execution, incorrect execution or delayed execution of an authorised credit transfer, customers shall have a claim for compensation besides any claims for restitution under Sections 667 and 812 ff. of the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch [BGB]) in accordance with the following rules:

- The Bank shall be liable for any fault on its own part. If the customer has contributed to the occurrence of any loss or damage through culpable conduct, the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer must bear the loss or damage.
- The Bank shall not be liable for any fault on the part of intermediary institutions chosen by it. In such cases, the Bank's liability shall be limited to the careful selection and instruction of the first intermediary institution (order passed on to a third party).
- The Bank's liability shall be limited to a maximum of € 12,500 per credit transfer. This limitation of liability shall not apply to deliberate intent or gross negligence by the Bank or to risks which the Bank has assumed on an exceptional basis.

3.2.3.3 Preclusion of liability and objection

(1) Any liability by the Bank under Section 3.2.3.2 shall be precluded in the following cases:

- The Bank proves to the customer that the full amount of the credit transfer was received by the payee's payment service provider in due time.
- The credit transfer was executed in conformity with the incorrect unique identifier of the payee provided by the customer (see Section 1.2). In this case, the customer may, however, request the Bank to make reasonable efforts to recover the amount of the credit transfer. For its activities pursuant to sentence 2 of this bullet point, the Bank shall levy the charge set out in the "List of Prices and Services".

(2) Any claims by the customer under Sections 3.2.3.1 and 3.2.3.2 and any objections by the customer against the Bank as a result of non-execution or incorrect execution of credit transfers or as a result of unauthorised credit transfers shall be precluded if the customer fails to inform the Bank thereof within a period of 13 months at the latest after being debited for an unauthorised or incorrectly executed credit transfer. This period shall start to run only once the Bank has informed the customer about the debit entry for the credit transfer through the agreed account information channel no later than one month after the debit entry was made; otherwise the date on which

the customer is informed shall determine when the period commences. Customers may assert claims for compensation under Section 3.1.3.3 also after expiry of the period referred to in sentence 1 if they were prevented, through no fault of their own, from adhering to this period. Sentences 1 to 3 shall also apply if the customer initiates the credit transfer through a payment initiation service provider.

(3) Any claims by the customer shall be precluded if the circumstances substantiating a claim

- are based upon an exceptional and unforeseeable event on which the Bank has no influence and whose consequences could not have been avoided even by exercising due diligence or
- were brought about by the Bank as a result of a statutory obligation.

Annex 1: Single Euro Payments Area, SEPA

Countries belonging to the European Economic Area (EEA)

European Union Member States:
Austria, Belgium, Bulgaria, Croatia, Cyprus, Czech Republic, Denmark, Estonia, Finland, France (including French Guiana, Guadeloupe, Martinique, Mayotte, Réunion), Germany, Greece, Hungary, Ireland, Italy, Latvia, Lithuania, Luxembourg, Malta, Netherlands, Poland, Portugal, Romania, Slovak Republic, Slovenia, Spain, Sweden.

Further countries:
Iceland, Lichtenstein, Norway.

Other countries and territories (SEPA third countries)
Åland, Albania, Andorra, Gibraltar, Guernsey, Isle of Mann, Jersey, Moldova, Monaco, Montenegro, North Macedonia, San Marino, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, St. Barthélemy, St. Martin (French portion), St. Pierre and Miquelon, Switzerland, Vatican City.

Annex 2: List of destination countries and currency abbreviations

Destination country	Abbreviation	Currency	Abbreviation
Austria	AT	euro	EUR
Belgium	BE	euro	EUR
Bulgaria	BG	Bulgarian lew	BGN
Canada	CA	Canadian dollar	CAD
Croatia	HR	euro	EUR
Cyprus	CY	euro	EUR
Czech Republic	CZ	Czech koruna	CZK
Denmark	DK	Danish krone	DKK
Estonia	ES	euro	EUR
Finland	FI	euro	EUR
France	FR	euro	EUR
Greece	GR	euro	EUR
Hungary	HU	Hungarian forint	HUF
Iceland	IS	Icelandic krona	ISK
Ireland	IE	euro	EUR
Italy	IT	euro	EUR
Japan	JP	Japanese yen	JPY
Latvia	LV	euro	EUR
Liechtenstein	LI	Swiss franc*	CHF
Lithuania	LT	euro	EUR
Luxembourg	LU	euro	EUR
Malta	MT	euro	EUR
Netherlands	NL	euro	EUR
Norway	NO	Norwegian krone	NOK
Poland	PL	Polish zloty	PLN
Portugal	PT	euro	EUR
Romania	RO	Romanian leu	RON
Russian Federation	RU	Russian ruble	RUB
Slovak Republic	SK	euro	EUR
Slovenia	SI	euro	EUR
Spain	ES	euro	EUR
Sweden	SE	Swedish krona	SEK
Switzerland	CH	Swiss franc	CHF
Turkey	TR	Turkish lira	TRY
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	GB	pound sterling	GBP
United States	US	US dollar	USD

* The Swiss franc is the legal tender in Liechtenstein

Conditions for communication between customer and the bank

1. Forms of communication

The bank is an online bank that offers its services without a branch network of its own. Orders and other messages and notifications can be sent only by means of remote communication. The customer bears any costs incurred for transmission in each case. The bank is entitled to extend or restrict these communication channels or to impose supplementary conditions on their use. The customer will be informed of any changes in good time.

2. Bank statements, notifications and declarations of intent

The bank provides the customer with all information, notifications and statements, including balances (account information), in an electronic mailbox (postbox) in text form in the secure area of the online banking system. The customer can view, print and download the account information in the postbox. Once delivered to the postbox, the account information is considered as provided to the customer. The bank guarantees that the content of the account information delivered to the postbox cannot be changed. The bank will automatically delete the account information delivered to the postbox on expiry of the statutory retention periods. The customer is responsible for permanent storage of the account information. The bank provides no guarantee that, due to the customer's system environment, a printout or other presentation of the account information will correspond to the display on the customer's screen. The customer must report any objections to the content or accuracy of documents submitted to the postbox to the bank in text form without delay, at the latest within six weeks.

This also applies to declarations of intent by the bank, such as the termination of individual services/agreements or the entire business relationship. Such declarations of intent may be sent by the bank

i. in text form (as a separate declaration or as a declaration forming part of other account information) and
ii. also/or by email to the email address provided by the customer.

The account information and declarations of intent from the bank shall be deemed to have been delivered when they are placed in the mailbox and/or sent to the email address provided by the customer.

3. Declarations of intent by the customer

The customer's declarations of intent, in particular cancellations, may be made in writing or in text form.

4. Rules for special forms of communication, placing orders by fax:

4.1 Placing orders via the online banking:

The bank's online banking system can be accessed at the Internet address www.ascory-bank.de. With respect to placing orders over the Internet, please refer to the terms and conditions for online banking.

4.2 Placing orders via fax:

The bank points out that the transmission of orders by fax carries with it the potential for mis use, in particular forgery of the signature, manipulation of the content of the order by means of modern copying techniques, other changes to the original order or manipulation of the sender identification. Given this potential, the bank cannot verify the authenticity of orders received by fax or their authorisation by the customer. The bank does not execute orders by fax.

5. Order processing

The customer must place all orders in full and without ambiguity, specifying in particular all information relevant to executing their orders. Customer orders placed through the existing channels of communication are processed by the bank as part of its normal banking work practices. To prevent misunderstandings after placing an order, the customer must ensure that the order is executed properly and in good time by the bank (e.g. through the online banking system, account statements or other confirmations).

6. Liability

The bank's liability is based on the special terms and conditions agreed for the particular type of execution (e.g. terms and conditions for transfer transactions, terms and conditions for online banking). The bank's liability for disruptions, particularly in the event that communication with the bank is not possible for technical reasons either temporarily or over an extended period, is limited to cases of intent and gross negligence. In addition, liability claims are excluded if the circumstances justifying a claim are based on an unusual and unforeseeable event over which the party invoking that event has no influence and whose consequences could not have been avoided despite the exercise of reasonable care. The same applies if these circumstances were precipitated by the bank pursuant to a legal obligation. The bank expressly points out that it assumes no responsibility for the recognition of electronic account statements by third parties, in particular by authorities and tax authorities. Claims of any kind against the bank as a result of nonrecognition of electronic bank statements are excluded. The customer undertakes to independently obtain the information it considers necessary concerning the recognition of electronic bank statements by third parties.

Information sheet for depositors

Dear customer,

With the following "Information sheet for depositors" we would like to inform you in accordance with § 23a para. 1 sentence 3 of the Kreditwesengesetz (German Banking Act) about statutory deposit protection.

You will find more information at www.bankenverband.de/einlagensicherung.

Deposits with Ascory Bank AG are protected by	Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH [Deposit guarantee scheme of German banks] (1)
Protection limit	EUR 100,000 per depositor per credit institution (2)
If you have multiple deposits with the same credit institution	All your deposits with the same credit institution shall be "added together" and the total amount subject to the 100,000 limit (2)
If you have a joint account with one or more other persons	The limit of EUR 100,000 shall apply to each individual depositor (3)
Reimbursement period in the case of default of a credit institution	7 working days (4)
Currency of the reimbursement	EUR
Contact details	Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH Burgstraße 28 10178 Berlin Germany Postal Address Postfach 11 04 48 10834 Berlin Telephone +49 (0) 30 - 590 01 19 60 E-mail: info@edb-banken.de
Further information	www.edb-banken.de

(1) Your deposit shall be covered by a statutory deposit protection scheme. In the event of an insolvency of your credit institution your deposits shall be reimbursed up to EUR 100,000 in each case.

(2) If a deposit is not available because a credit institution is unable to meet its financial obligations, the depositors shall be compensated by the deposit guarantee scheme. The amount of cover in question

shall be a maximum of EUR 100,000 per credit institution. This means that all deposits held at the same credit institution shall be added together when determining this sum. If a depositor, for example, holds EUR 90,000 in a savings account and EUR 20,000 in a current account, he/she shall only be reimbursed EUR 100,000.

(3) In the case of joint accounts, the limit of EUR 100,000 shall apply for each depositor. Deposits in an account to which two or more persons have access as members of a business partnership, association or grouping of a similar nature without legal personality shall be added together in the calculation of the limit of EUR 100,000 and be treated as the deposit of a single depositor.

In the cases of § 8 paras. 2 to 4 of the Einlagensicherungsgesetz (German Deposit Insurance Act), deposits over EUR 100,000 shall also be protected. Further information is available on the website of Entschädigungseinrichtung deutschen Banken GmbH at www.edb-banken.de

(4) Reimbursement

The deposit guarantee scheme responsible shall be Entschädigungseinrichtung deutsche Banken GmbH, Burgstraße 28, 10178 Berlin, Germany, postal address: Postfach 11 04 48, 10834 Berlin, telephone: +49 (0) 30 - 590 01 19 60, e-mail: info@edb-banken.de. It will refund your deposits (up to EUR 100,000) no later than within 20 working days up to 31 May 2016 and/or 7 working days as of 1 June 2016. If you have not been repaid within these periods, you should contact the deposit guarantee scheme because the validity period for reimbursement claims may expire after a certain period. Further information is available on the website of Entschädigungseinrichtung deutschen Banken GmbH at www.edb-banken.de

Deposits of private customers and businesses are generally covered by deposit guarantee schemes. Exceptions that apply for certain deposits are stated on the website of the deposit guarantee scheme responsible. Your credit institution will inform you upon request as to whether certain products are covered or not.

Data Protection Information

Information about our handling of your data, your rights and information under Articles 13, 14 and 21 of the European General Data Protection Regulation – GDPR

The following information is designed to give you an overview of how we process your personal data and your rights under data protection law. What specific data is processed and how it is used depends on the services you have requested and/or the services we have agreed with you.

1. Who is responsible for the data processing and whom can I contact?

The responsible body is:
Ascory Bank AG
Grosse Elbstrasse 39, 22767 Hamburg
Tel.: +49 40 66 86 49 0
E-mail: info@Ascory.de

You can contact your data protection officer at:
E-mail: dsb@ibs-data-protection.de
Telephone: 040-540 90 97 80

2. What sources do we use?

We process personal data that we receive from you within the context of our business relationship. In addition, we process - as far as is necessary for the provision of our service - personal data, which we have obtained legitimately (e.g. to execute orders, for the fulfilment of contracts or on the basis of consent provided by you). Finally, we process personal data that we have legitimately gained from publicly available sources (e.g. debtor directories, land registers, trade and association registers, press, media) and are permitted to process.

Categories of personal data /Type of data

Relevant personal data is personal data (name, address and other contact details, date and place of birth and nationality), identity verification data (e.g. identity card data) and authentication data (e.g. signature sample). In addition, this may also include order data (e.g. payment order, securities order), data from the fulfilment of our contractual obligations (e.g. sales data in payment transactions, credit limits, tax numbers, product data (e.g. deposit, credit and custody business), information about your financial situation (credit data, scoring/rating data, origin of

assets), advertising and sales data (including advertising scores), documentation data (e.g. consultation report), register data, data about your use of our telemedia offerings (e.g. date/time our websites, apps or newsletters are accessed, clicks on pages or entries of ours) as well as other comparable data.

3. Why do we process your data (purpose of processing) and on what legal basis?

We process your personal data in accordance with the European General Data Protection Regulation (GDPR) the German Federal Data Protection Act (BDSG) and sector-specific data protection standards.

3.1 To fulfil contractual obligations

The processing of personal data (Art. 4 (2) GDPR) is carried out for the provision and brokering of financial services and insurance and real estate transactions, in particular for the execution of our contracts with you and the execution of your orders as well as all activities required in connection with the operation and management of a loan and financial services institution.

The purposes of data processing are primarily based on the specific product (e.g. account, credit, securities, deposits, brokerage) and may include, but are not limited to, needs analysis, consultation, asset management and support, and the execution of transactions.

Further details on the purpose of data processing can be found in the respective contract documents and terms and conditions of business.

3.2 In the context of weighing interests

If necessary, we process your data beyond the actual fulfilment of the contract for the protection of our legitimate interests or those of third parties. Examples:

- Consultation and exchange of data with credit bureaus (e.g. SCHUFA) for the identification of credit and/or default risks and the need for an account exempt from attachment or basic account;

- To test and optimise procedures for demand analysis and direct customer engagement;
- Advertising or market and opinion research, insofar as you have not objected to the use of your data;
- To assert legal claims and defence in legal disputes;
- To ensure IT security and IT operations of the Bank;
- To prevent and investigate criminal acts;
- Video surveillance serves the collection of evidence in criminal cases or for proof of dispositions and deposits, e.g. at ATMs. They thus serve the protection of customers and employees as well as the exercise of domiciliary rights.
- Measures for building and system security (e.g. access control);
- Measures to ensure domiciliary rights;
- Measures for the management and development of services and products.

3.3 On the basis of your consent

Insofar as you have given us your consent to the processing of personal data for specific purposes (e.g. disclosure of data within the Group, analysis of payment transaction data for marketing purposes), the legality of this processing is based on your consent. This granted consent can be revoked at any time. This also applies to the revocation of declarations of consent, which - as, for example, the SCHUFA clause - were issued to us prior to the application of the GDPR, i.e. before 25 May 2018.

Please note that the revocation only works with future effect. This does not affect processing that occurred before the revocation.

3.4 On the basis of legal requirements

In addition, we as Ascory Bank AG are subject to various legal obligations, i.e. legal requirements (e.g. Banking Act, Money Laundering Act, Securities Trading Act, tax laws) as well as, for example, the European Central Bank,

Deutsche Bundesbank and the Federal Financial Supervisory Authority. Processing purposes include, but are not limited to, credit assessment, identity and age verification, prevention of

fraud and money laundering, compliance with tax control and reporting requirements, as well as the assessment and management of risks..

4. Who receives my data?

Within Ascory Bank AG your data is provided to those entities which require this data to fulfil our contractual and legal obligations. The contract processors we use (Art. 28 GDPR) can also receive data for these purposes. These are companies in the categories of financial services, IT services, logistics, printing services, telecom- munications, debt collection, advice and consulting as well as sales and marketing.

With regard to the transfer of data to recipients outside Ascory Bank AG, it should first be noted that, according to the General Terms and Conditions Of Business agreed between you and us, we are obliged to maintain secrecy about all customer- related facts and valuations of which we gain knowledge (bank secrecy). We may only disclose information about you if legal provisions require this, you have given your consent to this or we are authorised to issue bank account information. Under these preconditions, recipients of personal data may be, for example:

- Public authorities and institutions (e.g. the Deutsche Bundesbank, the Fed-eral Financial Supervisory Authority, the European Banking Supervisory Authority, the European Central Bank, financial authorities) in the event of a statutory or official obligation.
- -Other credit and financial services institutions or comparable institutions (depending on the contract, for example correspondent banks, custodian banks, stock exchanges, credit bureaus) to which we transfer personal data for the purpose of carrying out the business relationship with you.

Other data recipients may be those bodies for whom you have given us your consent for the transmission of data and/or for whom you have exempted us from banking secrecy according to an agreement or consent.

5. For how long will my data be stored?

Where necessary, we process and store your personal data for the duration of our business relationship; this also includes, for example, the initiation and execution of a contract.

In addition, we are subject to various retention and documentation obligations aris- ing, among other things, from the German Commercial Code (HGB), the German Tax Code (AO), the German Banking Act (KWG), the German Money Laundering Act (GwG) and the German Securities Trading Act (WpHG). The time limits for stor- age and/or documentation prescribed therein are two to ten years.

Finally, the period of storage is also assessed according to the statutory periods of limitation, which, for example, according to Section 195 et seqq. of the German Civil Code (BGB) can be up to thirty years; the regular period of limitation, however, is three years.

6. Will data be transferred to a third country or to an international organisation?

A transfer of data to third countries (states outside the European Economic Area EWR) will only take place if this is necessary for the execution of your orders (e.g. payment and securities orders), if it is required by law or if you have given us your consent. We will provide you with details of this separately, if required by law.

7. What data protection rights do I have?

Every data subject has the right to information pursuant to Art. 15 GDPR, the right to a correction pursuant to Art. 16 GDPR, the right to cancellation pursuant to Art. 17 GDPR, the right to limit processing pursuant to Art. 18 GDPR and the right to data portability pursuant to Art. 20 GDPR In addition, you have a right to appeal to a data protection authority (Article 77 GDPR).

8. Am I obliged to provide data?

Within the scope of our business relationship, you need only provide the personal data which is necessary for the establishment and execution of a business relationship or which we are legally obliged to collect. Without this data, we will as a rule have to reject the conclusion of the contract or the execution of

the order or cease to be able to execute an existing contract and, if necessary, have to terminate it.

In accordance with the provisions on money laundering, we are in particular obliged to identify you, for example, by means of your ID card, before establishing the business relationship, and in doing so will collect your name, place of birth, date of birth, nationality and home address. In order to comply with this statutory obligation, you must provide us with the necessary information and documents in accordance with Section 4 (6) of the Money Laundering Act (GwG) and immediately notify us of any changes that arise during the course of the business relationship. If you do not pro- vide us with the necessary information and documents, we shall not be allowed to establish the business relationship you desire.

9. To what extent are automated individual decisions made?

We do not use automated processing to reach a decision on the establishment and conduct of business relationships (Article 22 GDPR). If we use these procedures in individual cases, we will inform you about this separately, if this is required by law.

10. To what extent is my data used for profiling (scoring)?

On the basis of legal requirements, we are committed to combatting money laundering and fraud. This involves data evaluations (inter alia in payment transactions) being carried out. These measures also serve your protection.

In order to inform and advise you of products in a targeted way, we may use evaluation tools. These enable needs-based communication and advertising, including market and opinion research.

Score values can be used to assess your credit rating and creditworthiness. Scoring calculates the probability that a customer will meet their payment obligations as per contract. The calculation of your score value is based on recognised and proven

mathematical statistical procedures and is the result of many years of experience. The significance of the forecasts is constantly checked.

Scoring for private customers

We assign score values (credit ratings) for private customers. These score values are calculated on the basis of the following types of your personal data stored by us:

- Payment behaviour (e.g. account transactions, credit balances or debit balances) and contract compliance as well as
- Information on overdue payments or returns),
- Financing data (e.g. instalment amounts, term),
- Income ratios,
- Employment relationships,
- Customer data (e.g. customer type, number of persons in the revenue and expenditure account, date of the account creation, duration of the customer relationship, number of loans with the Bank).

Rating systems for Company clients

For the rating of company clients the score values (credit ratings) are calculated on the basis of the following types of your personal data stored by us:

- Payment behaviour (e.g. account transactions, credit balances or debit balances) and contract compliance as well as
- Information on overdue payments or returns),
- Financing data (e.g. instalment amounts, term),
- Financial circumstances,
- Customer data (e.g. customer type, branch)

We expressly point out that the following information is not included in our score: Information on nationality and particularly sensitive data pursuant to Article 9 (1) GDPR.

The calculated score values help us to assess creditworthiness and with decision- making and are entered into the risk management of the savings bank.

Information on your right of revocation pursuant to Art. 21 European General Data Protection Regulation (GDPR)

1. Case-specific right of revocation

You have the right, for reasons of your own particular situation, to object at any time to the processing of personal data concerning you that is carried out on the basis of Article 6 (1) (f) GDPR (Data processing based on a balance of interests); this also applies to profiling based on this provision within the meaning of Art. 4 (4) GDPR, which we use for credit rating or for advertising purposes.

If you do object, we will no longer process your personal data, unless we can demonstrate compelling legitimate grounds for the processing that outweigh your interests, rights and freedoms, or the processing is intended for the assertion, exercise or defence of legal claims.

2. Right to object to the processing of data for direct advertising purposes

In individual cases, we process your personal data in order to engage in direct advertising. You have the right to object at any time to the processing of personal data concerning you for the purposes of such advertising; this also applies to profiling insofar as it is associated with such direct advertising.
If you object to the processing for direct advertising purposes, we will no longer process your personal data for these purposes.

The objection can be made in any form and should be directed as far as possible to:

Ascory Bank AG
Grosse Elbstrasse 39
22767 Hamburg
Tel.: +49 40 66 86 49 0
E-mail: info@Ascory.de

Notes on the international automatic exchange of information on financial accounts in tax matters

Obligation of financial service providers to collect client data

Dear Client,

The Act regarding the automatic exchange of information on financial accounts in tax matters aims to prevent tax evasion through capital assets abroad. As a result, Germany implements the extended EU assistance directive based on the common international reporting standard of the OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development).

► Self-certification
From 1 January 2016, financial service providers are obliged to collect information on their clients' residential status for tax purposes of its clients. The clients must in future state in a self-certification their name, current postal address, date of birth, all countries in which they have residence for tax purposes, as well the respective tax identification number.

► Automatic exchange of information
The client data collected with the self-certification must be reported annually to the Federal Central Tax Office by the financial service providers, together with the financial transactions and the total value of the available intangible assets in the accounts of the client up to 31 December. This data is then forwarded by the Federal Central Tax Office to the state (or states) in which the client is resident for tax purposes.

► Residence for tax purposes
Whether a client is resident in a state for tax purposes depends on the applicable national provisions for unlimited tax liability and possible double taxation agreements.
Citizenship alone does not regularly result in residence for tax purposes. This only applies in exceptional cases (such as the USA). In fact, points of reference for taxation are fixed, personal features. This may be a physical address, a permanent residence or - for Companies - the headquarters in the respective state. A bank client may also have residence for tax purposes in different states simultaneously, for example through several physical addresses.
Income from different states that may be subject to taxation at source (such as rental and leasing income, income from capital assets) taken alone does not automatically result in a residence for tax purposes abroad.
For questions regarding residence for tax purposes, bank clients should seek expert advice (tax consultant, solicitor) or gain clarification from the relevant local tax authorities.

► Tax identification number
For self-certification, the tax identification number must be given for the states in which a bank client is resident for tax purposes. This assumes that this state issued a tax identification number.

► Further information
All EU member states participate in the exchange of information. Further information on the states participating in the exchange of information and the tax identification numbers of all countries can be found on the websites of the Federal Ministry of Finance (www.bundesfinanzministerium.de), the Federal Central Tax Office (www.bzst.de) and the EU Commission

(http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/tax_cooperation/mutual_assistance/financial_account_information/index_de.htm) and the OECD (http://www.oecd.org/tax/automatic-exchange/).

Terms and Conditions for Payments by Direct Debit under the SEPA Core Direct Debit Scheme

Payments which the customer makes to payees by SEPA core direct debit through their account with the Bank shall be subject to the following terms and conditions.

1. General

1.1 Definition

A direct debit is a payment transaction initiated by the payee and debited to the customer's account where the amount of the payment is specified by the payee.

1.2 Charges and changes therein

1.2.1 Charges for consumers

The charges for direct debits shall be set out in the "List of Prices and Services" (Preis- und Leistungsverzeichnis). Any changes in the charges for direct debits shall be offered to the customer in text form no later than two months before their proposed date of entry into force. If the customer has agreed an electronic communication channel with the Bank within the framework of the business relationship, the changes may also be offered through this channel. The changes offered by the Bank shall only become effective if the customer accepts them. Any agreement on amending a charge that concerns a payment by the consumer in excess of the charge for the principal service can only be expressly concluded with the consumer by the Bank.
Changes in charges for the payment services framework contract (current account agreement) shall be governed by No. 12, paragraph 5 of the General Business Conditions (Allgemeine Geschäftsbedingungen).

1.2.2 Charges for customers who are not consumers

Charges for payments by customers and any changes in these shall continue to be governed by No. 12, paragraphs 2 to 6 of the General Business Conditions.

2. SEPA core direct debit

2.1 General

2.1.1 Main characteristics of the SEPA core direct debit scheme

The SEPA core direct debit scheme enables the customer to make payments in euros to the payee through the Bank within the Single Euro Payments Area (SEPA). SEPA comprises the countries and territories listed in the Annex.
For the execution of payments by SEPA core direct debit

- the payee and the payee's payment service provider must use the SEPA core direct debit scheme and
- the customer must give the SEPA core direct debit mandate to the payee before the payment transaction.

The payee initiates the respective payment transaction by presenting the direct debits to the Bank through their payment service provider.
If a payment which has been made on the basis of a SEPA core direct debit is authorised, the customer shall be entitled to claim a refund of the amount debited from the Bank. Such claim must be made within eight weeks starting from the date on which the customer's account was debited.

2.1.2 Unique identifiers

The customer must use the IBAN[13] notified to them plus for cross-border payments (outside the European Economic Area[14]) the BIC[15] of the Bank, as their unique identifier vis-a-vis the payee, since the Bank is entitled to execute the payment by SEPA core direct debit solely on the basis of the unique identifier provided to it. The Bank

[13]International Bank Account Number.
[14]For member countries, see Annex.
[15]Bank Identifer Code.

and the intermediary institutions involved will execute the payment to the payee using the IBAN, plus for cross-border payments outside the EEA the BIC, indicated by the payee in the direct debit data set as the customer's unique identifier.

2.1.3 Transmission of direct debit data

When SEPA core direct debits are used, the direct debit data may also be forwarded to the Bank by the payee's payment service provider through the message transmission system of the Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications (SWIFT), which is based in Belgium and has operating centres in the European Union, Switzerland and the United States.

2.2 SEPA direct debit mandate

2.2.1 Giving the SEPA direct debit mandate

The customer shall give a SEPA direct debit mandate to the payee. With it, the customer authorises their Bank to pay SEPA core direct debits drawn by the payee. The mandate must be given in writing or in the manner agreed with their Bank. This authorisation shall at the same time contain the customer's explicit consent to the payment service providers and any intermediary institutions involved in the collection of the direct debit to retrieve, process, transmit and store the personal data required for the execution of the direct debit.

The SEPA core direct debit mandate must contain the following statements by the customer:

- a statement authorising the payee to collect payments from the customer's account by SEPA core direct debit and
- a statement instructing the Bank to pay SEPA core direct debits drawn by the payee on the customer's account.

The SEPA core direct debit mandate must contain the following authorisation data:

- identification of the payee
- creditor identifier
- indication of whether the mandate is for a one-off or recurrent payment
- name of the customer (if available)
- name of the customer's bank and
- customer's unique identifier (see Section 2.1.2).

The direct debit mandate may contain additional details supplementing the authorisation data.

2.2.2 Collection authorisation (Einzugsermächtigung)as a SEPA direct debit mandate

If the customer has given collection authorisation (Einzugsermächtigung) to the payee, authorising the payee to collect payments from their account by direct debit, the customer thereby instructs the Bank at the same time to pay the direct debits drawn on their account by the payee. With the collection authorisation, the customer authorises the Bank to pay direct debits drawn by the payee. This collection authorisation shall be deemed to be a SEPA direct debit mandate. Sentences 1 to 3 shall apply also to collection authorisation given by the customer prior to the entry into force of these Terms and Conditions. Collection authorisation must contain the following authorisation data:

- name and address of the payee
- name of the customer
- customer's unique identifier in accordance with Section 2.1.2 or account number (Kontonummer) and bank code (Bankleitzahl).

Collection authorisation may contain additional details supplementing the authorisation data.

2.2.3 Revocation of the SEPA direct debit mandate

The SEPA direct debit mandate may be revoked by the customer by means of a statement to this effect - if possible, in writing - to the payee or the Bank, with the result that subsequent payment transactions are no longer

authorised. If notice of revocation is given to the Bank, it shall take effect from the banking business day, as stated in the "List of Prices and Services" (Preis- und Leistungsverzeichnis), following the day on which it is received. Notice of revocation should, in addition, be given to the payee so that the payee does not collect any further direct debits.

2.2.4 Limitation and disallowance of SEPA core direct debits

The customer may separately instruct the Bank to limit or disallow payments under SEPA core direct debits. This instruction must be received by the Bank no later than the end of the banking business day, as stated in the "List of Prices and Services", before the due date indicated in the direct debit data set. This instruction should, if possible, be given in writing and to the account-keeping branch of the Bank. It should, in addition, be given to the payee.

2.3 Collection of the SEPA core direct debit by the payee under the SEPA core direct debit mandate

(1) The SEPA core direct debit mandate given by the customer shall remain with the payee. The payee shall take over the authorisation data and enter any additional details in the data set for collection of SEPA core direct debits. The respective direct debit amount shall be specified by the payee.

(2) The payee shall send the data set for collection of the SEPA core direct debit to the Bank (payer bank) electronically through their payment service provider. This data set shall also represent the customer's instruction to the Bank in the SEPA direct debit mandate to pay the respective SEPA core direct debit (see Section 2.2.1, sentences 2 and 4 and Section 2.2.2, sentence 2). For delivery of this instruction, the Bank shall waive the form agreed for giving the SEPA direct debit mandate (see Section sentence 3).

2.4 Payment transaction based on the SEPA core direct debit

2.4.1 Debiting the direct debit amount to the customer's account

(1) On receipt of SEPA core direct debits drawn by the payee, the amount specified by the payee shall be debited to the customer's account on the due date indicated in the direct debit data set. If the due date is not a banking business day as stated in the "List of Prices and Services" (Preis- und Leistungsverzeichnis), the account shall be debited on the next banking business day.

(2) The customer's account shall not be debited or a debit entry shall be cancelled no later than the second bank working day[16] after it was made (see Section 2.4.2) if

- the Bank has received notice of revocation of the SEPA direct debit mandate pursuant to Section 2.2.3
- the customer does not have a sufficient credit balance on the account or sufficient credit for payment of the direct debit (lack of funds); the Bank shall not pay partial amounts
- the payer's IBAN indicated in the direct debit data set cannot be assigned to any account held by the customer with the Bank or
- the direct debit cannot be processed by the Bank because the direct debit data set
  - does not contain a creditor identifier or contains one which is evidently wrong to the Bank
  - does not contain a mandate reference
  - does not indicate the date on which the mandate was given or
  - does not indicate the due date.

(3) In addition, the customer's account shall not be debited or a debit entry shall be cancelled no later than the second bank working day after it was made (see Section 2.4.2) if this SEPA core direct debit is countermanded by a separate instruction from the customer pursuant to Section 2.2.4.

2.4.2 Payment of SEPA core direct debits

[16]Bank working days are all working days except Saturdays, 24 and 31 December.

SEPA core direct debits are paid if the debit entry in the customer's account has not been cancelled later than the second bank working day after it was made.

2.4.3 Notification of non-execution or cancellation of the debit entry or refusal of payment
The Bank shall inform the customer without delay, and no later than the time agreed in Section 2.4.4, of non-execution or cancellation of the debit entry (see Section 2.4.1, paragraph 2) or refusal to pay a SEPA core direct debit (see Section 2.4.2). This may be done also through the agreed account information channel. The Bank shall, if possible, state the reasons and indicate ways in which errors that led to the non-execution, cancellation or refusal can be rectified.
For the legitimate refusal to pay an authorised SEPA core direct debit due to a lack of funds (see Section 2.4.1, paragraph 2, second bullet point), the Bank shall levy the charge set out in the "List of Prices and Services".

2.4.4 Execution of the payment
(1) The Bank shall be obligated to ensure that the amount debited by it to the customer's account on the basis of the SEPA core direct debit presented by the payee is received by the payee's payment service provider within the execution period indicated in the "List of Prices and Services" at the latest.
(2) The execution period shall commence on the due date indicated in the direct debit data set. If this date is not a banking business day as stated in the "List of Prices and Services", the execution period shall commence on the following banking business day.
(3) The Bank shall inform the customer of the execution of the payment through the agreed account information channel and at the agreed frequency.

2.5 Customer's entitlement to a refund for an authorised payment
(1) If a payment which has been made on the basis of a SEPA core direct debit is authorised, the customer shall be entitled to claim a no-questions-asked refund of the amount debited from the Bank. Such claim must be made within eight weeks starting from the date on which the customer's account was debited. The Bank shall restore the balance of the customer's account to what it would have been without debiting for the payment. Any claims by the payee against the customer shall not be affected by this.
(2) The entitlement to a refund under paragraph 1 shall be precluded as soon as the amount of the direct debit entry has been expressly authorised by the customer directly to the Bank.
(3) The customer's entitlement to a refund for a non-executed or incorrectly executed authorised payment shall be governed by Section 2.6.2.

2.6 Customer's entitlement to a refund, correction and compensation
2.6.1 Refund for an unauthorised payment
If a payment is not authorised by the customer, the Bank shall have no claim against the customer for reimbursement of its expenses. It shall be obligated to refund the amount debited to the customer's account to the customer without delay and to restore the balance of this account to what it would have been without debiting for the unauthorised payment. This obligation must be fulfilled no later than the end of the business day as indicated in the "List of Prices and Services" (Preis- und Leistungsverzeichnis) which comes after the day on which the Bank was notified that the payment is unauthorised, or the Bank has obtained knowledge thereof by other means. If the Bank has informed a competent authority in writing of legitimate reasons for suspecting fraudulent conduct on the part of the customer, the Bank shall be required to consider and to fulfil its obligation arising from sentence 2 without delay if its suspicion of fraud is not confirmed.

2.6.2 Entitlement in the case of non-execution, incorrect or delayed execution of authorised payments
(1) In the case of non-execution or incorrect execution of an authorised payment, the customer may request the Bank to refund the direct debit amount in full without delay insofar as the payment was not executed or

executed incorrectly. The Bank shall then restore the balance of the customer's account to what it would have been without debiting for the incorrectly executed payment transaction.
(2) Over and above the entitlement under paragraph 1, the customer may request the Bank to refund the charges and interest levied on them or debited to their account in connection with the non-execution or incorrect execution of the payment.
(3) If the amount of the direct debit does not reach the payee's payment service provider until after expiry of the execution period referred to in Section 2.4.4 (2) (delay), the payee may request the payment service provider to credit the amount of the direct debit to the payee's account as if the payment had been duly executed.
(4) If a payment transaction was not executed or not executed correctly, the Bank shall, at the customer's request, reconstruct the processing of the payment and inform the customer of the result thereof.

2.6.3 Compensation for neglect of duty
(1) In the case of non-execution, incorrect execution or delayed execution of an authorised payment, or if a payment is unauthorised, the customer may request the Bank to provide compensation for any loss or damage not already covered by Sections 2.6.1 and This shall not apply if the Bank is not responsible for the neglect of duty. The Bank shall be liable in this connection for any fault on the part of an intermediary institution to the same extent as for any fault on its own part. If the customer has contributed to the occurrence of any loss or damage through culpable conduct, the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer must bear the loss or damage.
(2) Liability under paragraph 1 shall be limited to € 12,500. This limitation on liability shall not apply to

- unauthorised payments
- cases of deliberate intent or gross negligence by the Bank
- risks which the Bank has assumed on an exceptional basis and,
- if the customer is a consumer, loss of interest incurred by the customer.

2.6.4 Entitlement of customers who are not consumers
By way of derogation from the entitlement under Sections 2.6.2 and
customers who are not consumers shall only have a claim for compensation - besides any claims for restitution under Sections 667 and 812 ff. of the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch) - for an authorised payment that is not executed, not executed correctly or executed with a delay or for an unauthorised payment in accordance with the following rules:

- The Bank shall be liable for any fault on its own part. If the customer has contributed to the occurrence of any loss or damage through culpable conduct, the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer must bear the loss or damage.
- The Bank shall not be liable for any fault on the part of intermediary institutions chosen by it. In such cases, the Bank's liability shall be limited to the careful selection and instruction of the first intermediary institution. The amount of the customer's claim for compensation shall be limited to the amount of the direct debit, plus the charges and interest levied by the Bank.
- Where claims for consequential loss or damage are asserted, such claims shall be limited to a maximum of € 12,500 per payment. This limitation of liability shall not apply to deliberate intent or gross negligence by the Bank or to risks which the Bank has assumed on an exceptional basis or to unauthorised payments.

2.6.5 Preclusion of liability and objection
(1) Any liability by the Bank under Sections 2.6.2 to 2.6.4 shall be precluded in the following cases:

- The Bank proves to the customer that the full amount of the payment reached the payee's payment service provider in due time.
- The payment was executed in conformity with the incorrect unique identifier of the payee provided by the payee. In this case, the customer may, however, request the Bank to make reasonable efforts

to recover the amount of the payment. If it is not possible to recover the amount of the payment pursuant to sentence 2 of this bullet point, the Bank shall be obligated to provide to the customer, at the customer's written request, all available information so that the customer can assert a claim for a refund of the amount of the payment. For its activities pursuant to sentences 2 and 3 of this bullet point, the Bank shall levy the charge set out in the “List of Prices and Services”.

(2) Any claims by the customer under Sections 2.6.1 to 2.6.4 and any objections by the customer against the Bank as a result of non-execution or incorrect execution of payments or as a result of unauthorised payments shall be precluded if the customer fails to inform the Bank thereof within a period of 13 months at the latest after being debited for an unauthorised or incorrectly executed payment. This period shall start to run only once the Bank has informed the customer about the debit entry for the payment through the agreed account information channel no later than one month after the debit entry was made; otherwise the date on which the customer is informed shall determine when the period commences. The customer may assert claims for compensation under Section 2.6.3 also after expiry of the period referred to in sentence 1 if they were prevented, through no fault of their own, from adhering to this period.

(3) Any claims by the customer shall be precluded if the circumstances substantiating a claim

- are based upon an exceptional and unforeseeable event on which the Bank has no influence and whose consequences could not have been avoided even by exercising due diligence or
- were brought about by the Bank as a result of a statutory obligation

Annex: List of SEPA countries and territories
Countries belonging to the European Economic Area (EEA)

Member states of the European Union:
Austria, Belgium, Bulgaria, Croatia, Cyprus, Czech Republic, Denmark, Estonia, Finland, France (including French Guiana, Guadeloupe, Martinique, Mayotte, Reunion), Germany, Greece, Hungary, Ireland, Italy, Latvia, Lithuania, Luxembourg, Malta, Netherlands, Poland, Portugal, Romania, Slovak Republic, Slovenia, Spain, Sweden.

Further countries:
Iceland, Liechtenstein, Norway.

Other countries and territories:
Andorra, Guernsey, Isle of Man, Jersey, Monaco, Saint-Pierre-et-Miquelon, San Marino, Switzerland, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, Vatican City State.

General List of Prices and Services in standard corporate customer business and for general services

A. Prices for corporate customer accounts (services for standard business with customers)	Fee
Account opening fee (one-off)	EUR 300.00*
Account management fee (monthly)	EUR 30.00*
Account closing fee	EUR 50.00* in the first six months; otherwise free of charge
Account currency	EUR*1
Currency conversions via Ascory Treasury	0.01% on the nominal amount, at least EUR 100 per ticket (fees are always calculated based on the original currency)*2
The account management fee includes the following services: ▪ Account management ▪ Account balance/monthly account statement (online) ▪ Access to Ascory Online Banking Service (24 hours)	
Negative interest rate on EUR balances above EUR 100,000,-*4	In line with the respective valid negative deposit interest rate of the ECB*5
Negative interest rate on EUR balances above EUR 1,000,000,-*4	0,2% above the respective valid negative deposit ECB interest rate*5

Prices & services in payment transactions**

Bank transfers within the European Union/EEA participating states (SEPA -> only EUR transfers)*3	
Internal transfers (online)	free of charge
EUR transfer (SEPA) (online)	free of charge
EUR transfer (SEPA) (by informal transfer)***	EUR 75.00
Bank transfers in cross-border payment transactions (non-SEPA)	
EUR transfer (online)	EUR 75.00*
Foreign currency transfer (online)	EUR 75.00*
EUR or foreign currency transfer (by informal transfer)***	EUR 125.00*
Incoming payments	Only foreign bank charges

B. Prices for term deposits for corporate customers	Fee

Account management fee (monthly)	free of charge
Account currency	EUR*1
Interest p.a.*4	By agreement

The account management fee includes the following services:

- Account management
- Account balance/monthly account statement (online)
- Access to Ascory Banking Service (24 hours)

C. General services** (valid for paragraphs A and B of this document)	Fee
▪ Sending of a SWIFT copy	EUR 25.00* + foreign bank charges
▪ Research and processing of official enquiries	EUR 50.00* + foreign bank charges
▪ Individual customer requests	By agreement
▪ Cancellation of an ordered transfer (only possible prior to execution)	EUR 50.00* + foreign bank charges
▪ Transfer confirmation	EUR 50.00* + foreign bank charges
▪ Second transmission of account statements in electronic format (by e-mail)	EUR 10.00*
▪ Sending of account statements in printed format by post	EUR 25.00*
▪ Tax report in accordance with § 43a paragraph 3 clause 4 EStG in electronic format (by download/PDF)	free of charge
▪ Tax report in accordance with § 43a paragraph 3 clause 4 EStG in a printed format by post	EUR 25.00*
▪ Additional copies of account statements in printed format by post	EUR 25.00*
▪ Balance confirmation	EUR 75.00*
▪ Detailed balance confirmation	EUR 300.00*
▪ Determining a new customer address (without postal charges and/or third-party fees)	EUR 25.00*

D. Exchange rates (valid for paragraphs A, B, C and D of this document)	

In case of customer transactions in foreign currencies (e.g. for incoming and outgoing payments), the Bank shall, unless otherwise agreed, use as the reference exchange rate for the purchase and sale of foreign currencies the bid or ask rates determined at 4:30 p.m. (Central European Time, CET) of each trading day (settlement date) and published on its website (www.ascory-bank.de/rechtliches/legal-compliance/devisenkurse/).

The published middle rate corresponds to the EURO reference rates, which are fixed by the European Central Bank at around 2:15 p.m. (Central European Time, CET) and published at 4:00 p.m. (Central European Time, CET).

The time of execution of the purchase or sale of foreign currency within the standard workflow depends on the receipt by the Bank of the order for the foreign currency transaction.

If the order is transmitted to the Bank by 12:00 noon (Central European Time, CET), it can be executed on the same day. The reference exchange rate published on Ascory's website at 4:30 p.m. (Central European Time, CET) on this day shall then apply.
If the order is transmitted to the Bank after 12:00 noon (Central European Time, CET), the reference exchange rate published on Ascory's website at 4:30 p.m. (Central European Time, CET) on the following trading day shall apply.

The settlement of a foreign exchange transaction can take up to two business days.

If the Bank receives a transfer order in a currency other than the account currency, the account will nevertheless be debited in the account currency. The exchange rate is determined according to the above rule. The Bank reserves the right to refuse transfer orders in a currency other than the account currency. A change in the reference exchange rate specified in the conversion rule shall take effect immediately and without prior notification of the customer.

For higher amounts (from EUR 100,000.00 equivalent), you can contact our Treasury Department directly by e-mail (treasury@Ascory.de) and execute a foreign exchange transaction directly at the currently tradable SPOT rate.

E. Other fees (valid for paragraphs A and B of this document)	**Fee**
Interest rate for Interest rate for agreed overdraft*4	13.50% p.a.

F. Letter of Credit (Export) **	**Fee**
Pre-Advising commission	EUR 75.00
Advising commission	0.1%, min. EUR 75; max. EUR 1,000.00
Handling commission	0.3%, min. EUR 500.00
Amendment commission	EUR 75.00
Supervisory commission for deferred payment L/C	0.10%, min. EUR 75; max. EUR 400.00
Confirmation commission	to be agreed individually
Deferred Payment Commission for confirmed L/C	to be agreed individually
Transfer commission charged to the first or second beneficiary	EUR 0.3%, min. EUR 300.00
Postal, courier and telecommunication costs	Based on expenses
Assignment of proceeds	0.2% EUR min. 200.00
Document pre-check fees	Free of charges

G. Documentary collection (Export and Import) **	**Fee**
Documents or collections in EUR, against payment or acceptance	
Handling commission	0,30 %, min. EUR 300,00
Amendment commission	EUR 75,00
Supervisory commission for d/p maturities	EUR 75,00
Release of documents free of payment	0,30 %, min. EUR 75,00

H. Escrow Account **	**Fee**
Handling commission for deposits	0,20 %

I. Accounts in other currencies than EUR *	

For accounts in other currencies than EUR the general list of prices and services for the relevant currency remains valid as amended from time to time.

* Please note that for other currencies than EUR the GENERAL LIST OF PRICES AND SERVICES for the relevant currency remains valid as amended from time to time.

** Arising/additional costs, which are not covered by this general list of prices and services and which relate to an issued customer order, can be charged to the customer accounts. These costs can arise from additional time/efforts to execute an order, cancel an issued customer transfer, etc.

*** Paper-based transfers are in principle processed the following day.

*1 Accounts in currencies other than EUR are possible in some cases.

*2 Depending on the account currency/conversion at day's exchange rate EUR/foreign currency.

*3 For details concerning SEPA payments, refer to the most recent version of our terms and conditions for transfers. Execution of a SEPA payment requires a full IBAN/BIC/SWIFT code. If this data is not fully available, costs amounting to EUR 75 are incurred because the transfer is executed as a cross-border bank transfer in international payment transactions (non-SEPA).

*4 Day count convention Actual/360 and based on the total balance of the account.

*5For further details regarding the valid deposit facility interest rate of the ECB, please refer to: https://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/key_ecb_interest_rates/html/index.en.html.